

Steh Mord
Weimar kurz
der Aufklärung

Agel Springer Verlag AG, Postf. 10 00 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Westfälische Verlags- und Druckerei GmbH, Postf. 10 15 54, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Hamburg (040) 347-1 - Pflanzhof an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 85 p.
Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 2,50 fl.
Norwegen 8,50 kr., Österreich 13,50 S., Portugal 150 Esc., Schweden 8,50 skr.
Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

WELT-Serie Schulbücher



In welcher Klassenstufe soll damit begonnen werden, Algebra zu unterrichten - und wie lange? Nicht nur in den "Ideologie-Fächern" wie Deutsch und Politik entwickeln sich die Lehrpläne immer weiter auseinander: ein Problem nicht allein für die Schüler und Eltern, sondern auch für die Schulbuch-Redaktionen.

Analyse des Generalinspektors

Geld- und Personalmangel kennzeichnen die Situation der Bundeswehr. In einem Gastbeitrag analysiert Generalinspekteur Wolfgang Altenburg, wie sich die Armee trotz dieser Probleme für die Zukunft rüstet. Der General, der am 1. Oktober in Brüssel das Amt des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO übernimmt, verlangt unter anderem weitere reichende Waffensysteme.

POLITIK

Gipfel: Moskau hat die Reaktionen auf die Verhaftung Daniloffs als „Gipfel der Hysterie“ bezeichnet. Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen dürften nicht als „Faustpfand“ benutzt werden. Das Weiße Haus unterstreicht, daß die Gipfel-Vorbereitungen weitergehen (S. 3 und 8).

Fahndung: Das Bundeskriminalamt fahndet nach dem Anschlag auf das Bundesamt für Verfassungsschutz nach einem roten VW Golf CL. Gefragt wird danach, wer das kürzlich in Hanau gestohlene Auto mit dem Kennzeichen „HU-XP 518“ kennt oder schon gesehen hat.

Geiseln: Ein amerikanischer Schuldirektor ist gestern in West-Berlin entführt worden. Er wurde an einen unbekannten Ort verschleppt. Die schiffische Terrororganisation „Islamischer Schahad“ hält seit dem vergangenen Jahr drei Amerikaner fest.

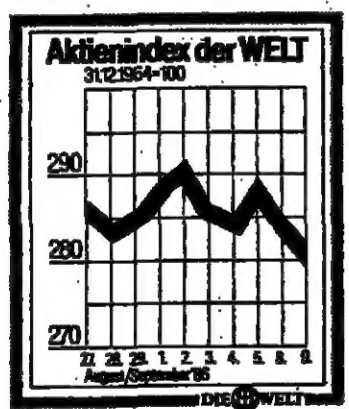
Störfall: Radioaktives Wasser ist aus dem Kernkraftwerk Ringhals in Westschwegen ausgetreten. Der Atomreaktor wurde nach dem Störfall vorübergehend abgeschaltet. Überprüfung und Reparatur werden voraussichtlich zwei Wochen dauern.

WIRTSCHAFT

Anstieg: Benzin ist wieder teurer. Nachdem Texaco und BP am Montag die Preise für Normal- und Superbenzin um drei Pfennig pro Liter erhöht hatten, schlossen sich gestern Esso und Aral der neuen Preiserhöhung an. Der Diesel-Preis blieb unverändert.

Morgenpost: Das Verlagshaus Gruner + Jahr darf die „Hamburger Morgenpost“ übernehmen. Dies hat gestern das Bundeskartellamt entschieden.

Börse: Auch am Dienstag schlossen die Aktienmärkte schwächer. Der Rentenmarkt tendierte uneinheitlich. WELT-Aktienindex 282,00 (285,86), BHF-Rentenindex 107,441 (107,456), BHF-Performan-



KULTUR

Ausstellung: Kunst, die seit dem 1. Januar dieses Jahres entstand, zeigt die Ausstellung „Prospekt 86“ in Frankfurt. In der Schirn und im Kunstverein sind Gemälden und Skulpturen „des Augenblicks“ zu sehen. Ein optisches Vergnügen, auch wenn die Arbeiten keine eindeutige Botschaft vermitteln (S. 19).

Helsinki-Festival: Musik aus Finnland stand im Mittelpunkt von verschiedenen Konzerten im Rahmen des Helsinki-Festivals. Mit diesem Programm haben die Veranstalter versucht, finnische Musik zu popularisieren und auch im Ausland bekanntzumachen. Doch dies war kein leichtes Unterfangen (S. 19).

SPORT

Schach: Titelverteidiger Kasparow hat in Leningrad die Bundesliga nach dem 40. Zug abgebrochen. 14. Partie um die Weltmeisterschaft gewonnen. Herausforderer Karpow gab gestern auf. Kasparow führt jetzt mit 8:6 und benötigt nur noch vier Punkte, um seinen Titel erfolgreich verteidigen zu können. (S. 17)

Handball: Heute startet die Bundesliga in der Saison 1986/87. In einer vorgezogenen Begegnung treffen in München der MTSV Schwabing und der VfL Gummersbach aufeinander. Die beiden Mannschaften werden von Experten zu den Favoriten für die Deutsche Meisterschaft gerechnet. (S. 17)

AUS ALLER WELT



Renntfahrer: Für ihn war sein Sport nichts anderes als eine Fortsetzung mittelalterlicher Ritterspiele. Heute vor 25 Jahren kam Wolfgang Alexander Reichsgraf Berge von Trips (Foto), einer der erfolgreichsten deutschen Formel-1-Fahrer nach dem Krieg, bei einem Rennen in Monza ums Leben. (S. 20)

Hessen: Pferde vor Pflüge gespannt und Schwarzstörche - das soll es nach dem Willen von Landwirtschaftsminister Görlach in Hessen bald wieder geben. (S. 20)

Leserbriefe und Personalien Seite 17
Fernsehen Seite 18
Wetter: Von Norden her Regen Seite 20

Stoltenberg will „weniger Staat und weniger Steuern“

Apel rügt Arbeitsmarktpolitik der Koalition / Bundestag beginnt Etatdebatte

ARNULF GOSCH, Bonn
In der Steuer- und Finanzpolitik gibt es zwischen Regierung und Opposition keine Gemeinsamkeiten. Dies wurde in der gestrigen Bundestagsdebatte deutlich. Während Finanzminister Stoltenberg betonte, daß die wirtschaftliche Trendwende, das erreichte Höchstmaß an Preisstabilität und das wiedergewonnene Vertrauen von Wirtschaft und Bürgern keinen Wechsel nach der Wende notwendig mache, bezeichnete Apel die Bilanz von Stoltenbergs Amtszeit als „negativ“. Seine Finanzpolitik sei mitverantwortlich für die anhaltende Massenarbeitslosigkeit.

Nach Stoltenbergs Worten setzt der Entwurf des Bundeshaushalts 1987, der bei einer geplanten Zuwachsrate von 2,9 Prozent einen Ausgabenrahmen von 271 Milliarden Mark vorsieht, und der Finanzplan bis 1990 den 1982 begonnenen neuen Kurs dieser Bundesregierung fort. Er sei bestimmt durch ein zurückhaltendes Wachstum der Ausgaben und eine vergleichsweise niedrige Neuverschuldung von 24,3 Milliarden Mark, die nur um 600 Millionen Mark über

dem diesjährigen Volumen liege. Hinzu kämen wichtige Schwerpunkte, die der Zukunftssicherung, der Förderung von Preisstabilität und Wettbewerbsfähigkeit, sowie der Verbesserung der beruflichen Chancen dienen.

In den kommenden Jahren gehe es darum, weiteren Spielraum für Steuerentlastungen, für eine „anspruchsvolle“ Steuerreform, zu gewinnen. Nur

wollen“, meinte der Minister. Besser seien auch niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen. Berechnungen hätten ergeben, daß die Forderungen der SPD für die Neugestaltung des Steuertarifs 1988 zu erheblichen Mehrbelastungen führen müßten. Der Oppositionsanspruch, der sozialen Gerechtigkeit zu dienen, erweise sich als unglaubwürdig.

Apel kritisierte die Bundesregierung an, daß es ihr nicht gelungen sei, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Und von den zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen seien allein 70 000 durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit entstanden. Die SPD wolle mit ihrer Finanzpolitik mehr Gerechtigkeit durchsetzen und mit einem Programm für „Arbeit und Umwelt“ 400 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sei kein Selbstzweck, der Ausweg in eine erhöhte Nettokreditaufnahme aber auch keine Antwort auf die gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben. Die SPD werde die Steuerbelastungsquote konstant halten.

SEITE 2:
Klaus Frontes

in Verbindung mit einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Steuerpolitik sei eine vorübergehend begrenzte Erhöhung der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände vertretbar.

Hart ging Stoltenberg mit den steuerpolitischen Plänen der SPD ins Gericht. Während die SPD es ablehne, Steuerlast und Staatsanteil zu senken, „wollten wir weniger Staat und weniger Steuern, weil wir davon ausgehen, daß die Bürger am besten wissen, wofür ... sie ihr Geld ausgeben

Pretoria ist auf Sanktionen vorbereitet

Südafrika plant, den Handel verstärkt über die Frontstaaten und Ostasien abzuwickeln

KLAUS JONAS, Bonn
Die derzeitige Ostasien-Reise des südafrikanischen Außenministers Roelof Botha wenige Tage vor dem erwarteten Sanktionsbeschuß der Europäischen Gemeinschaft deutet die künftige Marschrichtung an: Südafrika wird sich verstärkt diesem Raum - vor allem den befreundeten Staaten Südkorea, Taiwan und Japan - zuwenden, wenn die EG am 15. September selektive Handels-sanktionen verhängt.

Pretoria ist für diesen lange erwarteten Fall gerüstet und hält ein Arsenal an Plänen und Szenarien für die nächsten Jahre bereit. Nach Auffassung des Direktors des renommierten Afrika Instituts in Pretoria, Erich Leistner, wird die Wirtschaft zumindest mehrere Jahre ohne größeren Schaden durchhalten können.

Schon am 17. Juli hatte Präsident Pieter Botha selbstbewußt erklärt: „Wenn man uns notwendige Güter vorenthalten will, die wir nicht selbst herstellen können, dann werden wir sie uns beschaffen, indem wir das

Eigeninteresse der anderen ausbeuten.“ Südafrika hat nach Angaben von Arbeitsminister du Plessis seit mehr als zehn Jahren Vorräte an strategisch wichtigen Gütern angelegt und auch die weitere Versorgung mit Technologie und Know-how sichergestellt. Früher erlassene Waffen- und Ölverbots haben dazu geführt, daß das Land auf diesen Gebieten weitgehend autark wurde.

In aller Stille hat Präsident Botha ein Team hochkarätiger „Sanktionsbrecher“ zusammengestellt, angeführt von Fred Bell, dem früheren Chef des staatlichen Rüstungskonzerns Armscor. Privaten Unternehmen soll künftig per Gesetz verboten werden, „sensitive“ Informationen über den Handel zu veröffentlichen.

Pretorias Strategie gegen Sanktionen bleibt geheim. Sicher ist jedoch, daß sie vier Stützrichtungen haben wird: Diplomatischer Druck, Täuschungsmanöver, verstärkte Eigenproduktion und wirtschaftliche Anreize. Nach Presseberichten sind zum

Beispiel Privatunternehmen bereits dabei, Zweigstellen in Swaziland zu errichten, von wo fast fertige Waren ohne die „Made in South Africa“-Marke verpackt und verschifft werden können. Pläne sind angeblich weit fortgeschritten, Flughäfen in Botswana und Swaziland als Heimatbasen der South African Airways auszubauen - für den Fall, daß die SAA ihre Landrechte in Amerika und Europa verliert.

Von den schwarzen „Frontstaaten“ erwartet Südafrika keine Bedrohung. Sie seien zu arm, zu abhängig und zu korrupt, um Sanktionen durchzusetzen. Sie könnten im Gegenteil als Instrumente zur Abwehr von Sanktionen herangezogen werden. Die Frontstaaten seien ein integraler Teil des von Südafrika dominierten regionalen Wirtschaftssystems. Wirkungsvolle Boykotte gegen Südafrika würden sie im gleichen Maße treffen. Das könnte sie zu einer noch stärkeren wirtschaftlichen Integration mit Südafrika zwingen.

Weizsäcker: Recht nicht mißbrauchen

Bundespräsident beklagt Defizite in der Erziehung / Juristentag in Berlin eröffnet

PETER PHILIPPS, Berlin
Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zur Eröffnung des 56. Deutschen Juristentages in Berlin vor einem Mißbrauch der Gerichte gewarnt: „Alzucht würden Klagen nur dazu genutzt, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, die Verwaltung für ein Anliegen geöffnig zu machen oder die Realisierung mißliebiger Pläne zu verzögern. Aber, so mahnte Weizsäcker, wenn die Klage dem Nachdenken über Verständigungsmöglichkeiten vorausgehe, werde die friedensstiftende Aufgabe der Rechtsprechung geschwächt.“

In seiner Grundsatzerklärung über Stellung und Aufgabe der Rechtspflege appellierte er an Juristen, Politiker, Lehrer und Eltern, sich ihrer Verantwortung für das „Rechtsbewußtsein aller Bürger“ bewußt zu sein. Schule und Elternhaus fälle „eine große Verantwortung zu“, der Jugend das Gefühl dafür zu vermitteln, „daß das Recht nicht überfordert werden soll, daß es nicht alles leisten kann und um der Freiheit willen auch nicht leisten darf.“

Er stellte klar, „Rechtsbewußtsein zu fördern, verlangt zunächst voll und uneingeschränkt das durchsetzen, was um der Rechtsstaatlichkeit willen nötig ist. Die Bedingungen des friedlichen Zusammenlebens dürfen nicht opportunistischen Erwägungen geopfert werden. Die Grenze friedlicher Demonstration und Gewalttätigkeit bleibt nur dadurch klar erkennbar, daß die Polizei gegen Gewalt einschreitet. Sie tut damit ihre und unsere Pflicht. Rechtsbewußtsein kann nur entstehen, wo tatsächlich etwas vom Recht gewußt wird.“

Aber von Weizsäcker machte sich vor der Juristen-Versammlung auch zum Fürsprecher der Bürger, die mehr oder weniger hilflos der juristischen Fachsprache gegenüberstehen: „Alle Bürger werden mit Texten konfrontiert, die von Juristen verfaßt

sind. Wenn man sie lesen muß, dann sollte man wenigstens die Chance haben, sie zu verstehen“, und auch ihren Sinn zu begreifen.

Schon bei der Ausbildung junger Juristen müsse die Idee vermittelt werden, „sich nicht mit der Interpretation und Verfeinerung des vorhandenen Rechts zu begnügen, sondern immer von neuem nach der Aufgabe und Bedeutung des Rechts, nach seinen Grundlagen und Grenzen zu fragen“. Recht sei „immer mehr als Ordnung, Sicherheit und Regelungsmechanismus“. Es gebe „keine Rechtsethik ohne religiöse Wurzeln“. Die Rechtsordnung bleibe auch dann auf angewiesen, „daß eine Gnade erfahrbar bleibt, die dem Recht nicht unterworfen ist“. Und auch der Gedanke der Resozialisierung sei unverzichtbar: „Jeder, auch die, deren Taten die Gesellschaft besonders zu fürchten gelernt hat, hat die Chance auf neue Einsicht und den Anspruch auf unsere Hilfe. Das gilt im übrigen auch für terroristische Straftäter.“

In Amerika geht die Radon-Furcht um

LUDWIG KÜRTE, Bonn

Die Furcht vor der Radioaktivität hat in den USA neue Nahrung erhalten. Radon heißt das Stichwort, das nicht nur Öffentlichkeit und Presse, sondern auch die Nationale Umweltschutzbehörde (EPA) in Aufregung versetzt. Offizielle Stellen sprechen davon, daß dieses Edelgas möglicherweise für 5000 bis 20 000 Lungenerkrankungen pro Jahr verantwortlich sei. Wahrscheinlich seien mehrere hunderttausend Haushalte von der „neuen“ Umweltgefahr betroffen.

Radon - wie alle Edelgase ein chemisch sehr reaktionsträges Element - entsteht als Zerfallsprodukt von Uran, das im Erdboden und Grundwasser, aber auch in Baumaterialien vorkommt. Es dringt durch Löcher oder Durchlässe in Hausfundamenten ein oder wird aus dem Gestein der Häuser freigesetzt. Vor allem bei schlechter Durchlüftung kann es sich in den Räumen anreichern. Radon und seine Zerfallsprodukte (Polonium, Blei, Wismut) geben verschiedene

Arten von radioaktiver Strahlung ab. Als Gas steht es im Verdacht, Lungenkrebs auszulösen. Aufgegriffen wurde die amerikanische Öffentlichkeit durch den Fall eines Mitarbeiters in einem Atomkraftwerk, der mehrfach beim Betreten der Anlage den automatischen Strahlungsalarm auslöste. Schließlich stellte man fest, daß in seinem Wohnhaus die Radon-Konzentration fast 70mal höher war als die erlaubten Grenzwerte. Inzwischen kennt man bestimmte Regionen der USA, die besonders betroffen sind, offenbar weil hier die Urankonzentration des Bodens relativ hoch ist.

Hierzulande ist das Radon ein unbekanntes, aber völlig in Vergessenheit versunkenes Problem. Schon 1984 hatte das Kernforschungszentrum Karlsruhe zusammen mit dem Bundesgesundheitsamt in 6000 repräsentativ ausgesuchten Wohnhäusern die Radon-Konzentration gemessen. Man stellte fest, daß das Gas für fast die Hälfte der natürlichen (also nicht

vom Menschen direkt verursachten) Strahlenbelastung verantwortlich ist. Einen großen Einfluß auf die Höhe der Belastung hatte, so stellte man ebenfalls fest, das Maß an regelmäßiger Durchlüftung in den Häusern. Vor allem in Altbauwohnungen und Fachwerkhäusern lagen die Werte zum Teil deutlich über den tolerierbaren Werten für die Radonbelastung. Aus der Untersuchung rechnete man hoch, daß dies bei mindestens 60 000 Haushalten in der Bundesrepublik der Fall sei.

Die gesundheitlichen Auswirkungen sind der Wissenschaft heute wie damals unklar. Alle bisherigen Aussagen stützen sich auf Untersuchungen an Minenarbeitern, bei denen eine erhöhte Lungenkrebsrate festgestellt wurde. Besonders plänt ist übrigens, daß in vielen Heilbädern, auch hierzulande, jahrelang hochgradig radonhaltiges Wasser für Trink- und Badekuren benutzt wurde, obwohl der medizinische Nutzen heftig umstritten war.

DER KOMMENTAR

Ein Schachzug

HERBERT KREMP

Lenken die Sowjets im Fall Daniloff ein? Die Anklage gegen den Journalisten erregt die amerikanische Öffentlichkeit in einem für europäische Verhältnisse schwer vorstellbaren Maße. Sie ist zum Gegenstand der großen Politik geworden. Wenn die Sowjets nicht nachgeben, wird der Präsident Gegenmaßnahmen ergreifen, die es Gorbatschow schwer machen werden, die Gipfel-Reise nach Washington anzutreten.

Hat Moskau die Aktion gegen den Journalisten unterschätzt? Man kann sich das kaum vorstellen. Gorbatschow und sein Außenminister Schewardnadse werden bei der Gipfel-Vorbereitung von einem der besten Kenner der USA, dem langjährigen Botschafter Dobrynin beraten. Wenn irgendjemand die empfindliche Reaktion der Amerikaner absehen konnte, dann er. Nichts ist geeigneter, den Weg zu ernsthaften Verhandlungen zu erschweren, als die Verhaftung eines Mitglieds der amerikanischen Medien-Gesellschaft. Sie schadet überdies dem Ruf des Generalsekretärs. In den vergangenen Monaten konnte man den Eindruck gewinnen, die

Werbeagenturen an der Madison Avenue seien von New York nach Moskau abgewandert und „managten“ Gorbatschow. Mit der Affäre Daniloff bröckelt der sorgfältig aufgesetzte Reformer-Look ab.

Das ist aber nicht alles. Gerade weil die Aktion so kontraproduktiv ist, liegt die Vermutung nahe, daß irgendwelche Institutionen in Moskau an Gorbatschow vorbei oder sogar gegen ihn tätig geworden sind. Das wäre nichts Neues. So hat sich zum Beispiel das Senats-Gesetz zum Einmischen der Amerikaner in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion (er ging allen eingebauten Wanzen zu Leibe), 1964 als eine Aktion gegen den damaligen Generalsekretär Chruschtschow herausgestellt. Michail Gorbatschow hat Feinde in der Nomenklatura des Landes, die sich in ihren Privilegien bedroht fühlen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Fall Daniloff einen Schachzug in dem permanenten Machtkampf darstellt, der zur Lebenswirklichkeit aller Ein-Parteienstaaten gehört. Er wirft die Frage auf: Wie stark ist Gorbatschow?

Lafontaine erwägt Beschwerde gegen Urteil zu Cattenom

„Abenteuerliche“ Entscheidung / Für Abberufung Birkhofers

ULRICH RITZ, Bonn

Die saarländische Landesregierung will sich mit der vom Straßburger Verwaltungsgericht zugelassenen Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Cattenom (WELT v. 8.9.) nicht abfinden. Das SPD-Kabinett beschloß, das weitere gerichtliche Vorgehen mit allen am Antrags- und Klageverfahren beteiligten Gebietskörperschaften aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland abzustimmen. Bereits am kommenden Freitag soll erörtert werden, ob man gegen den abgelehnten Antrag auf Aussetzung der Betriebserlaubnis Beschwerde beim französischen Staatsgerichtshof einlegt oder auf eine schnellere Entscheidung im Hauptsache-Verfahren drängt.

Der saarländische Umweltminister Jo Leinen nannte den Straßburger Spruch „abenteuerlich“. Die dritte Strafkammer hatte in ihrer Urteilsbegründung die Einwände der Kläger gegen das Genehmigungsverfahren - Verstoß gegen den Euratom-Vertrag und Nichtigkeit der Genehmigungsbescheide - bestätigt, jedoch erklärt: Unter „Abwägung der Umstände“ sei

es „nicht angezeigt“, die Genehmigung auszusetzen.

Leinen verwies darauf, daß ein Bericht der EG-Kommission über Cattenom noch aussteht. Ottokar Hahn, Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben, schloß nicht aus, daß die EG-Kommission vor den Europäischen Gerichtshof geht, sollte sie zum Ergebnis kommen, daß die Sicherheitsstandards von Cattenom und deutschen Kernkraftwerken unterschiedlich seien.

Dies bestreitet indes die deutsch-französische Reaktorsicherheitskommission. Jetzt erklärte das Experten-gremium, die Sicherheitsstandards seien vergleichbar. Auch aufgrund dieser Stellungnahme fordert die Landesregierung in Saarbrücken von Bundesumweltminister Waldmann die Neubestimmung der Reaktorsicherheitskommission unter Leitung von Adolf Birkhofer. Die bisherige Arbeit des Gremiums sei geprägt gewesen von „atomfreundlichen Arrangements am grünen Tisch“. Der Bericht der beiden Reaktorsicherheitskommissionen sei nicht einmal auf den jüngsten Zwischenfall vom 23. August eingegangen.

WELT-Gespräch mit Weltbank-Chef

DW, Washington

Die internationale Schuldenkrise muß nach Ansicht des neuen Präsidenten der Weltbank, Barber B. Conable, durch weitreichende Reformprogramme bekämpft werden und nicht durch Schuldenerlaß oder Zinsverbilligungen. Der Nachfolger von A. W. Clausen machte in einem Interview mit der WELT, der „Financial Times“ und dem „Press Trust of India“ auch deutlich, daß er der Bank durch ein neues Führungskonzept zu mehr Effektivität verhelfen will. Seite 11: Conables Ziel

ZDF auf der Jagd nach Zuschauern

schw, Bonn

Die Informations-sendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten haben in den in der Bundesrepublik verkauften Gebieten erhebliche Einbußen erlitten. Dies gelte jedoch nicht für die Nachrichtensendungen, erklärte Reinhard Appel, Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), in Bonn. Dessen Trend des Zuschauers zur Unterhaltung will das ZDF nicht aufgeben. Eine erweiterte und noch aktuellere Berichterstattung entgegenstellen. Seite 18: Sehnsucht

Tokio gibt grünes Licht für Beteiligung an SDI-Projekt

Japan erhofft sich technische und strategische Vorteile

FRED DE LA TOBE, Tokio

Japan hat sich gestern als vierter Staat bereit erklärt, Privatunternehmen durch Abschluß eines Rahmenvertrages mit den USA eine Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) zu ermöglichen. Die Einzelheiten für dieses Programm müssen noch in Absprache mit den Amerikanern festgelegt werden. Die Regierung wird in Kürze Verhandlungen mit Washington über die Details der japanischen Beteiligung an SDI aufnehmen.

Die Regierung in Tokio rechnet durch die Teilnahme an der SDI mit technischen und strategischen Vorteilen, die im nationalen Interesse Japans liegen. Tokio hat während der vergangenen zwölf Monate Delegationen in die USA entsandt, die Informationen über den Stand der Entwicklung in der SDI-Forschung sammeln. Einer Gruppe gehörten auch Vertreter der Privatindustrie an.

Nach Ansicht der Regierung wird durch die Teilnahme an der SDI die Resolution des Japanischen Parla-

ments von 1969 nicht verletzt, welche die Raumforschung nur für friedliche Zwecke zuläßt. Tokio begründet das damit, daß das Zentrum der SDI-Forschung in den USA und nicht in Japan liegen werde. Aus demselben Grund verstoße die japanische Teilnahme auch nicht gegen die drei Anti-Nuklearpinzipien des Landes - keine Kernwaffen herzustellen, einführen oder zu lagern.

Nach Meinung japanischer Industriesprecher wird Japans Rolle vor allem darin bestehen, kleine technische hochwertige Teile zu liefern. Dabei wird es sich meist um Mehrzweck-Produkte handeln, die sowohl für militärische wie zivile Einsatz geeignet sind. Damit werde auch die Frage von Waffenexporten wieder aktuell, die Tokio bisher verboten hat. Kritiker befürchten, daß die Amerikaner in Bereichen, die in scharfem Wettbewerb mit der japanischen Industrie stehen, den japanischen Partnern den Zugang zu neuesten Forschungsergebnissen verweigern werden. (SAD)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Klare Fronten

Von Arnulf Gosch

Ohne Überraschung blieb, was Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und sein sozialdemokratischer Gegenspieler Hans Apel gestern in der Haushaltsdebatte des Bundestages sagten – relativ verbindlich im Ton, aber knallhart in der Sache. Die Gegensätze im Grundsätzlichen wurden deutlich wie selten herausgearbeitet.

Während sich die Regierung als Verfechterin von Steuer-senkung und Privatisierung darstellte, bot Apel für die SPD – global gesehen – keine sinkenden, sondern eher höhere Steuern an und mochte auch nicht auf den investitionslenkenden Staatseinfluss via Beschäftigungsprogramm „Arbeit und Umwelt“ verzichten. Ob ein solches Programm mehr Arbeitsplätze schaffen könnte, steht auf einem anderen Blatt.

Nicht zu verkennen ist, daß Stoltenbergs Finanzpolitik trotz beachtlicher Konsolidierungs-Fortschritte unübersehbare Schwachstellen bietet. Das gilt sowohl für den von manchem als besorgniserregend empfundenen leichten Wiederanstieg der Neuverschuldung als auch für die Erfolglosigkeit im Kampf gegen das Subventions-Unwesen. Auf der anderen Seite sollte die SPD-Opposition einräumen, daß die Geldwert-stabilität einen beachtlichen sozialpolitischen Faktor darstellt. Sie wäre auch gut beraten, auf bereits gescheiterte Rezepte zu verzichten.

Unüberhörbar ist mit der gestrigen Debatte der Wahlkampf eingeleitet worden. Die Ausgangsposition der Regierung erscheint günstiger als die der Opposition, denn es geht der Mehrheit der Bürger 1986 besser als 1983. Das sollte und darf jedoch nicht von den Problemen der mehr als zwei Millionen ablenken, die trotz anhaltender Wirtschaftsaufschwungs als arbeitslos registriert sind. Rezepte – ohne den Zusatz „Patent“ – für deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß bleiben gefragt.

Das gilt auch für den Subventionsabbau. Je besser dieser in der kommenden Legislaturperiode gelingt, desto mehr Spielraum gibt es für Steuer-senkungen.

Castro & Co. in Angola

Von Jürgen Liminski

Das paßt ins neue Herbst-Bild: Kubas Diktator Castro hat auf der Konferenz der Blockfreien in Harare verkündet, seine Truppen würden „solange in Angola bleiben, wie die Apartheid in Südafrika“. Von Harare aus macht er einen als Staatsvisite deklarierten Besuch bei seiner Truppe.

Mit seiner Ankündigung geht er einen Siebenmeilenschritt weiter als mit dem bisherigen Junktim zwischen Kubaner-Abzug aus Angola und der Unabhängigkeit Namibias. Mit anderen Worten: Die Kubaner – schätzungsweise 25 000 Mann – bleiben in Angola, bis zum letzten Genossen. Entscheidungen von solcher Tragweite werden in Havanna nicht getroffen, sondern nur entgegengenommen, und am dafür günstigsten Ort verkündet. Das war Harare.

Die Entscheidung selbst besagt zweierlei: Zum einem, daß die sowjetisch geführte Offensive gegen den pro-westlichen Widerstandskämpfer Savimbi, der weite Gebiete des Landes kontrolliert, gescheitert ist und die Hauptstadt Luanda nur dank der Präsenz kubanischer Truppen gehalten werden kann. Die Guerrilla-Organisation Swapo und Namibia sind nur noch Nebensache. Es geht um die globale Funktion des Vasallen im südwestlichen Afrika. Zweitens: Dem seit einigen Jahren zehrenden Prestigeverlust Moskaus auf dem schwarzen Kontinent können die Sowjetunion und ihre Verbündeten offenbar nur noch militärisch begegnen.

Die Annahme des neuen Tagesbefehls ist Moskaus Hauptabteilungsleiter für Truppenexporte und revolutionäres Know-how gewiß nicht leicht gefallen. Kubas Bevölkerung leidet unter den militärischen Expeditionen und Abenteuern ihres maximo lider. Fast jede Familie hat einen Krüppel zu pflegen oder einen Gefallenen zu beklagen. Aber Castro blieb keine Wahl, so wie auch Hanoi, Managua oder Kabul kaum eine andere Wahl bleibt als zu gehorchen.

Also Castros Truppen bleiben in Angola, eine solche Entscheidung muß in den letzten Wochen an höchster Stelle getroffen worden sein. Vielleicht werden in anderen Krisenherden bald noch Scheite nachgeschoben. Dabei könnte sich auch Gorbatschow die Finger verbrennen.

Wann fliegt D 2?

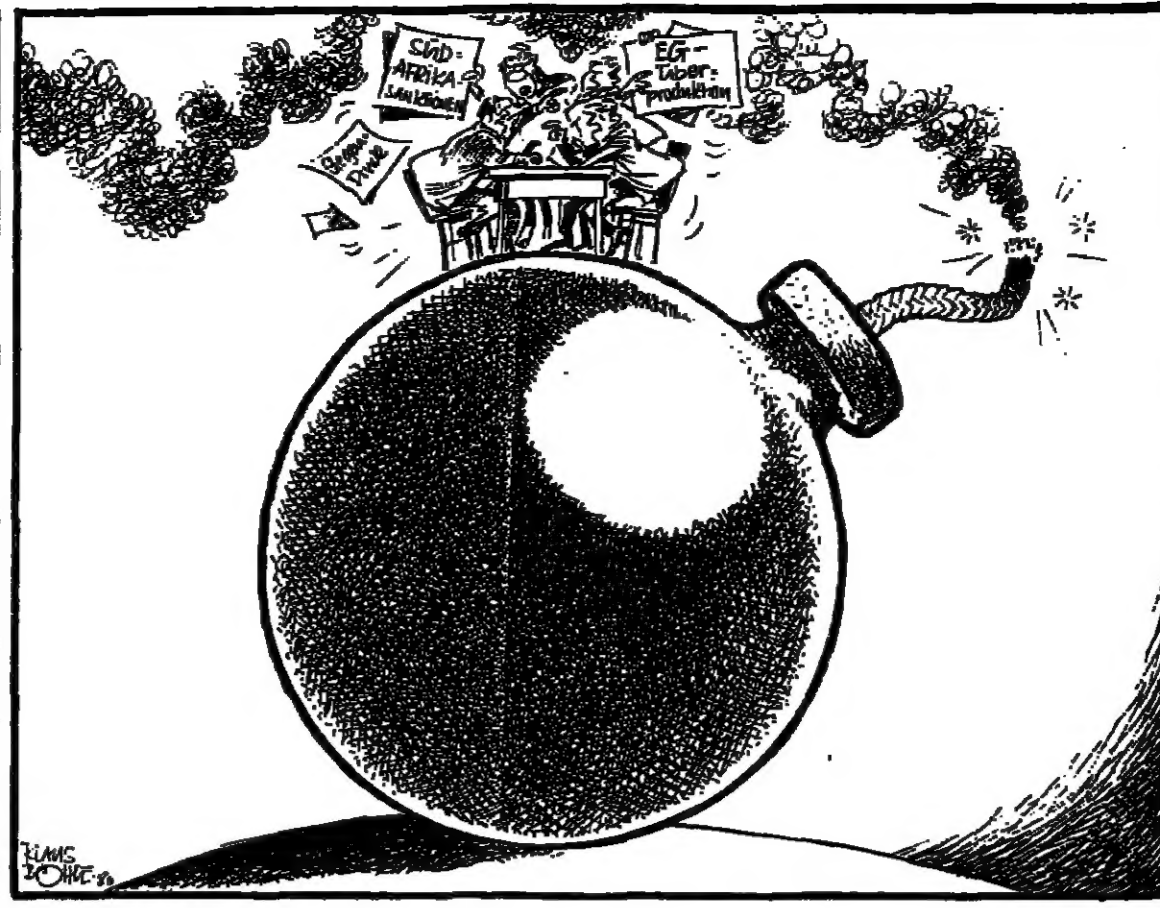
Von Ludwig Kürten

Eine neue Hiobsbotschaft aus den USA schreckt die Raumfahrtexperten beiderseits des Atlantiks aus ihren Gedankenflügen. Die Ankündigung der Nasa, die 15 bis Ende des Jahrzehnts geplanten Starts des (in Europa gebauten) Weltraumlabs „Space-Lab“ zu streichen, läßt Zweifel aufkommen, welchen Stellenwert wissenschaftliche Projekte bei den Amerikanern haben. Es zeichnet sich ab, daß die Nasa ihr Schwergewicht in den kommenden Jahren auf militärische Unternehmungen legen wird. Bei zwei der nächsten Missionen stehen Laserversuche auf dem Programm: SDI läßt grüßen. Der neue Rückschlag für die Weltraum-Wissenschaft paßt zu der vor wenigen Wochen verkündeten Entscheidung des US-Präsidenten Reagan, daß die Nasa sich aus allen kommerziellen Projekten zurückziehen wird.

Die Europäer und besonders die deutsche Raumfahrt sind jetzt in die peinliche Lage, daß niemand mehr sagen kann, wann die vielen geplanten Missionen durchgeführt werden. Noch letzte Woche hatte Forschungsminister Heinz Riesenhuber versichert, die zweite deutsche Mission im Space-Lab (D 2) werde spätestens Anfang 1991 starten. Raumfahrtexperten lächeln darüber nur noch. 1992 frühestens, wahrscheinlich später, heißt es.

Die Raumfahrtunternehmungen der Amerikaner und Europäer wirken auf den Betrachter zur Zeit erschreckend planlos. Die Unglücksserie und die Rückschläge der USA haben dort offenbar eine Art Trauma hinterlassen, das sie zu Alleingängen und übereilten Entscheidungen verführt. Transatlantische Verständigung ist erkennbar. Schon länger schwelen unter der Oberfläche Differenzen über die Ausgestaltung der Weltraumstation für die neunziger Jahre. Die jüngsten Entscheidungen sind weitere Tropfen, die das Faß leicht zum Überlaufen bringen könnten. Wird sich der Traum von der transatlantischen Kooperation bei der Eroberung des Weltraums zu einem Albtraum verwandeln?

Jedenfalls tun die Europäer gut daran, ihre eigenen Projekte voranzutreiben. Die Raumfähre „Hermes“ wird zwar erst in der Mitte des nächsten Jahrzehnts einsatzbereit sein. Doch setzt man mit diesem und anderen Vorhaben, das zeigen die jüngsten Entwicklungen, auf das bessere Pferd.



Prioritäten

KL. BÖHM

Hier fallen Entscheidungen

Von Paul F. Reitze

Warum ist das sozialistische Modell in der Bundesrepublik noch nicht Wirklichkeit geworden? Bildungspolitik in der SPD, die mit dazu beigetragen haben, daß der Geschichtsunterricht in etlichen Bundesländern zum sozial-revolutionären Demonstrationsobjekt verkommen ist, führen sich neuerdings auf, als hätten sie selber schon diesen Geschichtsunterricht genossen. In einem nun gedruckt vorliegenden, maßgeblich von dem bildungspolitischen Sprecher der NRW-SPD, Manfred Dammeyer, beeinflussten „Beschluss der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand“ erklären sie zur „Situation nach 1945“, es habe nicht lange gedauert, bis „an alte gesellschaftliche Verhältnisse angeknüpft wurde, als wäre der Nationalsozialismus nur ein bedauerlicher Betriebsunfall gewesen“.

Wie das? Die Schulreformen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands/Deutschen Demokratischen Republik wurden, so die eilfertige Antwort, „während des Kalten Krieges von der politischen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) dafür in Anspruch genommen, auch kleine demokratische Reformschritte hier als kommunistisch zu diffamieren“.

Das ist nicht nur Geschichtsklitterung überlaster Art, sondern in hohem Maß verzeirlich. Schulpolitik als Weg in die andere Republik? Natürlich, sagen heute wieder viele in der SPD. Im Irreer Entwurf wird ein Parteiprogramm wird der Schule „eine Schlüsselrolle für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft“ zugewiesen. Hier „fallen Entscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft“, heißt es weiter. Das meint, in etwas verschlüsselter Form, dasselbe.

Wie sieht diese Zukunft aus, nach welchem Baster ist sie zu planen? Der Irreer Entwurf vernebelt zwar an besonders kritischen Stellen, läßt aber doch die Markierungspunkte erkennen.

Erziehung erscheint als Sozialisationsprozeß. Die Familie spielt dabei kaum noch eine Rolle; im Beschlußpapier für den Parteivorstand wird sie im einleitenden Passus sogar ganz übergangen. Der einzelne junge Mensch als das eigentliche Objekt und Subjekt von Bildung wird nur ein einziges Mal erwähnt, mit der grob verkürzten Bemerkung, es gelte die Ein-

übung in „solidarisches Verhalten“ zu bewerkstelligen.

Wohin man blickt, stößt man auf Defizite. Sollte die vorrangige Aufgabe von Lehrern nicht darin bestehen, Begabungen zu wecken und zu fördern? Eine einzige Stelle ließe sich mit viel gutem Willen so interpretieren, aber sie bezieht sich ausschließlich auf die Gesamtschule, die „auch am besten geeignet (ist), der Chancengleichheit näherzukommen“.

Einübung in staatsbürgerliche Pflichten – eine Fehlanzeige. Die Bindung an die Verfassungen von Bund und Ländern, die für die Schule als öffentliche Einrichtung in herausgehobener Weise zu gelten hat, wird keiner Erwähnung gewürdigt. Erwähnt werden hingegen „neue Herausforderungen“ des Bildungssystems. Will man darüber Näheres erfahren, muß man sich indes mit der Behauptung zufriedengeben, daß oft, „der Zugang zum Beruf versperrt“ sei.

Keine Frage nun, daß wenigstens die berufliche Bildung um so gründlicher analysiert wird? Man wird jedoch auch hier karg abgespeist, bis auf die ideologische Komponente des Menüs: Der schulische Teil solle erweitert werden, „ergänzt um die Ausbildung im dualen System“. Dahinter steckt nicht nur der alte Verdacht, daß der Meister den Lehrling ausbeutet, sondern wohl auch ein besonders verqueres Geschichtsbild.

Im Beschluß für den Parteivorstand findet man es ausformuliert,



ist Bildung nur Einübung in solidarisches Verhalten? SPD-Politiker Dammeyer FOTO: DPA

wenn etwa dargelegt wird, „im Verlauf der Industrialisierung“ sei „immer mehr Erfahrungswissen aus den Köpfen der Arbeiter in die der Ingenieure verlagert“ worden. Daß zumal der Facharbeiter heute in einem Umfang Dispositionsaufgaben erfüllen muß, wie es noch vor wenigen Jahren kaum dem Meister oblag, wäre auch von Gewerkschaftern den Parteifreunden gesagt worden, nicht nur von Unternehmern, sofern sie es denn hätten wissen wollen.

Wenn Schule und Berufsbildung umgekrempelt werden sollen, dann dürfen natürlich die Hochschulen nicht fehlen. Der Irreer Programm-entwurf geht hier besonders hart zur Sache, mit Argumenten von vorgestern. Angeprangert wird, „daß sich in einzelnen wichtigen Wissenschaftsbereichen Monopole herausgebildet haben, die Forschung und Anwendung militärischen oder engen industriellen Zwecken unterwerfen“. Die Gesellschaft, was immer das sein mag, wird in eine Doppelrolle gedrängt: Einerseits soll sie „die Freiheit der Wissenschaft und des einzelnen Wissenschaftlers gegenüber staatlicher und wirtschaftlicher Macht sichern“, andererseits wird ihr auferlegt, „aus übergeordneten Wertegedankten heraus auch in den Wissenschaftsprozess selbst kontrollierend“ einzugreifen. „In solchen Grenzfällen“ wird angeregt, „daß auch die Bearbeitung gewisser Forschungsthemen verboten wird“.

Kaum ein alter Hut, der hier nicht wiederkehrt: von der Anstiftung zur Kollegenschmüffelei unter Professoren bis zur angeblichen Unterdrückung von Forschungsergebnissen durch industrielle Auftraggeber. Ideologie vernebelt nun einmal die Wirklichkeit, auch wenn diese relativ einfach ist. Der Löwenanteil der Hochschulfinanzierung kommt schließlich in der Bundesrepublik aus staatlichen Töpfen, und die Freiheit der Wissenschaft endet dort, wo die Menschenwürde tangiert wird.

Die SPD schwankt derzeit zwischen Aufwallungen eines Wir-Gefühls und Stimmungen, den zum Sozialismus drängenden Weltgeist, Unterabteilung Deutschland, verorten zu haben. Das bräut sich vor allem bei (traditionell ideologien-fälligen) Bildungspolitikern zu einer giftigen Mischung zusammen.

IM GESPRÄCH Karl-Heinz Janzen

Sozialmodell-Schreiner

Von Günther Bading

Seit 1971 gehört Karl-Heinz Janzen dem Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall an. Nun soll er auf dem Gewerkschaftstag im Oktober, wenn Hans Mayr als Vorsitzender ausscheidet und Franz Steinkühler an die Spitze der größten deutschen Gewerkschaft tritt, zweiter Vorsitzender seiner Organisation werden. Dafür hat ihn der Gewerkschaftsvorstand jetzt nominiert.

Janzen ist 60 Jahre alt. Er ist der Sozialpolitiker der IG Metall, er hat sich in den letzten Jahren engagiert um die Themen Humanisierung der Arbeitswelt und Bewältigung der Folgen technologischer Innovation gekümmert. Daß dies zwei Themen sind, die eine sich in ihrer inneren Struktur von der Metallarbeiter- zur Techniker-Gewerkschaft wandelnde Organisation besonders berühren, zeigt sich immer wieder auf Gewerkschaftstagen. Wenn Janzen über diesen Bereich berichtet, dann wird zu gehört. Das Thema fesselt. Und der Mann wohl auch.

Janzen gilt als Kämpfennatur, er liebt ohne Zweifel starke Worte. Aber im Gegensatz zu seinem fast namensgleichen Vorstandskollegen Janßen von der Tarifabteilung neigt er nicht dazu, bei verbissener Diskussion nachgerade Schaum vor den Mund zu bekommen. Karl-Heinz Janzen ist es gelungen, den Stellenwert der Sozialpolitik in der innengewerkschaftlichen Diskussion anzuhieven. Nicht zuletzt der Regierungswechsel 1982 hat dazu beigetragen. Denn seither gehört Janzen zu den entschiedensten Kritikern der Sozialpolitik der Bundesregierung. Er war es, der auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983 den Angriff auf Bundesarbeitsminister Norbert Blum eröffnet hat. (Für den kommenden Gewerkschaftstag liegen eine Reihe von Ausschluß-Anträgen gegen IG-Metall-Mitglied Blum vor.) Janzen war es, der der Regierung



Soll zweiter Vorsitzender der IG Metall werden: Janzen FOTO: DIE WELT

damals „sozialpolitischen Vandalismus“ vorwarf. Daß der in Dortmund geborene gelernte Modellschreiner bei aller Schärfe seiner Kritik auch differenzierte Töne anklängen lassen kann, vielleicht im Grunde nicht der Scharfmacher ist, als der er sich gibt, kommt bei der Gewerkschaftsbasis allerdings nicht über Janzen hinweg – wie Janzen – meist für seine scharfen Töne beklatscht.

Als Kandidat für das Amt des zweiten Vorsitzenden bot sich Janzen für diese letzte Amtsperiode seiner Funktionärszeit geradezu an. Er steht für Kontinuität, während der neue 48jährige Vorsitzende Steinkühler, an dessen Wahl im Oktober niemand zweifelt, für den Generationswechsel steht. Janzen ist für die gesamte IG Metall akzeptable, nach dem Schema rechts-links ist er kaum einzuordnen. Und er wird, so hoffen es vor allem die Älteren in der IG Metall, im Gespräch mit Steinkühler trotz aller eigenen Wortradikalität allzu kühne Galoppstürme des neuen ersten Mannes der IG Metall wohl zu dämpfen wissen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zur Haus-Industrie:

Nicht zuletzt der Verlauf der Haushaltsdebatte wird zeigen, ob in der Bonner Wirtschaftspolitik auch in den kommenden Monaten der vielschichtige Chor der Füllhornbläser den Ton angeben wird oder ob sich die Koalition wieder auf das Besinnliche beschränkt. Otto Graf Lambsdorff und andere als Markenzeichen der nächsten Regierung den Wählern in Aussicht stellen, nämlich eine Steuerreform. Und zwar eine Reform, die dem Bürger tatsächlich das zurückgeben wird, was ihm der Fiskus in jahrelanger Kleinartigkeit als „Belohnung“ für mehr Leistung abgezogen hat.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie bemerkt zum Cattenom-Urteil:

Da bestätigt das Straßburger Verwaltungsgericht den deutschen Klägern gegen das Kernkraftwerk von Cattenom, daß es ihre Einwände im Wesentlichen für berechtigt hält – und weist im Elverfahren den Antrag auf Aussetzung der Betriebserlaubnis doch ab... Die Entscheidung wird nur verständlich vor dem Hintergrund einer aus Tradition zurückhaltenden französischen Verwaltungs-Gerichtsbarkeit, welcher der BfS ihrer deutschen Kollegen abgeht und die gerade in politisch brisanten Fragen vor unbekannten Entscheidungen zurückschreckt.

Frankfurter Neue Presse

Sie schreibt zur Symphonischen Suite:

Es scheint eine Eigenart deutscher Intellektueller zu sein, bei terroristischen Gewalttätigkeiten immer wieder nach Motiven zu fragen. Verständnis zu zeigen. Neuestes Beispiel der Fernsehfilm über die erste Generation der RAF-Terroristen. Da wurde zwar am Lack der Bader, Meinhof oder Ensslin gekratzt, da schimmerte aber auch Verständnis für die schlimmen Vorbilder durch.

HEILBRONNER STIMME

Sie urteilt über die Konferenz der Blockfreien:

Die Bewegung der Blockfreien... wird nur dann den echten „dritten Weg“ darstellen können, wenn sie zur moralischen Integrität findet. Das aber ist in dieser Welt mit ihrem politischen und religiösen Fanatismus, ihrem Machtstreben und der Selbstgefälligkeit vieler Politiker kaum möglich.

Le Monde

Die Pariser Zeitung kommentiert das sowjetisch-chinesische Verhältnis:

Eher eine hüftlose Antwort als ein entscheidender Durchbruch. Diese Interpretation verleiht verschiedene Beobachter den Worten Deng Xiaopings, der sich dazu bereit erklärt hat, in die Sowjetunion zu reisen, wenn „Moskau Vietnam drängt, seiner Aggression in Kambodscha ein Ende zu bereiten und seine Truppen abzuziehen“. Am 28. Juli, in seiner Rede in Wladivostok, hatte der sowjetische Parteichef implizit eine derartige Begegnung gewünscht. Deng Xiaoping ist grundsätzlich damit einverstanden, stellt jedoch eine Bedingung – zweifellos die, welche der Krenin am schwersten erfüllen kann.

Zentralbankrat wird kaum ein Zinssenkungs-Signal geben

Deutschen Ökonomen sträuben sich die Haare / Von Claus Dertinger

Die Hoffnungen auf sinkende Zinsen, die noch vor ein paar Tagen das Handeln vieler Profis an den Kapitalmärkten bestimmt hatten, sind verfliegen. Inzwischen haben, wie sich an den gesunkenen Kursen von Anleihen und Pfandbriefen ablesen läßt, die Pessimisten, die mit einem Wiederanstieg der Zinsen rechnen, das Regiment übernommen. Kaum noch jemand erwartet, daß der Zentralbankrat morgen ein Zinssenkungssignal gibt, woran vor zwei Wochen niemand gezweifelt hatte.

Diesen Stimmungsumschwung haben uns die Amerikaner beschert, die bis vor kurzem noch Bannerträger der Zinssenkungshoffnungen waren. Was in den USA während der letzten Tage geschah, kennzeichnet die Nervosität der Märkte, an denen Zukunftserwartungen die Tendenz diktiert, was man auch schlicht Spekulation nennen kann.

Auguren, die noch vor kurzem davon überzeugt waren, die US-Notenbank werde mit einer Diskontsen-

kung vor den Novemberwahlen demonstrieren, daß Washington die abflauende Konjunktur nicht abstützen läßt, sind unsicher geworden. Sie glauben Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung zu erkennen und malen das Gespenst einer wieder auflebenden Inflation an die Wand, ein Szenario also, das die US-Notenbank von einer Zinssenkung abhalten müßte.

Anlaß für die wieder zuversichtlichere Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung an den Finanzmärkten ist der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit im August. Deutschen Ökonomen sträuben sich freilich die Haare, wenn einem konjunkturellen Spätindikator wie der Veränderung der Arbeitslosigkeit eine derart richtungweisende Bedeutung beigemessen wird. Ebenso unsicher ist die in den USA verbreitete Methode, monatliche Veränderungen auf Jahresraten hochzurechnen und daraus Prognosen abzuleiten, an denen sich die Finanzmärkte orientieren. Was dabei herauskommt, ist ein häufiges

Schwanken der „gängigen“ Meinung und ein entsprechendes Auf und Ab bei den Zinsen. So wäre es keine Überraschung, wenn die Finanzprofis die Notenbank-Aktivitäten und die Zinsentwicklung bald anders beurteilen.

Da ist freilich in Amerika noch die Gefahr eines Wiederauflebens der Inflation, die von der starken Geldmengen-Ausweitung genährt wird. Aber die gibt es nicht erst seit gestern. Neu ist nur, daß sie jetzt erst von den Märkten entdeckt wurde, womit ein kräftiger Sprung der Edelmetallpreise einherging. Ob sich die amerikanische Notenbank dadurch von politisch motivierten Aktivitäten abhalten läßt, bleibt abzuwarten.

Vor diesem Hintergrund haben während der letzten Tage viele Profis, die bis vor kurzem noch auf einen Zinrückgang spekuliert hatten, vorsichtshalber Kasse gemacht. Nicht nur in den USA, sondern auch bei uns: dadurch ist die deutsche Kapitalmarktkreditlinie um einen Achtelprozentpunkt gestiegen.

Am US-Markt, der von einer Art Hysterie befallen wurde, kletterte die Rendite um mehr als drei Achtel Prozentpunkte. Von der Vergrößerung der Zinsdifferenz zwischen den USA und Deutschland und der Erwartung, daß sie sich noch ausweiten könnte, profitierte der Dollar; er stieg von 2,02 auf über 2,06 Mark.

Ob er sich da halten kann, weiß niemand. Aber für die Bundesbank ist die Dollar-Erhöhung ein wichtiges Datum. Solange die Gefahr einer Dollarschwäche und damit einer den deutschen Export dämpfenden Mark-Aufwertung gebannt scheint, rechnet niemand damit, daß die Frankfurter Währungshüter das noch vor kurzem erwartete Zinssenkungs-Signal geben. Denn unsere Konjunktur ist, sofern nicht von der Außenfront größere Störungen kommen, so robust, daß sie einer Stützung durch niedrigere Zinsen nicht bedarf.

Gerade die jüngsten Daten von der Konjunkturfront, besonders das 3,3prozentige Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal, könnte auch je-

nen den Wind aus den Segeln nehmen, die von der Bundesrepublik fordern, mit einer Zinssenkung die Konjunktur mehr in Schwung zu bringen. Das ist jedenfalls eine jetzt an den Finanzmärkten verbreitete Meinung, die dazu beiträgt, daß sich Zinssenkungs-Erwartungen verflüchtigt haben. So mißt man denn dem neuerdings aus Paris zu hörenden Drängen auf eine Senkung der Bundesbankzinsen keine Bedeutung bei.

Entscheidend wird sein, ob es einen solchen Druck noch aus Washington gibt, und zwar nicht nur auf die Deutschen, sondern vor allem auf die Japaner. In letzter Zeit gab es Anzeichen dafür, daß er nachläßt. Die Währungskonferenz am Monatsende in Washington könnte Gelegenheit bieten, das Thema in dem Sinne zu diskutieren, daß sich die Bundesbank nicht mehr zu Aktionen gedrängt fühlen muß, die aus deutscher Sicht ökonomisch überflüssig sind. Auch wenn es damit keine Zinssenkungshoffnung mehr gäbe: Ein starker Zinsanstieg ist nicht zu befürchten.

Der Adler hat seine Schwingen neu entfaltet

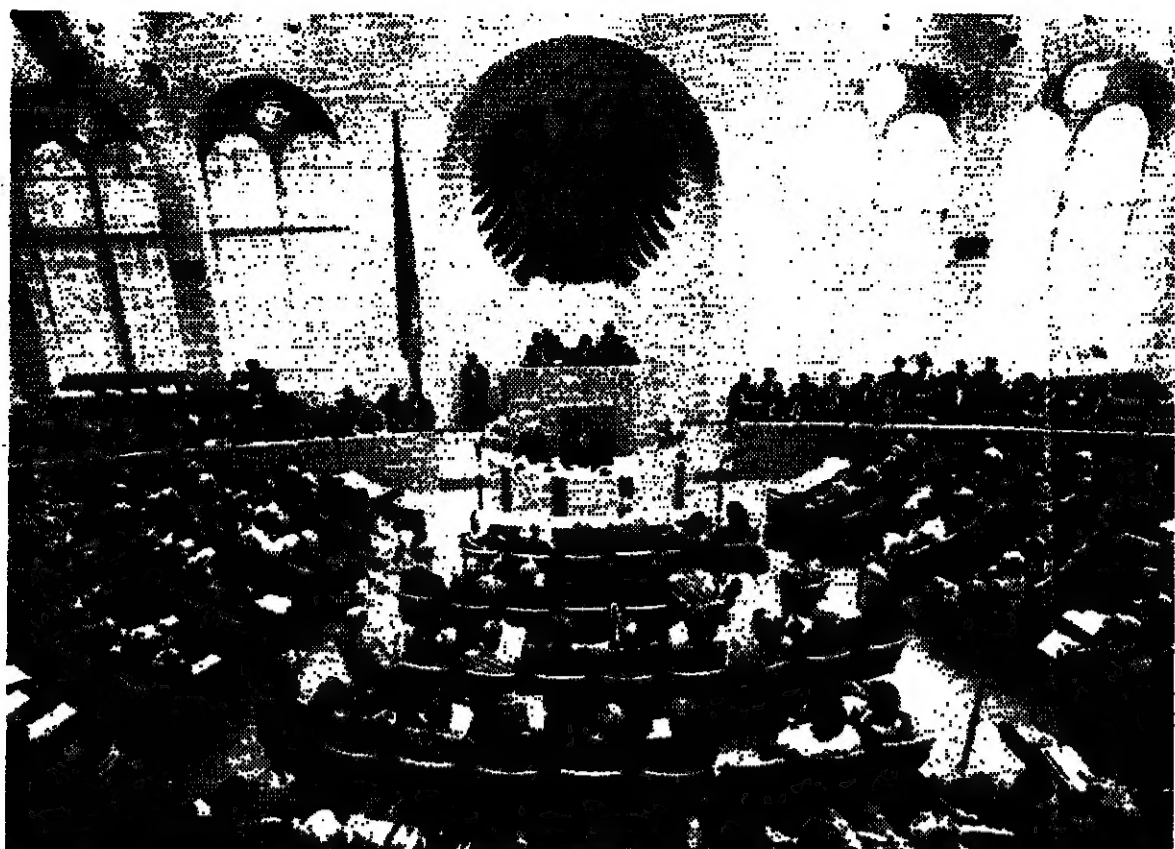
Offiziell ist es ein Exil – das alte Bonner Wasserwerk, in dem gestern die Parlamentarier erstmals debattierten. Doch trotz der Enge: Ein Provisorium ist es nicht.

Von GÜNTHER BADING

Das ist ja richtig schmuckelig. Der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hielt gestern in der neuen „Ersatz-Plenarsaal“ des Bundestages im früheren Bonner Wasserwerk am Rheinufer. So wie ihm ging es auch den meisten Abgeordneten, die gestern zur ersten Sitzung des Bundestages nach der Sommerpause in den gerade rechtzeitig fertiggestellten Bau einrückten, um hier – für voraussichtlich drei bis vier Jahre – Politik zu machen.

Was Architekt Eberhard Schütz von der Bundesbaudirektion mit seinen Helfern in zwei Jahren für 18,5 Millionen Mark hingestellt hat, das kann sich wirklich sehen lassen. Von Wasserwerks- oder Industrie-Atmosphäre ist nichts zu spüren. Nur was ganz bewusst als Erinnerungstück an den früheren Industriebau beibehalten wurde, wie etwa der große Laufring an der Decke des Saales, rechts fertig noch die von allen Abgeordneten bevorzugte Bezeichnung „Wasserwerk“. Den offiziellen Namen „Ersatz-Plenarsaal“ gebraucht allerdings niemand.

Bei der Schlüsselübergabe hatte Bundesbauminister Oscar Schneider am Montag dieser Woche in wohlgeordneten Worten das neue Hohe Haus beschrieben: „Man sieht dem Gebäude freilich seine ursprüngliche Funktion nicht an. Kein formalistischer Zweckbau, keine monotone Industriearchitektur, nein, ein Bauwerk, das den Geist seiner Zeit, den Aufbruch in das zweite deutsche Kaiserreich stimulieren will, selbst im Ne-



Der neue Plenarsaal: Bei vollem Haus müssen Abgeordnete stehen

FOTO: POLY-PRESS

bensächlichen auf Ornamente bedacht. Es ist voll von historischen Arabesken, reich an Stilelementen, die aus der Romanik und Gotik kommen. Alles klingt nur an, läßt ahnen, vermuten, imitiert große Stile aus der Architekturgeschichte.“ Und der Bundesbauminister schwelgt weiter in der Vergangenheit: „Der Historismus steht exemplarisch vor unseren Augen.“

Bei der Eröffnung der viertägigen Marathon-Debatte des Bundestages über den Haushalt 1987 und die Finanzplanung bis 1990 stellte Bundestagspräsident Philipp Jenninger schlicht fest: „Sie sehen, wir haben die Sommerpause genutzt. ... Ich finde das Resultat gelungen.“ Manche Abgeordneten seien nach der Besichtigung des neuen Parlamentsgebäudes zu ihm gekommen, und hätten angesichts des gelungenen Ausbaus davon gesprochen, daß wohl nach drei oder vier Jahren niemand mehr aus dem kleinen baulichen Juwel im Schatten des „Langen Eugen“, des Abgeordnetenhausbaus mit seinen 29 Stockwerken, ausziehen wolle.

Jenninger: Angesichts der in Bonn gegebenen Bestandskraft sogenannter Provisorien mag manches dafür sprechen.“ Er allerdings gehe

davon aus, daß das Parlament „nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet“ sei, eine angemessene bauliche Dauerlösung für die Arbeit künftiger Bundestage zu finden.

Wann das sein wird, weiß noch niemand genau zu sagen. Die letzte Entscheidung, in welcher Form der traditionelle Plenarsaal aus den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland umgestaltet werden soll, ist noch nicht gefallen. Bisher liegt erst ein Zwischenbericht der mit der Prüfung der Bausubstanz beauftragten Statiker vor. Danach kann der Plenarsaal so wie er ist erhalten bleiben. Sollten jedoch die geplanten Verbesserungen – von der Tageslichtdecke bis zur Klimaanlage – eingebaut werden, so müßte man ihn praktisch abreißen und neu erstellen.

Aber darüber machte sich am Dienstag bei der ersten Sitzung im neuen Plenarsaal niemand Gedanken. Fast ausnahmslos war Lob zu hören. Und die Abgeordneten – fast alle 520 kamen zur Eröffnungssitzung – nahmen auch ohne Murren, eher amüsiert, die durch enge Bestuhlung erzwungene „Tuchfühlung“ in Kauf.

Nur 500 Quadratmeter Fläche weist dieser Plenarsaal auf gegenüber 1200 im früheren Hause. Und da die Lobby im Wasserwerk so winzig ist, daß allenfalls zwei Ecken für vertrauliche Gespräche genutzt werden können, war die Cafeteria im Keller unter dem früheren Pumpenhaus schon bald voll besetzt.

Auch hier erlebt der Besucher, der zum erstenmal die im selben Beige-Ton wie der übrige Bau gehaltene Treppe hinuntergeht, eine angenehme Überraschung. In Übereinstimmung mit dem fast verspielt wirkenden Baustil in den oberen Räumen wurde die Cafeteria eingerichtet, die nach sachkundigem Ur-

teil „wohl bald zur gemütlichsten Kneipe der Bundeshauptstadt“ werden könnte. Der SPD-Abgeordnete Hermann Rappe fand im Gespräch mit Journalisten bei einem ersten Test der Kaffee- und Bierversorgung im Untergeschoß (Rappe trank Mineralwasser) schon einen griffigeren neuen Namen für die Cafeteria: „Wenn der Plenarsaal oben das Wasserwerk ist, dann ist hier unten die Pumpstation.“

Bundestagspräsident Jenninger rief als ersten Tagesordnungspunkt den Bundestagshaus auf. Er erinnerte die Abgeordneten an seinen Brief, in dem er auf die veränderten Arbeitsbedingungen im Wasserwerk aufmerksam gemacht hatte. Da nur 465 der hellbeigen Lederstühle wegen des beengten Platzes aufgestellt werden konnten und auch die Wände nur für 38 Klappstühle Platz boten, müßten bei vollem Haus einige Abgeordnete mit Stehplätzen vorlieb nehmen.

Nun ist allerdings erfahrungsgemäß der Plenarsaal des Bundestages selten so voll besetzt, daß sich hier Probleme ergeben würden. Unbequemmer allerdings wird das Arbeiten für die Abgeordneten sein. Denn auf die gewohnten Pulte vor ihren Sitzen müssen sie verzichten. Nur die Fraktionspräsidenten in der ersten Reihe haben ein Pult vor sich. Und nur sie haben feste Plätze. Ansonsten gibt es für die nächsten Jahre keine feste Sitzordnung mehr.

Wer zuerst kommt, sitzt vorn“, heißt es jetzt. Den „Hinterbänkler“ alter Art wird es im Wasserwerk also nicht geben. Etwas unbequem dürfte für die Abgeordneten auch sein, daß wegen der engen Bestuhlung keine Drucksachen während laufender Debatten mehr verteilt werden können. Sie liegen auf in Weiß und Gold gehaltenen Aktenwagen am Eingang aus und können bei Bedarf dort mitgenommen werden.

Ungemütlich wird es für die Parlamentarier, wenn es einmal zum „Hammelsprung“ kommt, bei dem die mit Ja oder Nein stimmenden Abgeordneten jeweils durch gesonderte Türen von draußen in den Plenarsaal zurückkehren und dabei gezählt werden. Da die Lobby viel zu klein ist, müßte man bei einem Hammelsprung ins Freie ausweichen, bevor man in den Plenarsaal zurückkehrt. Hammelsprung im November – ein schauriger Gedanke.

Der Fall Daniloff öffnet den Amerikanern die Augen

Der Fall Daniloff belastet nicht nur die Beziehungen zwischen Moskau und Washington. Er hat für die Sowjetunion auch die unangenehme Folge, daß die amerikanischen Medien ausführlich über Zensur, Unfreiheit und Probleme in der Sowjetunion berichten.

Von GÜNTHER FRIEDLÄNDER

Der nordamerikanischen Version eines Kreuzritters kommt am ehesten das Heer der Journalisten nahe, das die Worte von Arthur Hays Sulzberger von der „New York Times“, auf seine Fahnen schrieb: „Es geht nicht so sehr um das Recht der Freiheit des Drucks (der Informationen), wie um das Recht des Bürgers, alles zu erfahren.“

Das ist die Ausweitung der von der amerikanischen Verfassung garantierten Ausdrucksfreiheit, die Präsident Franklin D. Roosevelt 1941 vor dem Parlament der USA an die Spitze der „vier Freiheiten“ stellte, die nach dem Krieg auf der ganzen Erde herrschen sollten.

Nicht in leuchtenden Rüstungen, sondern in verknitterten Anzügen jagt dieses Heer der Journalisten nach den Informationen, auf die jeder Bürger ein Recht hat. Es hat dabei mit ungezählten Romanen, Fernsehserien und Filmen die Ruhmeshallen der amerikanischen Volkshelden bevölkert. Nun sprang Anfang des Monats einer dieser Volkshelden überlebensgroß aus dem Bildschirm in das Leben der Amerikaner: Nicholas („Nick“) S. Daniloff, Moskauer Korrespondent der angesehenen Wochenschrift „U. S. News + World Report“.

Er war dem Ruf eines russischen Bekannten gefolgt, der ihm ein kleines Paket übergab. Kaum hielt er es in seinen Händen, tauchten rund um ihn herum acht Beamte des KGB auf und verhafteten ihn als der Spionage verdächtig. Ein Untersuchungsrichter hat inzwischen Anklage erhoben. Das bedeutet, daß Daniloff nun bis zu neun Monaten ohne einen Anwalt und ohne Kontakt mit der Umwelt im Gefängnis gehalten werden kann.

Der empörte Aufschrei in den Massenmedien der USA, in denen Maß-

nahmen der Sowjets oft großes Verständnis finden, ist laut und dauert an. Hier geht es um mehr als kollegiales Verhalten der Journalisten. Die Medien verraten auch ganz andere Gefühlsregungen, nicht zuletzt die Kränkung all derer, die so oft für Verständnis irrationaler Entscheidungen der Sowjetregierung geworben haben.

Eine Regierung, an deren guten Willen sie glauben wollten und die sich nun vom Zynismus dieser Regierung enttäuscht sehen. Denn die Verhaftung Daniloffs erfolgte unmittelbar, nachdem ein russischer Spion in den Straßen New Yorks auf frischer Tat ertappt und verhaftet worden war. Selbst viele sowjetfreundliche Amerikaner glauben, daß die Russen Daniloff in eine Falle lockten.

Es stellt sich nun heraus, daß die Russen einen Staudamm geöffnet haben, der oft ihre zweifelhaften Praktiken schützt. Amerikas Presse schildert ausführlich, wie das russische Gesetz mit Kautschukparagrafen jeden zum Spion stempeln kann, der berichtet, was den Machthabern nicht gefällt. Ein Bericht von „Tätigkeiten am Arbeitsplatz“ eines Sowjetbürgers gilt bereits als Spionage.

Die Medien durchsuchen ihre Archive und warten mit vielen Namen amerikanischer Journalisten auf, die drangsaliert oder nach Hause geschickt wurden. Sie berichten von den Unilden amerikanischer Journalisten in Moskau, in ihren Wohnungen und in ihrem Privatleben. So, daß Journalisten nach gelegentlichem Besuch bei russischen Freunden ihre Autoreifen durchschnitten vorfinden.

Dabei taucht auch der Parallelfall eines Journalisten auf, der erst das Gefängnis in Moskau verlassen konnte, nachdem John F. Kennedy für seine Unschuld gebürgt hatte. Die Sowjetregierung hatte offenbar nicht damit gerechnet, daß Durchbrüche, die ihr trotz der Atmosphäre eines Kalten Kriegs in der öffentlichen Meinung der USA gelungen waren, nun in Frage gestellt werden.

Hierzu gehört ein soeben unterschriebenes Arbeitsabkommen der amerikanischen Juristen mit dem sowjetischen Juristenverband. Rufe werden lauter, daß dies ein Unding sei, weil es in der Sowjetunion kein Rechtssystem gebe, das irgend etwas mit einem westlichen gemeinsam habe.

Wie oft in einer Krise stellen sich auch konsequente Feinde plötzlich an die Seite des Präsidenten. In knapp acht Wochen wird in den USA gewählt werden. Moskau gab mit der Daniloff-Affäre Reagan Gelegenheit, einen in einem Wahljahr ungewöhnlich harten Ton anzuschlagen. Anfanglich

schien ein Austausch Daniloffs gegen den Sowjetspion denkbar. Das hat sich angesichts der Kritik der öffentlichen Meinung geändert.

Und die Kritik hält an:

So schreibt die „New York Times“ gestern:

„Im Gegensatz zur Behauptung der ‚Prawda‘ ist der Zorn der Amerikaner nicht von den Gegnern der Verhandlungen über Waffenkontrollen und anderen Themen hochgepeitscht worden: Er ist das weitverbreitete Unbehagen darüber, daß die Sowjetregierung einen legitimen Journalisten als Geisel genommen hat, um die Befreiung eines ihrer eigenen Spione in den USA zu erzwingen ...“

Daß Herr Gorbatschow die Loyalität zu seiner Geheimpolizei den Verlauf unserer Beziehungen gefährden



Der US-Journalist Daniloff: Wurde er in die Falle gelockt? FOTO: DPA

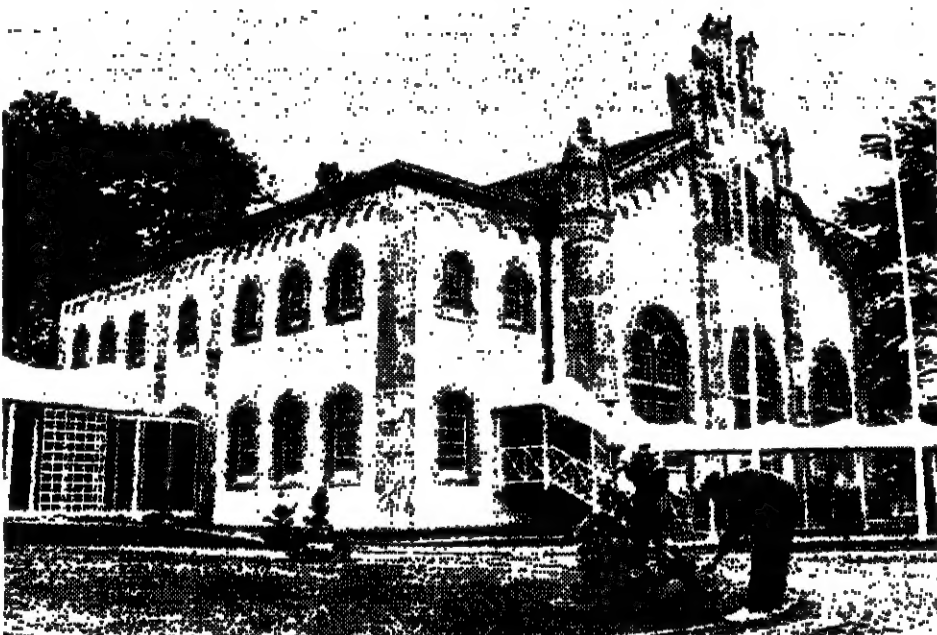
läßt, ladet zu breiteren Spekulationen darüber ein, ob er wirklich die Absicht hat, die USA in diesem Jahr zu besuchen. Wenn er jedoch glaubt, die Regierung Reagan suche nach einem Grund, ihn wieder auszuladen, so ist er glibberlich falsch informiert. Die Amerikaner sind bereits über gesetzmäßige Entführungen und Geiselnahmen aufgebracht. Sie werden es nicht dulden, daß verantwortliche Regierungen zu den gleichen Methoden greifen.

Es ist kein leichtes Problem, wie man zurückschlagen und Herrn Daniloff befreien soll. Aber der Druck für Vergeltungsmaßnahmen wird nun nur noch wachsen können. Auch wenn sie unserer Diplomatie schaden sollten. Herr Gorbatschow sollte verstehen, daß angesichts der großen Risiken er diesen Gefangenen möglichst schnell loswerden möchte.“

In der neuesten Ausgabe von „U. S. News + World Report“ heißt es:

„Nur der Krell kennt die wirklichen Gründe für die erste Verhaftung eines amerikanischen Reporters seit dem Kalten Krieg ... Was immer der Grund gewesen sein mag, diese Affäre hat dem Bild Gorbatschows als Friedensmacher und fortschrittlicher Mann wirklich geschadet. Die Leitartikel in den USA sind hart in der Verurteilung der Taktik der Sowjets.“

Die Verhaftung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff ist das letzte Anzeichen für den wachsenden Einfluß des KGB in der Führungsschicht der Sowjets. Die Zeichen der Rückkehr des KGB sind überall bemerkbar.“



Architekt von gestern für ein Parlament von heute FOTO: LOTHAR KUCHARZ



FOTO: DIE WELT

„Meine Altersvorsorge hab' ich jetzt auch im Kasten. Natürlich bei meiner Bank, die auch meine übrigen Geschäfte abwickelt. Extras wie Altersvorsorge kann meine Bank bieten, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Finanziell hab' ich so einen tollen Hintergrund.“

Durch die Spree in die Freiheit geschwommen

DW, Berlin

Unbemerkt von östlichen Grenzposten gelang, wie erst jetzt bekannt wurde, bereits Mitte August einem jungen Paar aus der „DDR“, das sich wenige Stunden zuvor zufällig kennengelernt hatte, die Flucht durch die Spree nach West-Berlin. Die beiden jungen Leute schwammen nachts durch den Fluß und erreichten das Reichstagsgelände. Die Spree gehört hier zu den am schärfsten bewachten Abschnitten an der Mauer. Dort war am 24. August 1961 das erste Maueropfer erschossen worden.

Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung war die 17-jährige Ulrike Honko – sie lebt heute bei Verwandten in Hessen – an jenem Tag mit der Absicht von Cottbus nach Ost-Berlin gefahren, in den Westen zu flüchten. „Mir reichte es drüben einfach, bekam dann noch Ärger mit meinen Eltern“, sagte die Glaserin. Auf dem

Wollen Sie Ihre Berufs-Chancen anderen überlassen?

Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte in der WELT.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bahnhof Friedrichstraße, der nur wenige hundert Meter von der Sektorengrenze entfernt liegt, traf sie zufällig drei junge Männer, von denen der 18-jährige Mauerkletterer Mike Kussin ebenfalls Fluchtpläne äußerte. „Ich mache jetzt durch die Grenze, gehe in den Westen zu meinem Vater“, sagte der junge Mann. Vater Hans-Joachim Kussin lebt seit 1978 im Westen.

Die nächtliche Flucht gelang mit Hilfe eines Stück Latenztaue, das die Flüchtlinge auf einer Baustelle fanden und an die Mauer lehnten. Sie stiegen hinüber, ließen sich an einer stacheldrahtüberzogenen Treppe ins Wasser gleiten und schwammen dicht am östlichen Ufer entlang. Als sie die Silhouette des Reichstages auftauchen sahen, schwammen sie über die dort sehr breite Spree und fanden auf dem Parkplatz eine Bierdose: „Am Aufdruck sahen wir, daß wir im Westen waren, es geschafft hatten.“

Vor wenigen Tagen erst war es ein 26-jähriges Schlosser aus der „DDR“ gelungen, durch den Sacrower See bei Potsdam zu schwimmen und dann den Todesstreifen zu überwinden. Zuvor hatte eine vierköpfige Familie die Wakenitz südlich von Lübeck überwand. In beiden Fällen erfolgten offenbar weder ein Alarm noch Schußwaffengebrauch.

Aus dem Schulstreit wird ein Schul-Streik

Elternprotest in Dormagen gegen Gerichtsverfügung

HELMUT BREUER, Düsseldorf
Der durch die jüngste Entscheidung des Obergerichts in Münster weiter zugespitzte Streit um die Errichtung einer Gesamtschule in Dormagen bei Köln hat gestern in der kleinen rheinischen Stadt regelrecht zum „Schul-Streik“ geführt.

Viele Eltern der 116 Schüler, die gestern morgen ratlos vor den Türen der noch am Eröffnungstag wieder geschlossenen neuen Gesamtschule Dormagen standen, erklärten gegenüber der WELT, sie würden trotz des gerichtlich verbotenen Unterrichtsbeginns ihre Kinder jeden Morgen demonstrativ zu dieser Schule schicken.

Auch den Hinweis eines Vertreters des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, die Schulpflicht erfordere dennoch die Anmeldung der Kinder an Schulen des gegliederten Systems, wollten die Eltern nicht befolgen.

Der als Leiter der neuen Gesamtschule – sie ist in den Räumen einer Grundschule provisorisch untergebracht – bereits bestellte Studiendirektor Hans-Jürgen Belke geht davon aus, daß alle 116 angemeldeten Schüler „jeden Morgen“ erscheinen würden. Von ihnen wohnen lediglich 88 in Dormagen. Die Eltern wollen diese ungewöhnliche Streik-Form beibehalten, bis das am 16. September erneut in dieser Sache verhandelnde Obergericht endgültig entschieden hat. Belke berichtete der WELT, zahlreiche Eltern hätten ihm erklärt, sie ließen es nicht zu, daß ihre

Kinder jetzt in anderen Schulen „Spießruten laufen“ müßten. Schließlich seien einige Zehnjährige in Dormagen von Mitschülern bereits als „Sozis“ beschimpft worden. Im übrigen könne ja wohl niemand nachprüfen, ob jeder Schüler seiner Schulpflicht nachkomme. In einer Reportage des Westdeutschen Rundfunks waren gestern auch Schüler zitiert worden, die erklärten, „der Kampf“ gehe weiter.

Das Obergericht in Münster hatte wenige Stunden vor Unterrichtsbeginn in der neuen Gesamtschule einen Stopp verfügt, damit vor der endgültigen Entscheidung in dem Streit „kein Präzedenzfall geschaffen“ werde, der eine gütliche Einigung erschweren könne.

Diese gestern in der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf hart kritisierte und von Kultusminister Schmier „mit Bedauern“ kommentierte Verfügung nannte CDU-Oppositionsführer Worms gestern die schwerste schulpolitische Niederlage der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung seit dem erfolgreichen Volksbegehren im Jahre 1978. Für das jetzt in Dormagen für Schüler, Eltern und Lehrer entstandene „Chaos“ trage die Regierung die volle Verantwortung. Die CDU werde in Kürze eine Änderung des Schulverfassungsgesetzes beantragen, um den in Dormagen „mit der Brechstange“ ausgeführten staatlichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung für die Zukunft auszuschließen.

„Innerdeutsches Ministerium wollte Prüfer abblocken“

Ehemaliger Rechnungsführer als Zeuge im Franke-Prozess

WERNER KAHL, Bonn
Die geheimen deutschen Nachrichtendienste, Verfassungsschutz und BND, haben ihre Ausgaben im Gegensatz zum innerdeutschen Ministerium während der Amtszeit Egon Frankes (SPD) vorschriftsmäßig den Prüfern belegt. Das erklärte gestern als Zeuge der früheren Leiter der Berliner Dienststelle des Bundesrechnungshofes, Dr. Hellmut Meier, vor dem Bonner Landgericht. Im Prozess gegen den früheren Bundesminister Franke und dessen damaligen engen Mitarbeiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, hörte das Gericht den inzwischen pensionierten Berliner Rechnungsprüfer.

„Wie hat man 1979 geprüft und welche Maßstäbe wurden bei der Ausgabenkontrolle von Geheimfonds angelegt?“ fragte der Vorsitzende der Strafkammer.

Meier: „Das damalige Innerdeutsche Ministerium versuchte Prüfungen abzublocken.“ Auch gegen die Beordnung eines Prüfers des Rechnungshofes zum sogenannten „Drei-

er-Ausschuß“, der die Verwendung von Haushaltsgeldern für Heilungsfreikauf und Agentenaustausch kontrollieren sollte, sträubte sich das Ministerium.

Beim Bundesnachrichtendienst sei es üblich gewesen, so Ministerialrat a.D. Hellmut Meier gestern, daß Geldzahlungen an Empfänger, die nicht in Erscheinung treten, namentlich beziehungsweise mit ihrer Unterschrift quittieren, von zwei Beamten des BND bestätigt werden. Im Fall der vom innerdeutschen Ministerium in der Amtszeit Egon Frankes nicht belegten Ausgaben von 5,6 Millionen Mark existieren weder Belege noch Zeugen.

Als das Gericht finanzielle Leistungen des Ministeriums „für“ und „über“ die Kirchen zum Zwecke humanitärer Aktionen im Osten erörterte, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Ex-Minister Franke zur WELT: „Es gibt Dinge, die in den normalen Geschäftsablauf einer Regierung nicht passen.“

Aufsichtsrat hat Neuer Heimat voll vertraut

DIETHART GOOS, Bonn

Die Aufsichtsräte der Neuen Heimat haben dem Vorstand des gewerkschaftsähnlichen Baukonzerns über Jahrzehnte volles Vertrauen geschenkt. Rechtsverstöße gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, unerlaubte finanzielle Transaktionen von dem gemeinnützigen in den gewerblichen Unternehmensbereich, Spenden an Stiftungen und Parteien in Millionenhöhe, üppiger Bewirtungsaufwand und großzügige Geschenke haben in den Aufsichtsräten zugenommen, ohne daß sie eine Rolle spielten oder wurden nur am Rande behandelt.

Diesen Eindruck vermittelte gestern der langjährige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, vor dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages. Seit er von Georg Leber 1966 die Führung der Bau-Gewerkschaft übernahm, gehörte Sperner bis zur Aufdeckung des Neuen Heimat-Skandals im Februar 1982 den Aufsichtsräten der Neuen Heimat und der Neuen Heimat Städtebau an.

Im Gegensatz zu anderen Aufsichtsräten, Politikern und Geschäftsfreunden der Neuen Heimat hat Sperner aus seiner Tätigkeit für den Konzern keine Vorteile gezogen. „Ich habe mein Privatvermögen ohne die Neue Heimat gebaut.“ Auf den Einwand des Ausschußvorsitzenden Hans Günther Hirsch (CDU), dann sei er eine lobliche Ausnahme, antwortete der Gewerkschafter: „Ich habe nur das gebaut, was ich mir von meinem Gehalt her leisten konnte.“

Sperner bestätigte dem Untersuchungsausschuß, daß die Neue Heimat zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation bereits 1976 Sozialwohnungen im größeren Umfang verkaufen wollte. Doch sei statt der geplanten 60 000 bis 70 000 nur der Verkauf von etwa 15 000 Wohnungen gebilligt worden. Auf die Frage, warum diese Verkaufsfaktion abgelehnt wurde, erklärte Sperner, man habe die damals noch etwa 400 000 Mieter der Neuen Heimat nicht beunruhigen wollen.

Die Neue Heimat und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft insgesamt haben nach Sperner Angaben immer wieder Einfluß auf die Gesetzgebung genommen. So wurde während der sozialliberalen Koalition eine Verschärfung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes verhindert. Dagegen erreichten die Lobbyisten eine Erweiterung des Einkommensteuergesetzes wonach der Erwerb kleiner Mietwohnungen steuerlich begünstigt wurde.

Die WELT (USPS 405-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollars 37.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Der neue Fraktionssprecher der Grünen, Willi Hoss, hat in das Wespennest von „Fundamentalisten“ und „Realpolitikern“ gegriffen. Er signalisierte in der Atomfrage eine Annäherung an den SPD-Standpunkt. Jutta Dittfurth, Wortführerin der Gegner einer Koalition mit den Sozialdemokraten will auf dem bevorstehenden Bundeskongreß in Nürnberg für ihre „reine Lehre“ kämpfen.

FOTO: WERBLOTHAR KUCHARZ



Die Frage nach der Koalition treibt bei den Grünen neue Blüten

DIETHART GOOS, Bonn

Innerhalb der Grünen ist der Richtungsstreit über eine mögliche Bündnispolitik mit den Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres mit aller Heftigkeit neu entbrannt. Zwei Wochen vor ihrem Bundeskongreß in Nürnberg, wo die Bündnisfrage abschließend beraten werden soll, liefern sich die Befürworter des Koalitionskurses, die sogenannten Realos, und die Fundamentalisten (Fundis) als entschiedene Gegner jeder Annäherung an die Sozialdemokraten mit Erklärungen und postwendenden Gegenäußerungen regelrechte Gefechte.

Unter den Delegierten des Nürnberger Kongresses rechnen die Fundamentalisten mit einer Mehrheit für ihren Kurs, sich der SPD auf Bundesebene konsequent zu versagen. Fundi-Wortführer wie die Bundesvorstandsmitglieder Jutta Dittfurth und Rainer Trampert wollen in Nürnberg ihre kompromißlose Linie mit aller Macht durchsetzen.

Doch der sogenannte Realo-Flügel, der unter den 28 Mitgliedern der Grünen Bundestagsfraktion eine knappe Mehrheit hält, gibt sich längst nicht geschlagen. So sehen der neue Fraktionssprecher Willi Hoss, der Grüne Starpolitiker Otto Schily und auch der hessische Umweltminister Johannes „Joschka“

Fischer als Wortführer der koalitionsoffenen Gruppierung durchaus die Chance, bei der Bundestagswahl mit der SPD eine rechnerische Mehrheit zu erreichen, mit den Sozialdemokraten ein Bündnis zu schließen und damit erstmalig entscheidenden Einfluß auf die Bundespolitik zu gewinnen.

Dreh- und Angelpunkt der Kontroversen zwischen beiden Lagern ist der grüne Anti-Kernkraft-Kurs. Bereits auf dem letzten Bundeskongreß im Mai in Hannover wurde von den Fundamentalisten der sofortige Verzicht auf jede Form der Kernenergienutzung durchgesetzt. Mit dem in der vorigen Woche vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegten Gutachten des Freiburger Öko-Instituts sieht sich die Trampert-Dittfurth-Gruppe bestätigt. Dieser Ausstiegskurs ohne Wenn und Aber dürfte aber nach Auffassung der Grünen Realisten ein entscheidendes Hindernis für eine Koalition mit der SPD sein. Sie propagieren daher wie Joschka Fischer in Wiesbaden einen konditionierten und gestaffelten Ausstieg.

Wie unerbittlich die Debatte geführt wird, zeigt die jüngste scharfe Kontroverse zwischen Willi Hoss und Jutta Dittfurth. Schon kurz nach seiner Wahl zum Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion präsentier- te Hoss sein Szenario eines inner-

halb von zwei Jahren vollziehbaren „schnellen Ausstiegs“. Jutta Dittfurth kontierte postwendend. Es bleibe bei der zentralen Forderung der Grünen nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen. Zugleich sprach die Frankfurterin von einem „tragischen Wahlkampfauftakt“ und stellte die bohrende Frage: „Wer soll die Grünen wählen, wenn das, wo für sie authentisch stehen, aus taktischen Gründen opportunistisch den Programmen der Kapitalpartei SPD angepaßt wird?“

Fundamentalistin Dittfurth hielt Fraktionssprecher Hoss zugleich vor, die Grünen im Bundestag hätten in detaillierten Untersuchungen nachgewiesen, daß die Stilllegung aller Atomanlagen sofort möglich sei.

In Kreisen der gemäßigten Grünen wird der neu ausgebrochene heftige Richtungsstreit mit Sorge und Bedauern verfolgt. Ein Bundestagsabgeordneter dieses Lagers sagte der WELT: „Nun ist zu befürchten, daß in Nürnberg wieder eine tagelange fruchtlose Bündnisdebatte geführt wird, die niemandem nutzt und die den Grünen nur schadet.“ SPD-Politiker um Kanzlerkandidat Johannes Rau, die einer Annäherung an die Grünen bisher eher skeptisch gegenüberstanden, sehen sich bestätigt. „Die Grünen sind und bleiben keine verlässlichen Partner“, hieß es.

Frister: Verkauf ist das NH-Ziel

nj, Braunschweig

Die „Übergabe“ des Wohnungsbestandes der Neuen Heimat (NH) „an die öffentliche Hand“ sei das Ziel der Sanierungsvorstellungen des Wohnungsbaukonzerns; anderntals bleibe nur der Verkauf an andere Interessenten“, wobei die Mietpreisbindung gefährdet würde. Diese ungewöhnlich offene Spekulation auf Staatsfinanzen machte der NE-Arbeitsdirektor und frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister, vor GEW-Mitgliedern.

Döding bleibt Vorsitzender

dpa, Hamburg

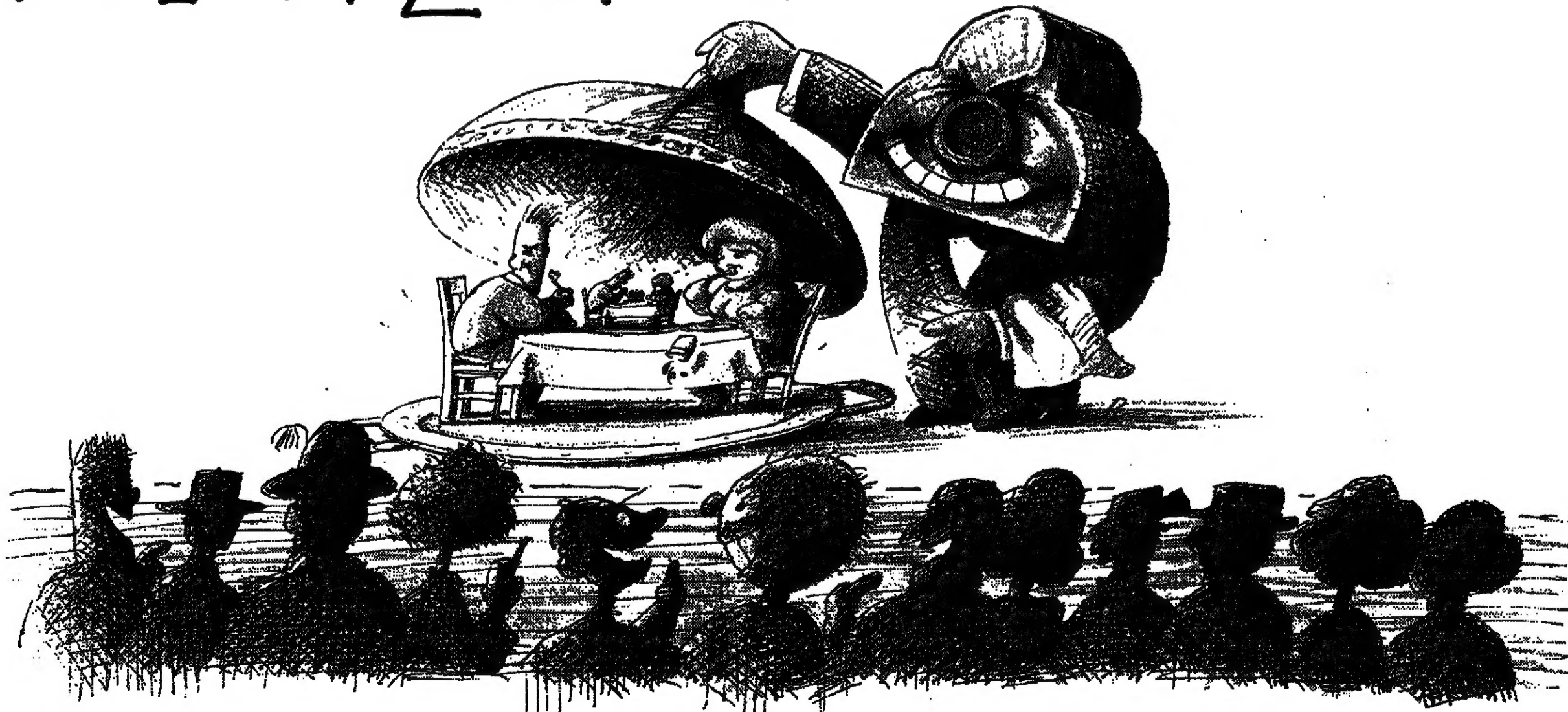
Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, ist gestern auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation in Hamburg mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Döding erhielt 194 von 206 abgegebenen Stimmen. Zehn Delegierte votierten gegen ihn. Döding war 1978 auf dem Gewerkschaftstag in Mannheim an die Spitze der NGG gewählt worden. Vier Jahre später auf dem Nürnberger Kongreß der NGG wurde er erstmals in seinem Amt bestätigt.

Union einig über „Trümmerfrauen“

dpa, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Koalitions-Kompromiß für die „Trümmerfrauen“ einstimmig zugestimmt. Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 werden von Oktober 1987 an bei der Rente einbezogen. Einen Renten-Zuschlag pro Kind von rund 25 Mark monatlich sollen die Mütter der Jahrgänge 1906 und früher bekommen. Mütter der Jahrgänge 1907 bis 1911 sollen vom Oktober 1988, Frauen, die zwischen 1912 und 1916 geboren sind, vom Oktober 1989 an berücksichtigt werden.

MAHLZEIT! LIVE!



12⁰⁰–14⁰⁰ UHR. VERGESSEN SIE IHRE LANGWEILIGE MITTAGS-PAUSE. HIER GIBT'S ZWEI STUNDEN LIVE-SHOW MIT INGA ABEL UND HUGO EGON BALDER. DIE BEIDEN STEHEN TÄGLICH FRISCH AUF DER DÜSSELDORFER RTL-BÜHNE. SERVIERT WIRD, WAS LAUNE MACHT. DA SCHMETTERN POLITIKER ARIEN, SPORTLER MACHEN THEATER, UND DAS PUBLIKUM TANZT ÜBER Tische UND Stühle. SIE ZUHAUSE SIND NATÜRLICH AUCH DABEI. WER HIER

ANRUFT, GEHT LIVE AUF SENDUNG. DENN SPIELE UND GEWINNE GIBT'S AM LAUFENDEN BAND. WENN DAS KEINE ALTERNATIVE IST! LACHEN SIE MIT!

RTL GIBT'S TÄGLICH FRISCH UND TÄGLICH ANDERS AUF UKW 97,1 MHz, 93,3 MHz ODER 89,9 MHz. AUSSERDEM AUF KW IM 49-METER-BAND BEI 60,9 MHz. UND NATÜRLICH AUF MW BEI 744,0 KHZ.

ERFRISCHEND ANDERS
RTL

Australien will seine Gewerkschaften zähmen

Wirtschaftlich bedrängte Unternehmer pochen auf Reform

JÜRGEN CORLEIS, Sydney
In Australien verfügen die mehr als 300 Einzelgewerkschaften über Vorrechte, die in der Bundesrepublik Deutschland undenkbar wären: Die Hafenbehörde beispielsweise darf nur Mitglieder ihrer Organisation einstellen, und sie kann praktisch keinen der von ihr beschäftigten Arbeiter entlassen, selbst wenn er beim Stehlen erwischt wird.

Jede Rationalisierungsmaßnahme ist unweigerlich Arbeitskampfe aus, und selbst wenn sie durchsetzbar ist, haben die neuen Zugeständnisse an die Gewerkschaft den wirtschaftlichen Nutzen der Rationalisierung wieder auf.

Dagegen hat eine Sekretärin in Sydney, die bestenfalls halb so viel verdient wie ein Werftarbeiter, keinen Kündigungsschutz. Sie kann von heute auf morgen, ohne Angabe von Gründen, gefeuert werden. Sie hat keine „industriellen Mindeste“, also keine mächtige gewerkschaftliche Vertretung wie die Beifahrer, die jedes Jahr vor Weihnachten streiken.

Jede Gewerkschaft verfolgt ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen. Von „Solidarität“ keine Spur – auf der Strecke bleibt, wer nicht organisiert ist oder seine Interessen nicht machtvoll vertreten kann.

Dieses Chaos kennzeichnet die Situation in Australien. Starke Gewerkschaften können immer bessere Löhne, Sonderrechte und Vergünstigungen erzwingen, andere Arbeitnehmer sind praktisch wehrlos.

Das schlechte Arbeitsklima, oft als „englische Krankheit“ bezeichnet, hat seinen Ursprung in den britischen Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts, die in Australien fortwirkten. Bedingungen, wie es sie in der Bundesrepublik gibt, wären für viele Australier, auch in der Labor-Partei, ein Traumziel.

Hawke kann Versprechen nur mühsam einlösen

Es muß aber daran erinnert werden, daß unser Gewerkschaftssystem von deutschen Emigranten in London entwickelt wurde, die aus den britischen Fehlern lernen konnten. Ihre Lösung, die Einzelgewerkschaft, war nur in der Phase eines staatlichen Neubeginns durchsetzbar. Australiens Arbeitgeberführten starke Gewerkschaften zu Recht, da eine partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgeschlossen erscheint.

Die Gerichte müssen gelegentlich Gewerkschaften auflösen und verbieten, weil sie ihre Interessen mit kriminellen Mitteln vertreten. Das jüngste Beispiel dafür war die Auflösung der Bauarbeitergewerkschaft BLF, die von Bauherren Schutzgelder gegen Arbeitsunfälle kassiert hatte.

Ministerpräsident Bob Hawke war vor seiner Wahl im März 1983 Chef

der australischen Gewerkschaftsbewegung. Er kennt seine „mates“, seine „Kumpels“. Er war der erste Labor-Politiker Australiens, der mit der Macht der Gewerkschaften fertig zu werden versprach, darin lag einer der Gründe für seine Wahl.

Er erreichte denn auch ein Übereinkommen mit den Gewerkschaften, das praktisch einen Lohnstopp bewirkte, weil nur noch der Inflationsverlust der Löhne ausgeglichen wird. Den wirtschaftlich hart bedrängten Unternehmern genügt dies nicht. Sie würden Lohnsenkungen lieber an die Zunahme des Bruttoerzeugnisses gebunden sehen.

Privilegien verringern und verteuern die Produktion

Die Oppositionsparteien, eine Koalition der Liberalen und der Nationalen, haben eine Reform der industriellen Beziehungen an die Spitze ihres Wahlkampfprogramms gesetzt. Eine kleine, aber einflußreiche Gruppe von Wirtschaftsführern tritt offen dafür ein, die Macht und den Machtmißbrauch der Gewerkschaften zu brechen.

Zu den dringenden Reformen gehört die Beseitigung der „closed shops“, der Auflage also, nur Gewerkschaftsmitgliedern in bestimmten Betrieben zu beschäftigen, und der Abnahme gewerkschaftlicher Privilegien, die die Produktion verteuern und verlangsamen.

Hawke ist es zwar gelungen, die „mates“ zu gemäßigteren Lohnforderungen zu überreden, aber sie versuchen nach wie vor, ihr Einkommen und ihre Arbeitsbedingungen mit Streiks um teure Nebenleistungen zu verbessern.

Vor kurzem streikten Bergarbeiter für eine Auswahl von drei statt zwei Nachschüssen im kostenlosen Kantine. In einem Betrieb, der seinen Arbeitern freies Benzin ausstellt, forderte die Gewerkschaft die gleiche Vergünstigung auch für die Pensionäre und die Witwen ehemaliger Mitarbeiter.

Australische Unternehmer beginnen sich jetzt zusammenzuschließen, um gemeinsam die Macht der Gewerkschaften zurückzudrängen. Ein Bergbauunternehmer in Westaustralien entließ 1150 Beschäftigte, die sich nicht nach den von der Geschäftsführung vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen richten wollten.

Nach vier Wochen Produktionsausfall mußte das Unternehmen die Arbeiter wieder einstellen. Aber der Versuch zur Beseitigung gewerkschaftlicher Privilegien wurde in der australischen Öffentlichkeit als Signal verstanden. Die Mehrheit der Bevölkerung ist die ständigen Arbeitskämpfe um oft lächerliche Privilegien oder Nebenvorteile leid.

(SAD)

Sanierung der VOEST-Betriebe belastet die SPÖ

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das rigorose Sanierungskonzept für die verstaatlichte österreichische Stahlindustrie, das unter dem Arbeitstitel „VOEST-neu“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, und die Entlassung von fast 10 000 Arbeitskräften sowie Betriebsstillegungen vorzieht, hat innerhalb der regierenden Sozialistischen Partei Kontroversen und Widerspruch ausgelöst. Das vom neuen VOEST-Management vorgelegte und von Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) gebilligte Konzept wird nicht nur vom SPÖ-Landesvorsitzenden der Steiermark, Hans Gross, entschieden abgelehnt. Auch der eben erst von einer China-Reise zurückgekehrte Sozialminister im Kabinett Vranitzky, Alfred Dallinger, verlangt, man müsse erst einmal über das Konzept „reden“. Die Vorschläge des VOEST-Managements seien keineswegs sakrosankt.

Gerade ein weiteres Zerreden der Vorschläge lehnt aber der sozialistische Kanzler ab, da dadurch nur Zeit verloren gehe und man die Probleme – so wie in der Vergangenheit – vor sich herschiebe, anstatt sie zu lösen. Besonders schwer getroffen von den Sanierungsmaßnahmen ist die Eisen- und Stahlindustrie in der oberen Steiermark, die auf eine Jahrtausende alte Tradition zurückblicken kann. Die VOEST-Betriebe in diesem Bereich werden derart reduziert oder ganz stillgelegt, daß örtliche Politiker von einem „Industriedeich“ mit unabsehbaren sozialen Folgen für die gesamte Region sprechen. Es geht dabei nicht nur um Tausende von VOEST-Arbeitern und Angestellten, die nun ihren Arbeitsplatz verlieren, obwohl es bisher immer regierungsgesamtlich hieß, VOEST sei „staatlich“ und daher besonders gut abgesichert. Man erwartet auch Folgekonkurrenzen von Lieferbetrieben, Geschäften und Gaststätten in der Region.

Bei einem Krisengespräch zwischen dem Minister für die verstaatlichte Industrie, Rudolf Streicher (SPÖ) und dem Chef der Landesregierung der Steiermark, Landeshaupmann Josef Krainer (ÖVP) konnte keine Einigung erzielt werden. Krainer lehnte das Sanierungskonzept rundweg ab und verlangte eine Beschäftigungsgarantie der Wiener Regierung für die betroffenen Arbeiter. Der Landeschef der Steiermark sprach von „Widerstand“ gegen das VOEST-Konzept und wurde dabei von seinem sozialistischen Stellvertreter Gross unterstützt, der somit Front gegen seine eigene Partei machte.

In der Steiermark stehen Landtagswahlen bevor. Sollten sie gerade in den Industriebezirken eine schwere Niederlage für die SPÖ bringen, würde dies zu einer verschärften Diskussion zwischen Linken und Pragmatikern in der Partei führen.

Sri Lankas Armee bemüht sich um mehr Disziplin und Kampfkraft

P. DIENEMANN, Colombo

Brigadegeneral „Gerry“ de Silva erinnert an einen Offizier alter britischer Schule. Hochschulabschluss, Ausbildung im Ausland, Soldat aus Passion. Er ist Chefjener Armee-Einheiten im Norden Sri Lankas um die Stadt Jaffna herum, die die Stellung der Regierung gegen tamilische Extremisten halten. Dieses Gebiet, zu 90 Prozent von Tamilen bewohnt, soll Teil eines unabhängigen Staates „Tamil Eelam“ werden, für den die Extremisten seit 1983 mit Waffengewalt kämpfen.

Um Zusammenstöße mit ihnen im Gebiet um Jaffna zu vermeiden – „unsere Politiker wollen die Friedensgespräche nicht gestört wissen“ (de Silva) – sind die Soldaten gezwungen, unter dem Granatfeuer der Tamilen in ihren Lagern zu verharren und nur dann zurückzuschließen, wenn ihr eigener Sicherheitsbereich durchbrochen wird.

„Dabei könnten wir“, so ein Offizier, „innerhalb von zwei Tagen die gesamte Halbinsel (um Jaffna) vom Terrorismus befreien.“ Sri Lankas Armee, Marine und Luftwaffe, die in den letzten Jahren unruhlich um sich reden gemacht haben, scheinen dazu jetzt in der Lage zu sein. Vor 18 Monaten zählte die Armee 9000 Soldaten, jetzt dienen dort rund 24 000 Mann. Doch es ist nicht nur die Kampfkraft, die gewachsen ist, wesentlich besser geworden ist es auch mit der Disziplin.

Die Massen-Rekrutierung der

jüngsten Zeit geht allerdings zu Lasten der Ausbildung. Von seiten der Streitkräfte heißt es dazu, daß es keine Alternative gegeben hätte, da „die Terroristen personell und ausrüstungsmäßig überlegen gewesen seien“.

Der Gefreite Karunaratna, jetzt in Jaffna stationiert, stammt aus einem Fischerdorf an der Westküste Sri Lankas. Als 18-Jähriger hat er sich auf eine Zeitungsanzeige nach dem Hauptschulabschluss freiwillig zur



Soldaten auf Sri Lanka – es mangelt an Ausbildung und moderner Ausrüstung

Armee gemeldet. Vier Monate dauerte seine militärische Grundausbildung. Jetzt sichert er den Flugplatz Jaffna, über den die militärische Versorgung des Nordens abgewickelt wird. Zeit für weitere Ausbildung bleibt nicht, denn „jeder Mann im Einsatz wird gebraucht“. Karunaratna ist einer der seit 1985 rekrutierten 15 000 Soldaten, die, wie sie versichern, in die Armee eingetreten sind, „weil unser Land uns jetzt braucht“.

Finanziell attraktiv ist der Job keineswegs. Ein Gefreiter verdient umgerechnet etwa 140 Mark im Kampfgebiet, in der Etappe nur 95 Mark im

Monat. Und dafür wird Disziplin verlangt. „Etwas, was für unsere Jungs völlig neu war“, meint Oberst Wijesekara. „Wir haben uns international einen schlechten Ruf eingehandelt, weil es immer wieder zu Übergriffen von Soldaten gegen unschuldige Zivilisten kam. Doch seit Monaten ist so etwas nicht mehr vorgekommen.“

Die Marine Sri Lankas ist mittlerweile am besten ausgerüstet. Zur Überwachung des 200 Seemeilen langen Küstenstreifens im Norden der Insel hat sie kürzlich neben den vorhandenen Kanonen- und Schnellbooten auch moderne israelische „Dora“-Boote erhalten.

Zu horrenden Preisen muß Sri Lanka seit zwei Jahren Waffen von privaten Händlern kaufen, die sich in einem der Nobel-Hotels Colombos ein Stelldichein geben. Von belgischen Maschinenpistolen bis zu amerikanischen Infanteriegewehren tragen Sri Lankas Soldaten Waffen höchst unterschiedlicher Herkunft in den Kampf, sie schützen sich mit Helmen „Made in Taiwan“, und ihr Kampfmittel ist aus englischem Material.

Der Armee fehlt es vor allem an gepanzerten Fahrzeugen. Südafrika half zwar mit „Buffalo“-Mannschaftstransportwagen aus, doch immer noch muß sich die Armee mit dürrig gesicherten Landrovern oder japanischen Lastwagen behelfen. Immerhin verfügt sie inzwischen aber über ausreichend Handfeuerwaffen und Granatwerfer.

Die Luftwaffe benötigt dringend mehr Hubschrauber und Flugzeuge zur Küstenüberwachung. „Dinge, die Geld kosten, das wir zur Entwicklung unseres Landes so dringend brauchen“, sagt Kapitän Wikamarathne. Dem Terrorismus müsse bald ein Ende gesetzt werden, möglichst politisch. „Sonst geht unsere Insel vor die Hunde“.

Nicht allein Politik beim „Frauengipfel“

REINER GATERMANN, London

Morgen werden sich in der norwegischen Eismeerstadt Tromsø erstmals die politisch mächtigsten Frauen Europas treffen: Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher und Norwegens Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Die eine konservativ, die andere Sozialdemokratin, beide Akademiker und beide bekannt für ihre Hartnäckigkeit. So verwundert es nicht, daß sich das Interesse der Diplomaten auf beiden Seiten nicht allein auf den Verlauf der politischen Gespräche konzentriert. Mindestens ebenso gespannt ist man darauf, ob die beiden Frauen eine gemeinsame Wellenlänge finden.

Von norwegischer als auch von britischer Seite kann man sich nur wünschen, daß sich die Erfahrung bestätigt, wonach sich Gegensätze anziehen, wenn die Überwiegenden bei einem Typen- und Charaktervergleich.

Die „eiserne Lady“ aus London, blondiert, immer wohlfrisiert und elegant gekleidet, bewegt sich selbstsicher und ohne Scheu auf dem internationalen Parkett.



Margaret Thatcher (links) und Gro Harlem Brundtland

nationalen Parkett. Wer könnte sich sie, vom fast vierzehnjährigen Altersunterschied einmal abgesehen, als Spionageläuferin, Bergsteigerin, Seglerin und Windsurferin vorstellen? Aber gerade bei diesen Freizeitaktivitäten fühlt sich die 47-jährige „Gro“, wie sie die Norweger freundschaftlich nennen, besonders wohl. Daß sie auch hart zugreifen kann, bewies sie, als sie vor ein paar Jahren ihrem beim Segeln über Bord gefallenen Mann das Leben rettete. „Ein Typ, mit dem man gern Pferde stehlen geht“, meinte 1981, als sie erstmals für acht Monate die Regierungsruder führte, eine ihrer Minister.

Frau Thatcher wird von ihrer Gastgeberin Klagen über den aus ihrem Land herantreibenden sauren Regen zu hören bekommen. „Maggie“ ihrerseits wird die Norwegerin vor einer allzu engen Zusammenarbeit mit der Opec warnen und wissen wollen, ob sie beabsichtigt, den Kurs in der Verteidigungspolitik umzulegen.

Ob es – auf dieser hohen Ebene – ein weiteres Treffen der beiden Politikerinnen geben wird, ist ungewiss. Nach nur fünf Monaten wackelt bereits Gro Harlem Brundtlands Regierungssessel, sie kommt bisher keine Mehrheit für eine Steuerreform finden.

Treffen Bothas mit Frau King geplatzt

DW, Johannesburg

Coretta Scott-King, die Witwe des ermordeten amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King, hat kurzfristig ein Treffen mit Südafrikas Staatspräsident Botha abgesagt. Sie benötige mehr Zeit, um sich mit den Verhältnissen in Südafrika vertraut zu machen, sagte sie.

Die farbige Amerikanerin, die zur Amtseinführung von Desmond Tutu als anglikanischer Erzbischof von Kapstadt nach Südafrika gereist war, hatte zunächst um ein Treffen mit Botha gebeten.

Daraufhin hatten die Frau des inhaftierten ANC-Führers, Winnie Mandela, und Pastor Allan Boesak, der Präsident des Weltbundes reformierter Kirchen, ein Treffen mit Coretta Scott-King abgelehnt.

Totaler Asylstopp in Dänemark?

dpa, Kopenhagen

Der dänische Justizminister Erik Ninn-Hansen will „schnellstmöglich“ ein Jahr die Grenzen für alle Asylbewerber sperren. Die Aufnahmefähigkeit der Behörden könnte den vor allem den über die Bundesrepublik Deutschland kommenden Asylbewerbern keine angemessenen Aufenthaltsplätze geben, sagte er. Das angestrebte Einreiseverbot solle den zuständigen Stellen „Luft verschaffen“, um die derzeit etwa 5000 nicht entschiedenen Asylanträge zu bearbeiten. Ninn-Hansen verwies weiter darauf, daß die seit einer Woche praktizierte „Schnellabfertigung“ von Asylbewerbern an der dänisch-deutschen Grenze keine Verringerung der Einreisenzahlen gebracht hat.

Dramatische Umweltsituation

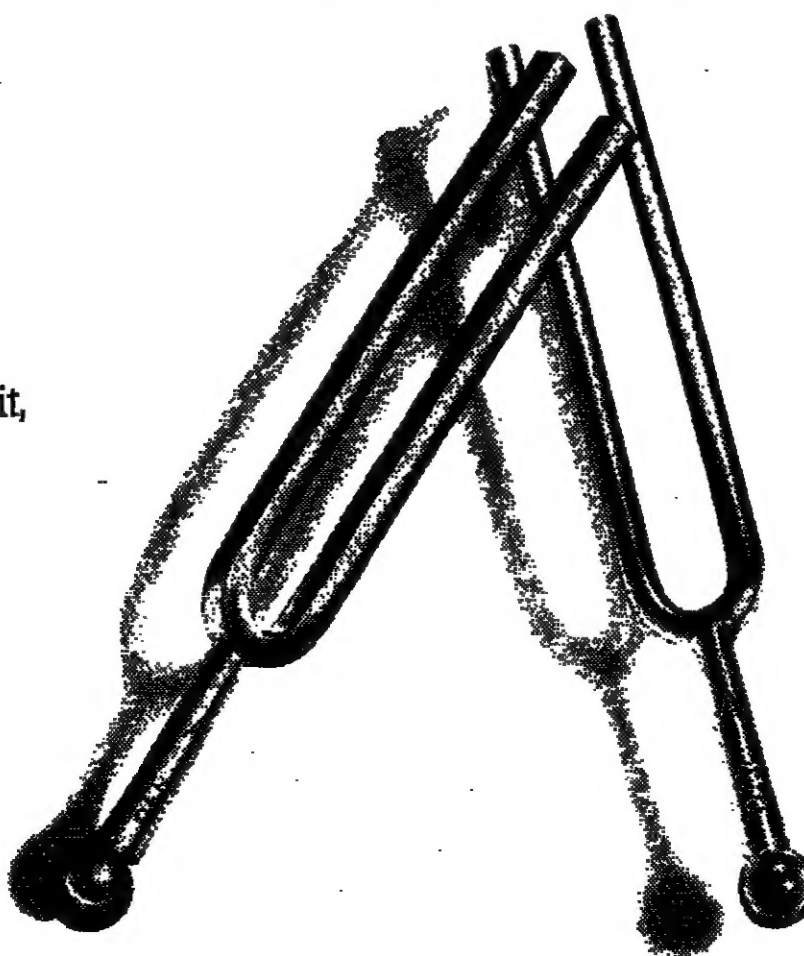
DW, Bonn

Die Umweltsituation in den Ostblockländern hat sich nach einer Untersuchung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung „dramatisch“ verschlechtert. Die vielfach vorbildlichen Umweltschutzgesetze existierten „nur auf dem Papier“, während Wasser, Boden und Luft in diesen Ländern „hochgradig verunreinigt“ seien, erklärte die Stiftung gestern unter Hinweis auf wesentliche Ergebnisse dieser Studie. Der Raubbau auf Kosten der Natur gehe unvermindert weiter und Umweltschutzmaßnahmen würden nur unzulänglich und halbherzig durchgeführt, heißt es in der Studie. In Polen und der CSSR sind zum Beispiel bereits 400 000 Hektar Wald durch Luftschadstoffe zerstört.

Über Banken Wir privaten Banken müssen die Übereinstimmung mit der privaten Wirtschaft nicht erst suchen

Persönliche Initiative, Entscheidungsfreiheit, individuelles Erfolgsstreben und die unmittelbare Verantwortung des Einzelnen – das sind die Wesensmerkmale der privaten Wirtschaft. Darauf beruht ihre Überlegenheit.

Privat – das ist mehr als ein unbestimmter Hinweis auf die Rechtsform einer Firma. Es charakterisiert den Geist einer Unternehmung, ja einer ganzen Wirtschaftsordnung. Und es ist eben nicht gleichgültig, in welchem Geiste gearbeitet und geleistet wird.



Darin sehen wir die wesentliche Übereinstimmung zwischen uns privaten Banken und der privaten Wirtschaft. Ob als große Filialbank, als Regionalbank, als Privatbankiers oder als Hypothekenbank. Private Banken – die persönlichen Partner

Eine Anzeige des Bundesverbandes deutscher Banken. Mohrenstraße 35-41, 5000 Köln 1 Btx * 459 00 #



Wann soll ein Kind mit Algebra beginnen, wieviel Wochenstunden hat es Deutsch zu büffeln? Die Lehrpläne in den einzelnen Bundesländern

weichen immer mehr voneinander ab: ein Problem nicht nur für Schüler und Aufgaben beaufsichtigende Eltern, sondern auch für Schulbuch-

autoren und -verleger. Die Kosten für die Herstellung der Unterrichtswerke vervielfachen sich durch die unterschiedlichen Ausgaben.

Selbst bei der Grammatik gibt es Zwist

Von PAUL F. REITZE

Die rund achtzig deutschen Schulbuchverlage teilen sich einen Markt, der nicht nur wegen des Schülerrückgangs immer kleiner wird. Seit Ende der siebziger Jahre entwickeln sich die Lehrpläne in den einzelnen Bundesländern weit auseinander. Dies betrifft längst nicht mehr allein die „Ideologie-Fächer“ wie Deutsch oder Politik. Eine Synopse des Instituts für Bildungsmedien in Frankfurt benötigt nicht weniger als 45 eng beschriebene DIN-A4-Seiten, um die unterschiedlichen Anforderungen für Mathematik in der Sekundarstufe I zu dokumentieren.

Der Verband der Schulbuchverlage sah angesichts solchen Wildwuchses schon vor Jahren „die föderale Idee“ gefährdet. Er machte eine Kostenrechnung auf. Wäre bei halbwegs vergleichbaren Lehrplänen für ein Unterrichtswerk eine Auflage von 90 000 Exemplaren erreichbar, beliefe sich die Herstellungskosten danach auf 246 000 Mark. Bei drei gravierenden Abweichungen wären bereits 353 000 Mark erforderlich, bei vier Abweichungen 472 000 Mark.

Die Praxis hat den schlimmsten Fall dieses Rechenbeispiels längst in den Schatten gestellt. Der Schulbuchverleger Ernst Klett hat für 1980 in allen Schulbüchern bundesweit mehr als dreihundert neue Lehrpläne, Entwürfe und Richtlinien gezählt. In vermeintlich unproblematischen Disziplinen wie Biologie wurden sie in einer Reihe von Bundesländern innerhalb weniger Jahre wiederholt geändert. Ähnliches fiel Klett auch in der Physik auf.

In der Grundschule gibt es in Mathematik Lernstoffe, die bald in Klasse 1, bald in Klasse 4 vorausgesetzt werden. Auch Beginn und Dauer des Unterrichts in einzelnen Fächern, etwa in Physik, sind bundesweit nicht harmonisiert. Wie lange soll ein Abschnitten in der Muttersprache unterrichtet werden? Je nach Bundesland können es vier oder sieben Wo-

chenstunden sein. Mit Algebra wird bald in Klasse 7, bald in Klasse 8 begonnen. Die Bestimmung von Flächeninhalten kann in Jahrgangsstufe 7 anstehen, durchaus aber auch in Jahrgangsstufe 8 oder 9.

Strittig sind selbst zentrale Begriffe in einzelnen Fächern. Für das „Verbund“ tauchen abwechselnd die Bezeichnungen Tuwort, Tätigkeitswort, Tunwort, Zeitwort auf. Ein Land billigt alle diese Termini. Es kann aber durchaus vorkommen, daß sich die Begriffe in aufeinanderfolgenden Klassen ändern, bis dann am Ende der Grundschule eine Festlegung auf das gute alte Verbund vorgenommen wird – wegen des Fremdsprachenunterrichts in der Sekunda des Gymnasiums.

Die Grammatik, die über Jahrhunderte festgelegt wie aus Erz schien, wird mittlerweile nach unterschiedlichen „Modellen“ gelehrt. Die Geographie des Schullandes gibt dann den Ausschlag, nach welchem systematischen Verfahren ein Satz in der Muttersprache analysiert wird. Ein fester Zeugnis für die Wissenschafts-

gläubigkeit von Lehrplankommissionen und Ministern: Was an der Hochschule im Sinne des Methodenpluralismus berechtigt sein kann, wird unkritisch in den Basisunterricht übernommen, auch wenn Kinder und Schulaufgaben beaufsichtigende Eltern dadurch maßlos überfordert und verunsichert werden.

Lehrer berichten von Anrufen ratloser Väter und Mütter, die am Ende des Gesprächs beschämt gestanden hätten, daß sie selber vor zehn oder fünfzehn Jahren in Germanistik promoviert haben. Eine Schulbuchlektorin eines der großen Verlage teilte bei den WELT-Recherchen mit, sie habe bei Antritt ihrer Stelle „neu lernen müssen“, was in den Hauptabnehmern ihrer Firma „die aktuelle reine Lehre“ sei.

Als Baden-Württemberg Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder vor einigen Jahren eine völlige Neufassung sämtlicher Lehrpläne in Auftrag gab, um darin die „klassischen Kulturtechniken“ wieder stärker zu verankern, erstete er zunächst viel Kritik. Der Politiker, im Nebenamt Präsident des VVB Stuttgart, führte

Studien zum Thema

Der Niedersächsische Elternverein hat rund 160 Schulbuch-Besprechungen zusammengestellt, die von Eltern und Lehrern gegen eine Schutzgebühr von einer Mark angefordert werden können bei Frau Sigild Salzmann, Paracelsusstr. 32, 3340 Wolfenbüttel. Eine Untersuchung für die Fächer Deutsch, Politik und Religion von Prof. Henning Günther und Rudolf Willeke, „Bilanz einer Schulbuch-Aktion“, ist gegen eine Schutzgebühr von zwei Mark erhältlich beim Hessischen Elternverein, Fehlbstr. 14, 6000 Frankfurt 1.

Eine große Studie ist herausgegeben von Hans-Joachim Veen und Peter R. Wellmann, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zustandekommen: „Die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Politik- und Geschichtsbüchern“ (Ver-

lag Ernst Knoth, Melle, 526 S., 39,80 Mark). Mitarbeiter sind unter anderem Manfred Härtlich, Heinrich Oberreuter und Bernhard Sutor.

Behandelt werden in umfangreichen Einzelstudien Themen wie „Grundfragen des Politischen und politischen Verhaltens“, „Demokratieverständnis und Vorstellungen vom Bürger“, „Funktion und Bedeutung politischer Institutionen“. Die Autoren haben die im Schuljahr 1982/83 zugelassenen Bücher berücksichtigt.

Im Vordergrund steht die fachliche Wertung. Ein Mangel ist, daß ältere Auflagen der betreffenden Werke nicht mit einbezogen worden sind, obwohl sie in vielfach noch benutzt werden, zumindest noch in Lehrerbibliotheken vorhanden sind (und dann für den Unterricht in Fotokopien zugänglich gemacht werden). P. F. R.

- Ende -

Planung für die Bundeswehr wird durch Mängel behindert

Der Generalinspekteur analysiert die künftige Entwicklung der deutschen Streitkräfte

Von WOLFGANG ALTENBURG

Die Bundeswehrplanung unterliegt dem Primat der Politik. Sie ist als eine Forderung des Generalinspektors an die politische Führung zu verstehen. Diese ist stets verbunden mit einer Bewertung der sicherheitspolitischen Umwelt und der Risiken, die infolge der politischen Vorgaben eintreten können.

Auf dieser Grundlage entscheidet die politische Führung im Rahmen vertretbarer finanzieller Möglichkeiten über die Zuweisung der Ressourcen zur Deckung des militärischen Bedarfs, der für die Erfüllung des Verteidigungsauftrages als ausreichend erachtet wird. Mit diesem Entschluß rückt die Bundeswehrplanung in die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger.

Mit der Formulierung langfristiger Zielvorstellungen und einer rüstungsplanerischen Bestandsaufnahme haben wir mit Blick auf die neunziger Jahre zunächst einmal die Voraussetzungen für eine ausgewogene langfristige Planung und die optimale Nutzung begrenzter Ressourcen geschaffen. Damit sind durch die Bundeswehrplanung die Weichen für die neunziger Jahre gestellt. Dies erlaubt die zielgerechte Anpassung der Vorhaben an die sich ändernden Faktoren der planerischen Umwelt. Für die Zeit danach deuten sich jedoch bereits jetzt Entwicklungen an, auf die wir uns heute einstellen müssen, denn wir wollen verantwortungsvolle Planung auch über das Jahr 2000 hinaus sicherstellen.

Zwei grundlegende Zukunftsprobleme zeichnen sich ab: die steigende Bedeutung der konventionellen Waffentechnologien und der bereits heute erkennbare Personalmangel. Hierbei gibt es vier Motive, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der Allianz zu verbessern:

Erstens: Der Warschauer Pakt rüstet konventionell überproportional stark auf und eröffnet sich regional begrenzte konventionelle Optionen, wenn die NATO keine Gegenmaßnahmen ergreift.

Zweitens: Das westliche Bündnis ist bestrebt, die Abhängigkeit von nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu vermeiden, um die primär politische Bedeutung des nuklearen Elements der Abschreckung zu erhalten. Der Mangel an Personal, konventionellen Waffensystemen und demzufolge Mangel an nicht dazu führen, daß die NATO sich militärisch gezwungen sieht, frühzeitig Nuklearkräfte einzusetzen. Dies würde die sicherheitspolitische Bedeutung der nuklearen Komponente der Triade (der Verbindung von strategischen, taktischen Nuklearkräften und konventionell gerüsteten Streitkräften, die Red.) verfälschen.

Rationalisierung und vermehrter Einsatz von Technik allein können das Problem nicht lösen. Dadurch unterscheidet sich die Planung der Streitkräfte von der zivilen Wirtschaft. Doch liegt in der konsequenten Nutzung neuer Technologien ein gewichtiges Potential zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft.

Die konventionelle Luftverteidigung gegen Marschflugkörper, Kurz- und Mittelstreckenraketen könnte ein sinnvoller Ergänzung zu den konventionellen Defensivsystemen werden. Bislang war unsere Luftverteidigung auf die Abwehr von Flugzeugen zugeschnitten. Nukleare Marschflugkörper und Raketen wurden durch die Androhung eines nuklearen Gegenschlages abgedeckt.

Seit einiger Zeit sind hier Änderungen nachweisbar. Marschflugkörper, Mittel- und Kurzstreckenraketen der Sowjetunion werden teilweise auch mit konventionellen oder chemischen Köpfen bestückt. Deshalb sind sie künftig in unsere Luftverteidigungsüberlegungen einzubeziehen.

Die Forschungsansätze zur konventionellen Stärkung sind hier mit denen der amerikanischen Verteidigungsinitiative SDI nahezu identisch. Als technologisches Nebenprodukt der SDI-Forschung sind Entwicklungen zu erwarten, die wir für unsere

ventionelle – gegen das westliche Bündnis zu verhindern.

Daraus folgt, daß die Reduzierung der nuklearen Elemente der Triade von der Überlegung begleitet sein muß, wie die kriegsverhindernde Wirkung der Abschreckung auch mit reduzierten nuklearen Potential erhalten werden kann. Solange ausgewogene und überprüfbare konventionelle Abrüstungsvereinbarungen nicht vorliegen, wird das Maßnahmen zur Verbesserung der nichtatomaren Verteidigungsfähigkeit der NATO erfordert.

Viertens: In einem denkbaren neuen System strategischer Stabilität, das sich überwiegend auf strategische Defensivsysteme abstützt, wäre die konventionelle Verteidigungsfähigkeit von ausschlaggebender Bedeutung für die Verhinderung eines dann noch möglichen konventionellen Krieges. Mit anderen Worten: An der Stärkung der konventionellen Komponente führt kein Weg vorbei. Strategische Defensivsysteme würden die Notwendigkeit zur Verbesserung konventioneller Verteidigung eher erhöhen.

Das zweite Grundproblem, der Mangel an Personal, beeinträchtigt



Wächst im Oktober nach Brüssel: Generalinspekteur Wolfgang Altenburg. FOTO: J. DACHINGER

künftig nicht nur die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte. Es wirkt auch auf die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ein. Deren Leistungskraft ist jedoch eine Grundvoraussetzung für unsere Verteidigungsfähigkeit.

Die Steigerung der konventionellen Kampfkraft entspricht dem politischen Willen der NATO. Dieses Ziel trotz sinkenden Personalaufkommens auch in Zukunft zu erreichen, ist die Herausforderung, vor denen die Bundeswehrplanung steht. Diesen gilt es energischer als bisher zu begegnen, wenn der Friede in Europa auch künftig erhalten werden soll.

Rationalisierung und vermehrter Einsatz von Technik allein können das Problem nicht lösen. Dadurch unterscheidet sich die Planung der Streitkräfte von der zivilen Wirtschaft. Doch liegt in der konsequenten Nutzung neuer Technologien ein gewichtiges Potential zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft.

Die konventionelle Luftverteidigung gegen Marschflugkörper, Kurz- und Mittelstreckenraketen könnte ein sinnvoller Ergänzung zu den konventionellen Defensivsystemen werden. Bislang war unsere Luftverteidigung auf die Abwehr von Flugzeugen zugeschnitten. Nukleare Marschflugkörper und Raketen wurden durch die Androhung eines nuklearen Gegenschlages abgedeckt.

Seit einiger Zeit sind hier Änderungen nachweisbar. Marschflugkörper, Mittel- und Kurzstreckenraketen der Sowjetunion werden teilweise auch mit konventionellen oder chemischen Köpfen bestückt. Deshalb sind sie künftig in unsere Luftverteidigungsüberlegungen einzubeziehen.

Die Forschungsansätze zur konventionellen Stärkung sind hier mit denen der amerikanischen Verteidigungsinitiative SDI nahezu identisch. Als technologisches Nebenprodukt der SDI-Forschung sind Entwicklungen zu erwarten, die wir für unsere

konventionellen Zielsetzungen nutzen können. Durch den Rückgriff auf SDI-Forschungsergebnisse vermeiden wir, daß wir unser Geld zur Erreichung eines Zieles zweimal ausgeben.

Unsere Streitkräfte müssen in der Lage sein, zusammen mit den Bündnispartnern auch im Falle eines großangelegten Angriffs nach nur kurzer Entscheidungszeit eine grenzüberschreitende, koordinierte, zusammenhängende Vorverteilungsmittel Europas sicherzustellen. Dies setzt eine günstige Luftlage voraus und schließt den Beitrag zum Schutz der Seeflächen und Seewege durch die Marine ein.

Vorverteilung bedeutet aber nicht nur reaktionsschnelle Aufnahme der Abwehr mit hoher Kampfkraft. Sie verlangt auch die Fähigkeit, den Abwehrkampf über einen längeren Zeitraum mit Aussicht auf Erfolg zu führen.

Dies kann jedoch nur gelingen, wenn der Gegner nach Aggressionsbeginn auch in der Tiefe seines Raumes frühzeitig aufgedeckt und wirkungsvoll bekämpft werden kann. Er muß gehindert werden, kampfkraftige Folgekräfte nachzuführen, noch bevor die nötigen eigenen Verstärkungen in die Vorverteilung eingeleitet werden können.

Die Fähigkeit nach erfolgtem Angriff auch auf dem Territorium des Gegners Waffen zur Wirkung zu bringen, trägt dazu bei, daß die Folgen einer Aggression nicht vom Opfer der militärischen Gewaltanwendung allein getragen werden müssen, sondern direkt auf den Verursacher zurückzuschlagen.

Dies beeinflußt den Risikokalkül. Es macht Abschreckung glaubwürdiger.

Ein für die Vorverteilung Europas unverzichtbarer Teil des konventionellen Gesamtpotentials des Bündnisses ist im Frieden auf dem amerikanischen Kontinent disloziert. Ein angemessener militärischer Beitrag zur Sicherung der Seeverbindungswege stärkt die Durchhaltefähigkeit der multinationalen Vorverteilung zu Lande.

Unsere nach Zahl, Art und von der Dislozierung unterlegenen Streitkräfte sind strukturell nicht angriffsfähig.

Unsere nach Zahl, Art und durch die Dislozierung unterlegenen Streitkräfte sind strukturell nicht angriffsfähig. Sie eignen sich auch nicht zu präventiven Operationen.

Unsere nach Zahl, Art und durch die Dislozierung unterlegenen Streitkräfte sind strukturell nicht angriffsfähig. Sie eignen sich auch nicht zu präventiven Operationen.

Sie eignen sich weder zu präventiven noch zu präventiven Operationen. Diese widersprechen zudem der Strategie des Bündnisses. Die politischen und strategischen Prinzipien der NATO fordern, daß die Vorverteilung reaktiv geführt werden muß. Dies verlangt, daß unsere Streitkräfte Überlebensfähigkeit und Standkraft besitzen. Sie brauchen moderne Aufklärungssysteme und wirksame Führungsmittel. Sie müssen durch weitreichende Waffensysteme und hohe Beweglichkeit zur raschen Schwerpunktbildung fähig sein. Hier gilt es, konsequent die modernen Technologien zu nutzen. Dies ist eine Herausforderung sowohl für die Rüstungswirtschaft als auch für die Streitkräfte.

Morgen in der WELT: Warum Reservisten wichtig werden – Die Bundeswehr in der politischen Diskussion

Konventionelle Stärkung vordringlich

Mit dem hier abgedruckten Beitrag für die WELT, dessen zweiter Teil morgen folgt, zieht General Wolfgang Altenburg das Resümee seiner Arbeit als Generalinspekteur der Bundeswehr. Im Oktober wechselt er nach Brüssel und wird im Hauptquartier der NATO Vorsitzender des Militärausschusses. Ein einflussreiches Amt. Von dort kann der General wesentlich dazu beitragen, daß sich das bei der Planung seiner operativen Konzepte und der Ausrüstung der Streitkräfte harmonisch weiter entwickeln kann.

Altenburgs Fazit seiner Tätigkeit als Verantwortlicher der Planung für die Bundeswehr ist gleichzeitig ein Ausblick auf die angesichts des Mangels an Geld und Personal schwieriger werdenden Zukunftsaufgaben. Nachdrücklich verdeutlicht er, wie entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsfähigkeit der

NATO in Mitteleuropa und damit für die Vermeidung eines Krieges auch über das Jahr 2000 hinaus die Stärkung der konventionell gerüsteten Streitkräfte sei. Diese Notwendigkeit wird aufgrund seiner Aussagen im folgenden Dreieck von Bedingungen umgrenzt: Zum einen will und muß die Allianz sich die Möglichkeiten schaffen, einer etwaigen Aggression des Warschauer Paktes für einige Zeit allein mit konventionellen Waffen zu widerstehen. So soll dem Angreifer bedeutet werden, daß die NATO, wenn sie dann doch als erste Atomwaffen einsetzen würde, sie dies, weiterhin zum äußersten Widerstand schlossen, tät und so den Angreifer zur Kriegsbeendigung zwänge.

Zum zweiten ist das Bündnis willens, die nukleare Abschreckungsfähigkeit in Europa auf das unbedingte Mindestmaß herunterzuschrauben. Drittens schließlich müssen sich, wie

es Altenburg sieht, Bundeswehr und NATO insgesamt darauf einrichten, daß die USA eine strategische Verteidigung gegen atomare Angriffswaffen entwickeln, und damit die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes zusätzliches politisch einsetzbares Gewicht bekomme, falls der Westen darauf nicht mit einer Verbesserung seiner konventionellen Abwehrfähigkeit reagieren würde.

Ein nach Altenburgs Analyse ganz bedeutsames Element der Stärkung der konventionellen NATO-Verteidigung ist die Entwicklung von Waffen, mit denen die NATO tief ins Hinterland des möglichen Aggressors wirken kann. Nur so kann sie die Zuführung unverbrauchter Angriffskräfte schon vor dem Zeitpunkt, in dem sie auf die Vorverteilung des Bündnisses stoßen und sie vielleicht durchstoßen, entscheidend dezimieren.

RÜDIGER DOMINIC

Private Krankenversicherung - ideal für Beamte.

Die privaten Krankenversicherungen haben sich auf die Beamten und ihre Versicherungsbedürfnisse besonders eingestellt. Sie bieten Tarife an, die auf die Beihilfensprüche individuell zugeschnitten sind. Das ergibt einen perfekten Vollschutz.

Für Beamte und ihre Familienangehörigen gibt es deshalb keine Alternative, wenn es um einen maßgerechten Krankenversicherungsschutz geht. Die private Krankenversicherung ist ihre ideale Vorsorge für den Krankheitsfall.

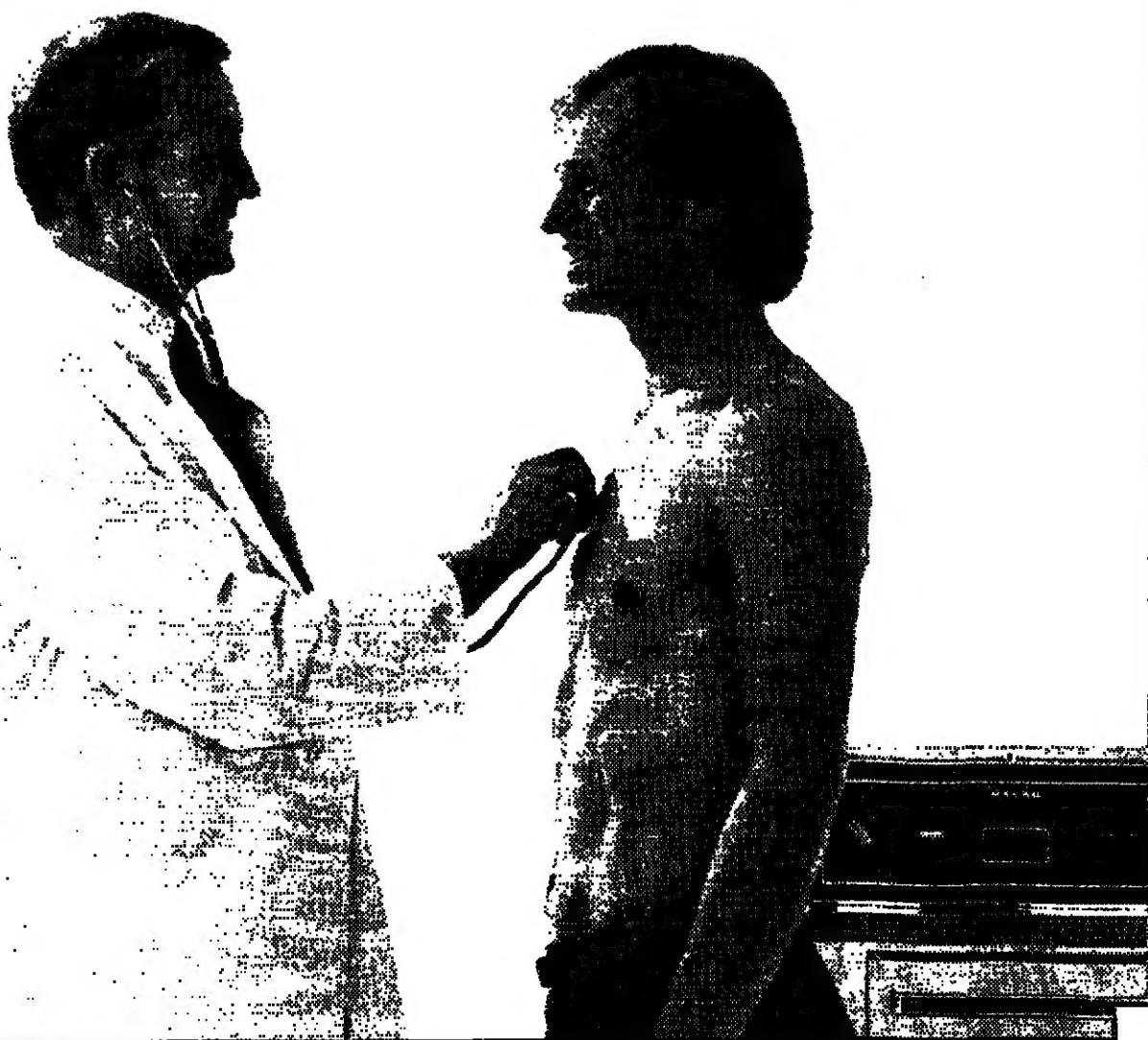
Die Fortschrittlichkeit, Flexibilität und die Leistungsfähigkeit des privaten Kranken-

versicherungsschutzes werden zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Merkblatt „Beihilfenvorschriften des Bundes“ anfordern (kostenlos) – Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 511040, 5000 Köln 51. – Informationen erhalten Sie auch über Bildschirmtext *20177*.



Die privaten Krankenversicherungen
Praktizierter Fortschritt



eswehr
ehindert



vordringt



Die Kamera des Jahres 1986 in Europa.

Die „Kamera des Jahres 1986 in Europa“, gewählt von Fachjournalisten aus neun Ländern, heißt Nikon F-501. Sie macht das Fotografieren fast so einfach wie das Sehen. Denn alles, was beim Fotografieren Routine ist, stellt die F-501 automatisch richtig ein.

Zum Beispiel die Schärfe.

Als einzige Kamera der Welt hat sie zwei Autofokus-Funktionen: Autofokus-Priorität und Auslöse-Priorität.

Bei der Autofokus-Priorität löst sie erst aus, wenn das Bild, auch technisch gesehen, scharf ist.

Arbeiten Sie mit Auslöse-Priorität, etwa bei Objekten, die ständig ihre Entfernung ändern, wird die Schärfe nachgeführt. Sie lösen aus, wann Sie wollen. Und so oft Sie wollen. Denn der eingebaute Motor transportiert den Film automatisch weiter.

Automatisch ist natürlich auch die Belichtungsmessung und das Einstellen von Blende und Verschlusszeit durch die Programme P und P HI und eine spezielle Dual-Pro-

gramm-Automatik. Und wenn Sie die Blende vorgeben wollen, dann führt die Zeitautomatik A die Belichtungszeit automatisch nach. Bei Blitzaufnahmen sorgt die TTL-Blitzprogrammsteuerung dafür, daß Ihre Fotos automatisch richtig belichtet sind.

Doch die F-501 ist nicht nur die sehr handfeste Form einer hochsensiblen Technik.

Sie ist vor allem und insbesondere eine Nikon. Mit dem bewährten Bajonett für alle Nikon-Objektive.

Deshalb lassen sich neben den neuen Autofokus-Objektiven nahezu 30 vorhandene Objektive mit Hilfe eines Konverters als AF-Objektive einsetzen.

Die „Kamera des Jahres 1986 in Europa“ ist also mehr als die Kamera eines Jahres.

Sie verbindet die Jahrzehnte.

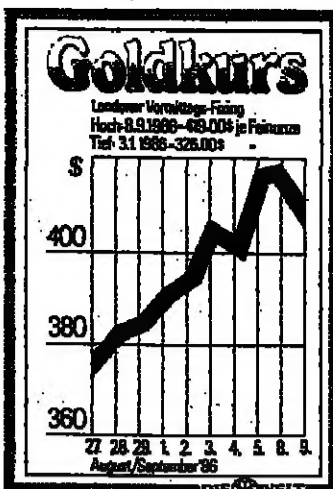
Und wir denken dabei nicht nur an die Jahrzehnte, die hinter uns liegen.



FOTOMAGAZIN / D
AMATEUR
PHOTOGRAPHER / GB
FOCUS / NL
FOTO / FILM & VIDEO / DK
FOTO / S
KAMERA LENTI / SF
PHOTO CINE EXPERT / CH
PHOTO MAGAZINE / F
TUTTI FOTOGRAF / I

Nikon GmbH, Tiefenbroicher Weg 25, 4 Düsseldorf 30
Telefon 0211/41570

FÜR DEN ANLEGER



Goldkurse: Die USA führen Goldminen als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Die Adler werden wohl in den Schatzkassen von Sammlern oder den Tresoren von Anlegern landen und mit dem kanadischen „Maple Leaf“ und dem südafrikanischen „Kruggerand“ konkurrieren.

Kruggerand: Verkauf (1 Unze) incl. MwSt. 994,08 (z.B. 923,40) Mark.

Anleihe: Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) begibt über die Deutsche Bank eine 5,5-prozentige zehnjährige Anleihe über 100 Mill. DM. Kurs 99,5 Prozent.

Milliardenemission: Coca-Cola, Atlanta, will 51 Prozent ihrer erst kürzlich gegründeten Abfüllungsgesellschaft an das Publikum verkaufen. Die Börsenemission wird

Schätzungen zufolge mindestens 1 Mrd. Dollar (rund 2 Mrd. DM) bringen.

Zuteilung: Die Bundesbank hat bei der Ausschreibung neuer Wertpapieremissionen 12 Mrd. DM zum Zins von 4,35 Prozent für 35 Tage – bei insgesamt 18,5 Mrd. DM Geboten – zugeteilt.

Fellen + Gaillesamer: Die Aktien wurden in Frankfurt zum Kassakurs von 195 (Hamburg: 165) DM amtlich eingeführt (Ausgabekurs 125 DM).

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 282,00 (285,96); Chemie: 167,94 (169,33); Elektro: 330,95 (333,53); Auto: 754,02 (753,57); Maschinen: 162,44 (164,66); Banken: 417,66 (426,54); Warenhäuser: 170,93 (174,09); Bauwirtschaft: 548,02 (567,22); Konsumgüter: 186,39 (187,51); Versicherung: 1478,59 (1515,64); Stahl: 159,54 (158,92).

Gesamtwert:	DM	+	%
Kernkraft:	304,50	5,00	
Matsushita El. I:	23,00	4,76	
Nikko Securitie:	26,80	4,69	
Olivetti Sp.A.M.	23,00	4,55	
Higiv. Steel & Va:	3,45	4,55	

Kursverlänger:	DM	-	%
Nissin Steel C:	2,70	8,47	
Mitsui Eng. & Sh:	2,40	7,69	
Sumitomo Metal:	2,45	7,55	
Cons. Gold Field:	16,55	5,43	
Pernod-Richard:	308,00	5,23	

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Schwächer

WELTWIRTSCHAFT

Kredit: Der IWF hat Mexiko einen Kredit in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar genehmigt.

Japan: Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal 1986 real um 2,2 Prozent gewachsen. Im Vergleich

zum 1. Quartal 1986 ergab sich ein Zuwachs von 0,9 Prozent.

Konjunktur: Die Schweizerische Kreditanstalt rechnet weltweit mit einem anhaltend guten Wirtschaftswachstum. (S. 10)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Shell: Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat die Entscheidung der Shell Tanker-Gesellschaft kritisiert, ihre sechs Großtanker unter deutscher Flagge noch 1986 auszulagern und dann unter libanesischer Flagge fahren zu lassen.

Viag: Der Mischkonzern rechnet für 1986 mit einer Steigerung des Jahresüberschusses von 92 Mill. DM (1985) auf über 100 Mill. DM. (S. 13)

Photokina: „Gute bis sehr gute Geschäftsergebnisse“ haben die Aussteller auf der Messe erzielt. Auch die Preise seien „durchweg stabil“ geblieben, teilte die Messeleitung mit.

Bertelsmann: Der Konzern übernimmt die Musikaktivitäten des amerikanischen Medienkonzerns RCA. (S. 11)

Frankreich: Beteiligt sich AT&T an ITT? (S. 10)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)	8.9.86	9.9.86	1.7.86	1.8.86	1973
Superbenzin	203,50	205,50	165,0	236,00	97,00
0,15 g Bleigehalt					
Diesel (EG-Material)	133,50	134,50	104,00	236,00	84,00
Heizöl					
3,5 % S	76,50	75,50	74,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Reeder: Gegen eine Aufstockung der Schiffbauzuschüsse haben sich die deutschen Reeder ausgesprochen und gleichzeitig neue und getrennte Formen der Förderung von Werften und Schifffahrt gefordert.

Kartellamt: Fünf mittelständische Kabelhersteller – die Bayerischen Kabelwerke AG aus Roth, die Hamburger Kabelwerke Friedrich C. Ehlers, die Kerpenwerk GmbH & Co. in Stolberg, die

Lynxwerk GmbH & Co. KG, Eschweiler, und Waskönig & Walter KG Besitzgesellschaft, Saterland – dürfen Glasfaserkabel zusammen herstellen und vertreiben.

Volksbank: Die Absatz- und Ertragslage der Unternehmen habe sich weiter gebessert. Die Zinsen seien gesunken und Investitionen in Sachkapital seien im Vergleich zu Finanzinvestitionen wieder lohnender geworden.

NAMEN

Wahl: Peter Jungen, Vorstandsvorsitzender der FHB Weserhütte AG und Vorstandsmitglied der Otto Wolff AG, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Wirth Maschinen- und Bohrgeräte-Fabrik gewählt worden. Er übernimmt den Aufsichtsratsvorsitz von Otto Wolff von Amerongen.

Bayer: Der Aufsichtsrat hat Manfred Schneider zum Vorstands-

mitglied bestellt. Er leitet seit 1984 die Ressorts regionale Koordinierung, Konzernrevision und Controlling.

WER SAGT'S DENN?
Dem Geld darf man nicht nachlaufen, man muß ihm entgegengehen.
Aristoteles Onassis

Der EG-Haushalt enttäuscht die Hoffnungen der ärmeren Länder

Zustimmung Griechenlands und Spaniens ermöglichte Kompromiß über den Etat

WILHELM HADLER, Brüssel
Den EG-Regierungen ist es gestern im zweiten Anlauf gelungen sich mehrheitlich auf einen Etat der Gemeinschaft für 1987 zu einigen. Dabei wurden erwartungsgemäß die Hoffnungen der ärmeren Mitgliedsländer auf höhere Rückflüsse aus Brüssel enttäuscht. Portugal und Irland stimmten gegen den Kompromiß, Italien enthielt sich der Stimme.

Der Entwurf wird bereits heute im Plenum des Straßburger Europaparlaments eingebracht. Er liegt mit Zahlungsmittelumrechnungen in Höhe von 35,94 Mrd. Ecu (75,5 Mrd. DM) um rund 2,2 Prozent über dem des laufenden Jahres. Allerdings hat das Parlament die Möglichkeit, die Ansätze um 364 Mill. Ecu (765 Mill. DM) aufzustocken. Es wird von diesem Recht auch mit Sicherheit Gebrauch machen. Die Steigerung dürfte sich daher unter Einschluss dieser Marge auf rund 3,2 Prozent erhöhen. Sie bleibt damit zumindest vorläufig noch im Rahmen der vom Ministerrat beschlossenen Regeln für eine strikte Haushaltsdisziplin.

In den zähen und langwierigen

Verhandlungen ging es im wesentlichen darum, ob in den Haushaltsentwurf eine ausreichende „Reserve“ für bereits heute abzusehende Ausgabenrisiken im Agrarbereich eingestellt werden sollte. Die Bundesrepublik und fast alle anderen „nördlichen“ EG-Staaten traten dafür ein, obwohl diese Rücklage zu Lasten von Mehrausgaben in der Regional-, Sozial- und Forschungspolitik geht.

Im Hintergrund stand dabei die Überlegung, daß die Ausgaben für die Preisstützung und für Exportsubventionen der Landwirtschaft einen „obligatorischen“ Charakter haben, also auf Rechtsansprüchen der Bauern und des Handels beruhen. Sie hängen von Faktoren wie der Dollar-Entwicklung und den Ernteerträgen ab, die die EG nicht beeinflussen kann.

Auf der anderen Seite sind die Finanzmittel der Gemeinschaft – obwohl erst am Anfang dieses Jahres erhöht – bereits bis auf einen kleinen Rest ausgeschöpft. An eine erneute Erhöhung ist vor 1988 nicht zu denken. Ohne eine genügende Haushaltsreserve wäre ein finanzieller Kollaps

der Gemeinschaft vorprogrammiert. Zwei Monate nach Festlegung des endgültigen Haushalts für 1986 hat die EG-Kommission zum Beispiel bereits ein Loch im Etat konstatiert, weil sich wegen des niedrigen Dollarkurses ihre Zoll- und Abschöpfungseinnahmen verringert haben.

Da die Gruppe der armen und reichen Länder im Rat seit dem Beitritt Spaniens und Portugals jeweils über eine Sperrminorität verfügen, konnte die erforderliche qualifizierte Mehrheit für einen Haushaltsbeschluss nur dadurch erreicht werden, daß eines oder mehrere Länder in die andere Gruppe „hinübergezogen“ wurden. Es gelang schließlich, die Griechen und Spanier durch besondere Zusagen für einen Kompromiß zu gewinnen.

Die vereinbarte „Reserve“ soll sich (unter Einberechnung der neuen Ansätze des Parlaments) auf 665 Mill. Ecu (rund 1,4 Mrd. DM) belaufen und zunächst ohne genaue Zweckbestimmung beschlossen werden. Pessimisten erwarten freilich, daß die tatsächlichen Mehrausgaben der EG bei bis zu vier Mrd. DM liegen werden.

Auslandskäufe deutscher Renten im Juli sehr hoch

Frankfurt
Ausländer haben im Juli für netto 5,6 Milliarden DM deutsche Rentenwerte und für 0,5 Milliarden DM deutsche Aktien gekauft. Damit summieren sich die Auslandskäufe deutscher Renten in den ersten sieben Monaten 1986 auf 36,3 Milliarden DM; das ist bereits mehr als im ganzen Vorjahr (31,5 Mrd. DM). Die ausländischen Aktienengagements waren von Januar bis Juli mit 9,3 Milliarden DM um 2,2 Milliarden höher als in der gleichen Vorjahreszeit und reichten nicht an das Gesamtsergebnis von 1985 (10,6 Milliarden DM) heran.

Deutsche haben im Juli für 1,3 Milliarden DM ausländische Währungsanleihen und für 1,1 Milliarden DM ausländische DM-Anleihen gekauft und für 1,2 Milliarden DM Auslandsaktien abgekauft. Im wesentlichen aus den Wertpapiergeschäften resultierte der Zufluß von 3,4 Milliarden DM langfristigen Kapitals in die Bundesrepublik. Im kurzfristigen Kapitalverkehr wurden sieben Milliarden netto exportiert, davon 4,8 durch Unternehmen und 2,4 durch Banken.

AUF EIN WORT



„Im Wohnungsbau sind keine Rekorde mehr zu erzielen.“
Dr. Rolf Korymzmann, Direktor des Verbandes Rheinischer Wohnungswirtschaften, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

IWF reduziert seine Prognosen zum Wachstum

VVD, Paris

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat in seinem – erst Ende September zur Veröffentlichung anstehenden – Ausblick für die Weltwirtschaft für 1986 und 1987 die Wachstumsprognosen für die Industriestaaten gegenüber seinem letzten Bericht von Ende April etwas nach unten revidiert. Besorgt soll sich der „World Economic Outlook“ des IWF auch über die kumulativen sehr hohen Ungleichgewichte in den Außenwirtschaftsbilanzen der USA, Japans und der Bundesrepublik äußern. Das meldet AP-Dow Jones aus Paris.

In diesem Jahr rechnet der IWF nun mit einem Wachstum von 2,8 (vorher 3,0) Prozent und 1987 mit 3,2 (3,2). Für die Bundesrepublik sind keine neuen Schätzungen bekannt, hier lauten die Prognosen auf ein reales Plus beim Bruttoinlandsprodukt von 3,7 Prozent in diesem und 2,7 Prozent für das nächste Jahr. Die Jahresversammlung des IWF und der Weltbank finden vom 30. September bis 3. Oktober in Washington statt. Seite 11: Interview mit Conable

Märkte stärker für Produkte der Dritten Welt öffnen

Forderung des Exporthandels an die Gatt-Runde

Mr. Boom
Die Liberalisierungsrunde für den Weltmarkt, die in der nächsten Woche im uruguayischen Punta del Este eingeleitet werden soll, muß zu einer Öffnung der Märkte der Industriestaaten für Produkte aus der Dritten Welt führen. Das hat gestern Carl Friedrich Petersen, Vorsitzender des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels, in Bonn gefordert. Auf keinen Fall dürfe eine selektive Schutzklausel eingeführt werden, mit der gegen Einfuhren aus einzelnen Ländern vorgegangen werden könnte. Vielmehr müsse das Meistbegünstigungsprinzip des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) bekräftigt werden.

Grauzonen-Maßnahmen wie Export-Selbstbeschränkungsabkommen sollten verboten, bestehende nach einem festen Zeitraum abgebaut werden. Nur durch verstärkte Anstrengungen bei der Beseitigung des Protektionismus, gerade auch im EG-Agrarbereich, könnten die Entwicklungsländer in ihrem Außenhandel wieder Anschluß an die allgemeine Entwicklung finden. Durch Marköffnung für ihre Produkte könnte ein Beitrag zur Lösung der Verschuldungskrise geleistet werden.

„Den Entwicklungsländern und

den meisten Ostblockstaaten geht es schlecht – und dann kann es auch den Handelsfirmen, die mit diesen Ländern arbeiten, nicht besonders gut gehen“, sagte Petersen. Die deutschen Exporthändler wickeln gut zwanzig Prozent der deutschen Ausfuhren ab, sie haben ihr Schwergewicht im Überseegeschäft, wo ihre Position deutlich stärker ist, weil die Industrie dort häufig nicht direkt vertreten ist. Diese Länder litten darunter, daß sie ihre Waren nicht in ausreichendem Maße in die westlichen Industrielländer exportieren konnten. Damit seien sie auch nicht in der Lage gewesen, die notwendigen Devisen für Entwicklungsinvestitionen zu verdienen.

Das nach wie vor gute Ergebnis im Außenhandel in diesem Jahr dürfe nicht verdecken, daß es in erster Linie im Warenaustausch mit den EG-Staaten zustandekomme ist. Außerhalb der EG, die rund die Hälfte der deutschen Ausfuhren aufnimmt, gebe es gegenwärtig keine Wachstumsregion mehr für die deutschen Ausfuhren. Sorgen bereiten den Händlern die wachsenden bürokratischen Hemmnisse und der Außenwirtschaftsförderungswirrwarr der Bundesländer. Die unabgestimmten Förderungsmaßnahmen stifteten mehr Schaden als Nutzen.

Wirrwarr bei Staatshilfen

Mk. – Wenn selbst diejenigen, die angeblich begünstigt werden sollen, die Subventionen nicht haben wollen, die ihnen zugesagt werden, dann gehören die staatlichen Hilfen doch wohl abgeschafft. Nach dem Deutschen Industrie- und Handelsstag (DIHT) kritisiert jetzt auch der Bundesverband des Deutschen Exporthandels die Ausfuhrförderung der Bundesländer. Wettbewerb ist immer gut. Das gilt aber nicht für den Subventions-Wettlauf.

In den letzten Jahren haben nahezu alle Bundesländer Programme für die Förderung der Ausfuhren ihrer Unternehmen aufgelegt, gerade auch unter dem Aspekt der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Selbst wenn die Maßnahmen erfolgreich wären, so würden sie doch

eine Verlagerung des Geschäfts von einer in die andere Region bedeuten und damit auch der Beschäftigung. Denn ein Bundesland kann doch kaum damit rechnen, daß sein Unternehmen aufgrund der Hilfen Aufträge hereinholt, die sonst im Ausland platziert worden wären.

Und gerade auch dann wären die Subventionen für eine Volkswirtschaft fragwürdig, die – wie es die deutsche nun einmal ist – auf einen möglichst staatsfreien Welthandel angewiesen ist. Der internationale Warenaustausch soll durch den Wettbewerb von Unternehmen bestimmt werden, nicht durch staatliche Subventionen.

Die Einsicht fällt den Begünstigten schwer. Leider demonstrieren das auch die Exporthändler. Denn es geht nicht um die „ordnende Hand“, die zumindest verhindert, daß sich die Länderhelfen nicht auch noch konkurrieren. Diese Eingriffe gehören einfach weg.

Wer treibt die Kosten?

Von THOMAS LINKE

Kommt sie oder kommt sie nicht? Die Ortskrankenkassen haben die Preisvergleichsliste für die Verordnung von Arzneimitteln wieder in die öffentliche Diskussion gebracht. Damit wurde innerhalb weniger Tage die zweite Front aufgemacht im Kampf um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Nach dem Krankenhausbereich der Gegner nun wieder: Pharmaindustrie. Sie torpedierte die Preisvergleichsliste und treibe somit die Kosten im Gesundheitswesen hoch.

Und weil ein Schlachtfeld nicht reicht, wird den Ärztenstellern auch gleich noch vorgeworfen, sie würden in der Werbung die selbst gesetzten Grenzen weit hinter sich lassen und alle guten Vorsätze auf diesem Gebiet über Bord werfen.

Die Sorgen der Kassen vor einem erneuten Milliardenloch – 1984 und 1985 waren sie mit drei und zweieinhalb Milliarden Mark im Minus – sind berechtigt. Bei den einzelnen Leistungsausgaben gab es im ersten Vierteljahr zum Teil kräftige Steigerungen: Ärztliche Behandlung plus zwei Prozent, zahnärztliche Behandlung plus ein Prozent, Heil- und Hilfsmittel plus acht Prozent, Arzneimittel plus fünf Prozent und stationäre Krankenhausbehandlung immerhin plus sechs Prozent. Die Krankenkassen folgern daraus: Nur mit steigenden Beiträgen kann ein erneutes Milliardendefizit verhindert werden.

Diese Androhung sichert sofort höchste Aufmerksamkeit in den Medien. Die Folgen für Konsum und Konjunktur wären in der Tat fatal. Die endlich wieder steigenden Realeinkommen würden gekürzt, die ohnehin schon wettbewerbsfeindlichen Lohnnebenkosten würden noch weiter steigen. Das kann auch dem Arbeitsminister Norbert Blüm so kurz vor der Wahl nicht ins Konzept passen. Nur sollten die Kassen bei ihren Schuldzuweisungen überlegen, wem sie den Schwarzen Peter in die Schuhe schieben.

Es wäre sicher verfehlt, der Pharmaindustrie Absolution zu erteilen: Zu Beginn des letzten Jahres hat auch sie sich um den Beitragstopf bedient. Doch die Kostentreiber sind sie in diesem Jahr nicht. Im Januar und Februar stiegen die Arzneimittelpreise nach dem Preisindex der gesetzlichen Krankenkassen um insgesamt 0,3 Prozent. Von November 1985 bis Februar 1986 stiegen die Preise insgesamt nur um 0,5 Prozent. Seitdem zahlen die Kassen keinen Pfennig mehr für die einzelnen Pille oder Spritze – der Ausgabenanstieg für Arznei insgesamt um ebenfalls fünf Prozent ist wohl hauptsächlich auf eine

größtenteils Verschreibungspraxis der Ärzte zurückzuführen.

Auch die eingeleisteten Pharmakritiken können nicht leugnen, daß der Preisspiegel, den der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie Ende Oktober an die Mitgliedsfirmen richtete, eingehalten wurde. Danach sollten unwirksame Kostenerhöhungen nur maximal bis zur Hälfte der Steigerung der Grundlohnsomme über die Preise weitergegeben werden. Diese Grenze wurde nicht einmal gestreift. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen ging von einer Grundlohnsommenerhöhung von 3,25 Prozent aus.

Diese Marge galt auch für die Krankenhäuser.

Nur die scheinen diese Festlegung der Konzertierte Aktion völlig über Bord zu werfen. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hält sogar eine durchschnittliche Steigerung der Pflegesätze um 6,2 Prozent für gerechtfertigt. Einige Horrormeldungen von Krankenhausaufgaben nach einer Anhebung von 30 Prozent geisterten ebenfalls durch die Gesundheitslandschaft. Die Steigerungsraten von 3,25 Prozent sei nur eine „Erwartung“ gewesen, und keine „Empfehlung“, hieß es bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Angesichts solcher Übersetzungs-schwierigkeiten fragt man sich natürlich, welchen Sinn gemeinsame Vereinbarungen von Kassen, Anbietern und Regierung dann überhaupt haben.

Egal ob Erwartung oder Empfehlung – statistisch liegen zwischen dem Preisauftrieb bei Pharmaindustrie und Krankenhäusern im Augenblick Welten. Deswegen ist es unverständlich, daß die Ortskrankenkassen die Arzneisteller derzeit so frontal angehen und so tun, als sei die Angelegenheit der Pharmaindustrie torpedierte Preisvergleichsliste der Stein der Weisen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Preisvergleichsliste in ihrer derzeitigen Form noch Widersprüche enthält. Bisher steht neben dem jeweiligen Medikament nicht der Preis pro Pille oder Packung, sondern der für eine mittlere Tagesdosis des entsprechenden Medikaments. Nun kritisiert die Pharmaindustrie aber zu Recht, daß die für eine erfolgreiche Therapie nötige Tagesmenge sich erst in der Praxis herausstellt. Einsprüche gegen als falsch erkannte Prinzipien – wie sie gegen die Preisvergleichsliste zahlreich vorliegen – müssen erlaubt sein. Noch vor dem Ende 1986 soll es hoffentlich, daß am 23. September, wenn der Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen endgültig entscheidet, ein Kompromiß vorgelegt wird, mit dem alle leben können.

BAUME & MERCIER
GENEVE

BAUME & MERCIER GmbH – Postfach 10 02 65/W
6050 Offenbach/M. 1

avant-garde
Wasserdicht und 18 Karat Gold.
Extra-Schnelles Quarzwerk mit Datum, Wasserdicht bis 30 Meter, Modelle in drei Größen.

Chronograph
Herrn- und Damen-Modell.
Herrn-Modell in poliertem 18 Karat Gold oder in Stahl/Plating, Kalenderanzeige, Datum und Mondphasen, Mechanisches Uhrwerk von höchster Präzision.

Goldwatch
Herrn- und Damen-Modell.
Herrn-Modell in poliertem 18 Karat Gold oder in Stahl/Plating, Kalenderanzeige, Datum und Mondphasen, Mechanisches Uhrwerk von höchster Präzision.

Bedford entläßt bis Jahresende 1450 Mitarbeiter

fu, London
Der britische Nutzfahrzeughersteller Bedford hat mitgeteilt, daß 1450 Arbeitsplätze in seinen Werken in Luton und Dunstable bis zum Ende des Jahres aufgegeben werden müssen. Das Tochterunternehmen des amerikanischen Automobilherstellers General Motors wird die Herstellung mittelgroßer und schwerer Nutzfahrzeuge auslaufen lassen und die Fertigung von Omnibus-Chassis einstellen. In den letzten drei Jahren mußte Bedford Verluste in Höhe von 190 Mill. Pfund (knapp 590 Mill. DM) hinnehmen.

Im Frühjahr hatten Verhandlungen zwischen General Motors und der Staatsgesellschaft British Leyland über eine Zusammenlegung der Nutzfahrzeugaktivitäten stattgefunden. Sie scheiterten jedoch am Widerstand im Parlament über eine Einbeziehung der Leyland-Tochter Land

bringt jeden Samstag viele Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte.
Nutzen Sie Ihre Chancen!
01-021

Rover und Range Rover.
Die britischen Nutzfahrzeugindustrie steckt seit längerem in einer schweren Krise. Erst vor einem halben Jahr haben die von Fiat kontrollierten europäischen Lastwagenfirmen Iveco und Ford UK eine gemeinsame Unternehmung gegründet.

Dennoch ist die Produktion von Ford-Nutzfahrzeugen in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber den ersten sechs Monaten 1985 um 23 Prozent auf 46 207 Einheiten gefallen. In der gleichen Zeit verringerte sich die Produktion der Nutzfahrzeuge der Rover-Gruppe (einschließlich leichter Transporter und der Land-Rover-Gruppe) von 48 322 auf 38 376 Einheiten. Bedford verzeichnete einen Produktionsrückgang um 25,7 auf 27 927 Nutzfahrzeuge.

Weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum bis 1987

Schweizerische Kreditanstalt erwartet weitere Ergebnisverbesserung trotz schärferen internationalen Wettbewerbs

ALFRED ZÄNKER, Genf
Trotz raschen Strukturwandels und schärfer werdender Konkurrenz im internationalen Bankgeschäft sind die Aussichten der Schweizer Großbanken für 1986 und auch für das nächste Jahr zuversichtlich zu beurteilen. Zu diesem Schluß kam Robert Jeker, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), in einem Pressegespräch in Genf. Seine eigene Bank hofft, ihr vorjähriges ausgezeichnetes Geschäftsergebnis 1986 nochmals zu verbessern. 1987 dürfte dann nach „fünf fetten Jahren“, in denen die SKA ihren Reingewinn fast verdoppelt haben konnte, ein Jahr der Konsolidierung werden.

Die Zürcher Bank geht davon aus, daß das weltwirtschaftliche Umfeld insgesamt günstig bleiben wird. 1987 dürfte die Konjunktur sogar besser ausfallen als in den beiden Vorjahren. Zwar verursachen Dollarschwäche und Ölpreisanstieg gegenwärtig noch Anpassungsprobleme. 1987 sind jedoch neue Impulse vom steigenden

Verbrauch zu erwarten. Zugleich werden auch die niedrigen Zinsen die Investitionen anregen. Bei besserer Konjunktur ist im Laufe des nächsten Jahres dann mit einem Wiederanstieg der Zinsen, vor allem in den USA, zu rechnen.

Gleichzeitig verschärft sich jedoch der Wettbewerbsdruck im Bankgeschäft von Jahr zu Jahr. Da eine Lösung des Schuldenproblems der Dritten Welt noch nicht abzusehen ist, konzentrieren sich die reichlich vorhandenen Anlagemittel zunehmend auf gute Adressen in Industrieländern. Der Schuldner ist heute wieder König. Internationale Geldnehmer wenden sich dabei immer mehr der Finanzierung durch Wertpapiere aller Art auf Kosten von Bankkrediten zu. Für den Anleger ergibt sich der Vorteil, daß diese Papiere liquide sind und täglich verkauft werden können. Die Großbanken sehen sich bei diesem auch als „Securitization“ bekannten Prozeß mehr und mehr in die Rolle des Vermittlers gedrängt.

Gleichzeitig schreitet die „Deregulierung“ und Liberalisierung der Finanzmärkte rasch fort. Steuern und organisatorische Hemmnisse werden abgebaut, um die großen Finanzplätze – besonders New York, London, Tokio, Frankfurt und Amsterdam – attraktiver zu machen. Dabei führt die technische Revolution – der Einsatz der Elektronik – zu einer immer engeren Vernetzung der internationalen Finanzplätze.

Das Ergebnis aller dieser Tendenzen ist ein „rauhes Wettbewerbsklima“, ein weltweiter Kampf um erste Schuldneradressen und um einen „innovativen Vorsprung“ gegenüber der Konkurrenz. „Bei den Innovationen muß man vorne sein, weil Neuerungen im Finanzbereich keinen Patentschutz genießen und sofort nachgeahmt werden“, betont Jeker. Das hat auch spürbare Auswirkungen im Personalbereich, wo hochqualifizierte Spezialisten immer schwerer zu finden sind. Die Personalabteilung steht deshalb ganz oben auf der Pri-

ritätenliste der Schweizer Großbanken.

Die SKA sucht ihre Geschäftspolitik diesem auf absehbare Zeit andauernden Strukturwandel anzupassen. Heute geht es weniger um möglichst rasches Wachstum oder um die absolute Größe als um die Entwicklung der besonders ertragsstarken Sparten des Bankgeschäftes. An zweiter Stelle stehen die Bemühungen um Risikominimierung. Der Anteil der „Problemkrediten“ an den Ausleihungen der SKA ist inzwischen auf weniger als vier Prozent gesunken. 51 Prozent aller ausstehenden Kredite entfallen heute auf die Schweiz.

Zugleich sucht die SKA ihre Stellung in Ländern mit starken Volkswirtschaften und Währungen rasch auszubauen. In der Bundesrepublik geschieht dies bereits seit einiger Zeit. In Großbetrieben rüstet sie sich durch Beteiligung am Brokerhaus Buckmaster und Moore für den „big bang“, die Ende Oktober bevorstehende große Börsenreform.

Wird auch AT&T jetzt Partner?

Übernahmegerüchte – Finanzierungshilfen für Eurotel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die amerikanische AT&T soll die Absicht bekundet haben, sich an dem nach ihr zweitgrößten Telekommunikationskonzern der Welt zu beteiligen, in dem die CGE und ITT die Fusion der CGE-Tochter Alcatel mit den europäischen ITT-Tochtern, und zwar unter französischer Leitung und einem amerikanischen „Sleeping-Partner“ mit einer Beteiligung von 37 Prozent vorsehen.

Zu den AT&T-Ambitionen kursieren in Paris gegenwärtig zwei Versionen: Erstens die Übernahme der ITT-Beteiligung, die nach einer geheimgehaltenen Vertragsklausel möglich sein soll; zweitens Finanzierungshilfen der AT&T für die europäische Holding Eurotel, welche die übrigen 63 Prozent des Kapitals hält und an der die CGE zu 60 Prozent beteiligt ist.

Tatsächlich hat der französische Konzern Schwierigkeiten, für die restlichen 40 Prozent des Eurotel-Kapitals Interessenten zu finden. Bisher

haben nur die spanische Telefonía und die Société Générale de Belgique je 10 Prozent gezeichnet. Im übrigen muß die CGE 1,2 Mrd. Dollar der ITT in bar bezahlen und Schulden ihrer Tochter von zusammen 1,1 Mrd. Dollar übernehmen.

Weitere Probleme drohen von deutscher Seite. So verlangt Siemens eine Mehrheitsbeteiligung an der staatlichen französischen Telefongesellschaft CGCT, die aber in direkter Konkurrenz zu AT&T steht.

Im Unterschied zu ITT könnte sich AT&T als CGE-Partner für den französischen Konzern auf die Dauer als sehr gefährlich erweisen. Die CGE hat immer noch nicht die Fusion mit dem Telekommunikationszweig des Thomson-Konzerns veräußert und muß jetzt auch noch das nicht unproblematische „System 12“ von ITT weiter entwickeln. Vor allem aber verfügt AT&T weltweit über eine sehr viel stärkere Marktposition und Finanzkraft als die CGE.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

BDI dringt auf Gatttrunde

Bonn (vos) – Am Vorabend der Gatt-Ministerrunde appelliert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) an die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für eine neue multilaterale Verhandlungsrunde einzusetzen. Die deutsche Industrie sei exportorientiert und daher besonders auf zuverlässige Regeln im internationalen Handel angewiesen. Von einer neuen Runde verspricht sich der BDI mehr Disziplin bei der Einhaltung früherer Abkommen. Auch müsse man auf Zugeständnisse der Dritten Welt mit Entgegenkommen, etwa im Bereich der Agrar-Subventionen, reagieren.

„Geringere Abgabenlast“

Bonn (vos) – Als ungerechtigt bezeichnet der Vorsitzende des Umweltausschusses, Reinhard Göhrer (CDU), die Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des DIHT an der Novellierung des Abwasserabgabengesetzes. In deren Stellungnahmen werde übersehen, daß die Abgabenlast sich vermindert, wenn die Betriebe in den

Umweltschutz investieren und die Gewässerbelastung abbauen helfen. Nur bei Industriebetrieben, die in diesem Bereich nichts unternehmen, werde die Abgabenlast drastisch ansteigen.

Riedel auf gutem Weg

Seelze (dos) – Die zum Hoechst-Konzern gehörende Riedel & Haen AG, Seelze, hat im ersten Halbjahr 1986 den Umsatz um 7,7 Prozent auf 180 Mill. DM gesteigert. Der Ertrag, so schreibt der Vorstand, liege auf einem befriedigenden Niveau, wenngleich das entsprechende Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht wurde. Die Gründe seien höhere Personalkosten und Abschreibungen sowie die veränderten Wechselkurse. Insgesamt werde aber für 1986 wieder mit einem zufriedenstellenden Ergebnis gerechnet.

Großer Ölfund

Melbourne (dpa/vwd) – Ein von der australischen Broken Hill Pty. Ltd. (BHP) geführtes Firmenkonsortium hat in der Timor-See ein neues Ölvorkommen entdeckt, das sich als der

größte Ölfund der Welt in den letzten 20 Jahren herausstellen könnte. Nach Angaben von BHP sprudelten während der Tests 9989 Barrel Öl (je 159 Liter) täglich aus dem Meeresboden.

Kundensbüro in Straßburg

Frankfurt (ol.) – Die Deutsche Bank hat in Straßburg ein Büro eröffnet, das den rund 500 Tochtergesellschaften des Unternehmens im Raum Elsaß/Lothringen ihren Service im Finanzkredit- und Auslandsverkehr anbietet.

Wolff stärkt Sanitärbereich

Düsseldorf (Py.) – Die Otto Wolff Handelsgesellschaft mbH, Köln, hat jetzt die gesamten Anteile von 10 Mill. DM Stammkapital der Zimmer und Kellermann GmbH, Düsseldorf, erworben. Die Otto Wolff-Gruppe hat die im Heizungs- und Sanitärbereich tätige Gesellschaft (Umsatz 1985: rund 65 Mill. DM und 200 Beschäftigte) mit dem Ziel übernommen, die eigene Marktposition im Heizungs- und Sanitärbereich zu verbessern. Die Wolff-Gruppe setzt in dieser Branche reichlich 100 Mill. DM um.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnberg: Nachl. d. Antonius Siebert, Elektromechaniker; Beckum: Magdalena Linnemann, Oelde; Bensenbrück: Friedrich Felker, Rundfunk- u. Fernsehkaufmann; Anklam: Bielefeld: Geb. Kämpfermann GmbH & Co. KG; Bismarck: Winfried Grimm, Kaufm.; Tettnang: Esser: Wilhelm Bauer, Kaufm.; Freudenstadt: IGV Industrie-Gesellschaft Vertrieb Rudi Gumbelberg KG; Hoya: Gieseler: Curt K.H. Timm, Hotelbesitzer; Hahnenklee: Kempster: Nachl. d. Maximilian Höfchenberger, Diätmarke; Lach: Wiggles: Büromöbelwerk F. Thiele, Speyer; Weidert: Edel: Slope-Ex GmbH & Co. KG; Brunsbüttel: Rudolf Richard Heinrich Schaefer, Kaufm.; Wöhndorf: Messelmann: Franz Zabransky, Legau; Recklinghausen: Gebel: Woyke GmbH; Eutenberg: VEB Vischöfder Handwerksbetriebe; Bielefeld: m.H. Vischöfder: Ustas: gress: hassa: Bau-Vertriebs- u. Verwaltungsges. mbH; Agentur für Baubereit: u. Baubürgerbetreuung (AFB) GmbH, Neu-Anspach; Weilheim: Nachl. d. Eufriede Maria Amalia Wiggles, Garmisch; Weidert: K + e: Cee: indv. Bau- u. Bauleistungs mbH; Wilhelmshaven: Winfried Fiss, Gastwirt; Wuppertal: Gabriele Diehle geb. Detmer, Schweinf.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Bremen: OBG 1. Neptun-Werft Theodor Barthele & Co.; Bergwedel: Klaus Peters Baumann, Krefeld; Wedemark: Heilbronn: DWS-Drahtwaren Simon GmbH, Murr; Köln: Kasträ Tiefbau GmbH.

High-Tech-Boom in Norwegen

ESA-Beitritt 1987 – Norsk Data verdoppelt das Ergebnis

HANNO WIEDENHAUS, Oslo
Die Eröffnung eines National Space Centre und die Verdopplung des Budgets für Weltraumforschung werden den norwegischen Unternehmen weiteren Auftrieb in ihren Bemühungen um einen kräftigen Ausbau der High-Tech-Industrie geben. Dies erklärte die Staatssekretärin für Industrie, Karl Blegen, deutschen Journalisten in Oslo. Diese Maßnahmen stünden insbesondere in Zusammenhang mit Norwegens Einstieg in die European Space Agency (ESA).

Gelt es bisher als Selbstverständlichkeit, daß die zukunftsweisende Raumfahrtindustrie auf alle Zeiten eine Domäne der USA bleiben würde, so hat die tragische Explosion der Challenger-Weltraumfähre die Situation über Nacht verändert. Die Mitglieder der ESA, unter ihnen ab 1987 auch die Norweger, besitzen mit der Ariane 5, dem Raumgleiter Hermes und dem Columbus-Raumlabor ehrgeizige und konkurrenzfähige Projekte, die auch in Norwegen einen Boom im Bereich der „Hochtechnologie“ auslösen werden.

Entscheidend für den Erfolg im

Weltraum sei aber vor allem die Beherrschung der Computer-Industrie. Und gerade auf diesem Gebiet haben norwegische Unternehmen außergewöhnlich gute Erfolge erzielt. Die Halbjahresergebnisse von Norsk Data, dem hier führenden Unternehmen, und der Tandberg Data, wichtiger Lieferant von Bildschirmen und Magnetbandspeichern (Streamern), machen dies deutlich.

So konnte Norsk Data das Ergebnis der letzten Jahre kontinuierlich verdoppeln. Im ersten Halbjahr 1986 wuchs der Umsatz um 40 Prozent auf ungeachtet rund 316 Mill. DM, der Gewinn sogar um 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich um 900 auf 3311 Personen. Auch der Auftragseingang konnte erheblich gesteigert werden. Aus der Bundesrepublik gingen mehr als doppelt so viele Aufträge im Vorjahr ein. Für das zweite Halbjahr rechnet man mit noch besseren Ergebnissen. Die Aktien des Computerherstellers werden in New York, London, Frankfurt und Hamburg gehandelt.

FINANZANZEIGE

Thüga Aktiengesellschaft München

– Wertpapier-Kenn-Nr. 748 100 –
Bezugsangebot

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 4. Juli 1986 hat u. a. beschlossen, das Grundkapital von 120 000 000,- DM um 30 000 000,- DM auf 150 000 000,- DM durch die Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien im Nennbetrag von 50,- DM zu erhöhen. Die neuen Aktien sind mit einem Viertel Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 ausgestattet.

Ein Bankenkonsortium unter Federführung der Bayerischen Landesbank Girozentrale und Mitführung der Deutschen Bank AG hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären unserer Gesellschaft im Verhältnis 4:1 zum Preis von 100,- DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM zum Bezug anzubieten.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 4. Juli 1986 hat ferner beschlossen, den Namen der Gesellschaft in „Thüga Aktiengesellschaft“ zu ändern und das Grundkapital neu einzuteilen.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung und die Durchführung der Kapitalerhöhung sind in das Handelsregister beim Amtsgericht München eingetragen worden.

Wir bitten hiermit unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 17. September bis 1. Oktober 1986 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 43 bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Bezugsstellen sind die Niederlassungen der nachstehend genannten Banken – soweit vertreten – in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln und Saarbrücken:

Bayerische Landesbank Girozentrale
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus Maffei & Co. GmbH
Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhart KGaA
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Auf je 4 alte Aktien im Nennbetrag von je 50,- DM kann eine neue Aktie im Nennbetrag von 50,- DM zum Preis von 100,- DM börsennotizfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist bei der Ausübung des Bezugsrechts, spätestens jedoch am 1. Oktober 1986, zu zahlen. Für den Bezug wird die übliche Provision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er unter Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 43 durch die Bezugsstelle während der üblichen Schalterstunden an den Schalter einer Bezugsstelle vorgenommen wird und ein weiterer Schrittwechsel damit verbunden ist.

Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien wird vom 17. September 1986 einschließlich an den Wertpapierbörsen in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und Hannover gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Die neuen, auf Thüga Aktiengesellschaft lautenden Aktien – Wertpapier-Kenn-Nr. 748 101 – stehen in Urkunden über 1 Aktie (50,- DM) sowie in Sammelurkunden über 10 Aktien (500,- DM) und über 50 Aktien (2500,- DM) zur Verfügung; sie sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1 bis 20 und Erneuerungsscheinen ausgestattet; der Gewinnanteilschein Nr. 1 trägt den roten Aufdruck „A“.

Bis zur Auslieferung von Einzelurkunden sind die neuen Aktien in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Bayerischen Wertpapiersammelbank AG, München, hinterlegt ist. Der Druck der neuen Aktien ist eingeleitet. Bis zum Austausch der Globalurkunde – voraussichtlich Mitte November 1986 – können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die neuen Aktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und Hannover zugelassen. Der Handel und die amtliche Notierung der neuen Aktien werden voraussichtlich am 6. Oktober 1986 aufgenommen.

Der wegen der Namensänderung und der Neueinteilung des Grundkapitals erforderliche Aktienumtausch ist für Mitte November 1986 vorgesehen und wird rechtzeitig in den Gesellschaftsblättern bekanntgemacht.

München, im September 1986

Der Vorstand



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
STÄDTBAULICHER IDEENWETTBEWERB

NEUMÜHLEN

Die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Baubehörde – Landesplanungsamt – schreibt einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für das 21 ha große Gebiet Neumühlen (Bezirk Altona) aus.

WETTBEWERBSAUFGABE

Neumühlen liegt am nördlichen Elbufer in Altona und ist geprägt durch den grünen Geesthang, das alte Lotsendorf Ovelgönne – Neumühlen und durch Relikte früherer Hafenanlagen wie Speicher, Kühl- und Lagerschuppen, alte Gleisanlagen.

Umstrukturierungsprozesse im Hafengewerbe mit neuen Formen von Produktion, Umschlag und Lagerung und damit verbundene Anforderungen an Flächen und Infrastruktur führten dazu, daß auf dem schmalen Uferaum vor dem Geesthang die alten Hafennutzungen verschwanden und neue keinen Platz fanden. Heute sind instabile, heterogene Folgenutzungen vorzufinden, die zum großen Teil nicht mehr auf diesen Standort und die Wasserbelegenheit angewiesen sind.

Der von seiner Lage und Topografie her exponierte Elbuferbereich soll für attraktive und zukunftsorientierte Nutzungen erschlossen werden. Es soll ein Bauland- und Freiraumkonzept entwickelt werden, das diesen Anforderungen gerecht wird sowie Bezüge und Verknüpfungen zu den benachbarten Quartieren und Grünflächen herstellt. Das Wettbewerbsergebnis soll Grundlage für die Aufstellung eines gesetzlichen Baulandplans werden, der das geltende Planrecht den heutigen Entwicklungszielen nicht mehr entspricht.

TEILNEHMER

An dem Wettbewerb können sich freischaffende, beamtete, angestellte Stadtplaner und Architekten beteiligen. Landschaftsplaner können sich in Arbeitsgemeinschaft mit Architekten und Stadtplanern beteiligen. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen der Fachrichtung Hochbau, Architektur, Städtebau und Landschaftsbau. Die Teilnehmer müssen ihren Hauptgeschäftssitz seit dem 1. 1. 1986 in Bremen, Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Hamburg haben, bzw. dort ihre Lehrtätigkeit ausüben. Hauptsitz ist der Geschäftssitz, in dem die Oberleitung erfolgt. Zusätzlich eingeladen sind die am 11. Hamburger Bauforum 1985 beteiligten Architekten, Planer und Absolventen.

FACHPREISRICHTER

Prof. Hanns Adrian, Stadtbaurat, Hannover
Theo Bosch, Architekt, Amsterdam
Prof. Holger Haag, Landschaftsplaner, Hannover
Günther Wilkens, Architekt, Hamburg
Jürgen Sawade, Architekt, Berlin
Prof. Egbert Kossak, Oberbaudirektor, Hamburg
Rainer Blaisch, Baumskulptur, Bezirksamt Hamburg-Altona

PREISE UND ANKÄUFE

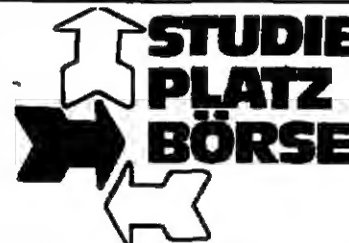
1. Preis	21 000,- DM
2. Preis	16 500,- DM
3. Preis	12 500,- DM
4. Preis	10 000,- DM
5. Preis	7 000,- DM
Ankäufe	15 000,- DM

WETTBEWERBSUNTERLAGEN

Die Unterlagen können ab 17. September 1986 montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 15.00 Uhr in der Baubehörde, Landesplanungsamt – LP 401 –, Stadthausbrücke 8, 2000 Hamburg 36, 5. Stock, Zt. 525 abgeholt oder angefordert werden.

TERMINE

Rückfragenkolloquium	20. Oktober 1986
Abgabe der Wettbewerbsarbeiten	12. November 1986
Preisgericht	voraussichtlich Ende Januar 1987



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschdrücke entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Tauschaktion für das WS 1986/87			
Rechtswissenschaften		Pharmazie	
von	nach	von	nach
1 Augsburg	Bochum	1 Heidelberg	Bonn
2 Augsburg	Hannover	2 Heidelberg	Düsseldorf
3 Augsburg	Köln		
4 Augsburg	Münster		
5 Augsburg	Tübingen		
6 Bielefeld	Bonn		
7 Bielefeld	Köln		
8 Bielefeld	Münster		
9 Bonn	Hamburg		
10 Berlin	Kiel		
11 Berlin	München		
12 Bayreuth	Freiburg		
13 Bayreuth	Münster		
14 Bayreuth	Tübingen		
15 Gießen	Bonn		
16 Gießen	Bochum		
17 Gießen	Frankfurt		
18 Gießen	Köln		
19 Gießen	Münster		
20 Gießen	München		
21 Gießen	Trier		
22 Gießen	Tübingen		
23 Göttingen	Freiburg		
24 Göttingen	Heidelberg		
25 Heidelberg	Bochum		
26 Köln	Bonn		
27 Köln	Hamburg		
28 Konstanz	Freiburg		
29 Konstanz	Heidelberg		
30 Konstanz	Mannheim		
31 Konstanz	München		
32 Konstanz	Trier		
33 Konstanz	Tübingen		
34 Mannheim	Hamburg		
35 Marburg	Bonn		
36 Marburg	Bochum		
37 Marburg	Frankfurt		
38 Marburg	Freiburg		
39 Marburg	Hamburg		
40 Marburg	Köln		
41 Marburg	Münster		
42 Münster	Bonn		
43 München	Bonn		
44 Mainz	Bonn		
45 Mainz	Frankfurt		
46 Mainz	Köln		
47 Osnabrück	Hamburg		
48 Passau	Bonn		
49 Passau	Freiburg		
50 Passau	Bremen		
51 Passau	Hamburg		
52 Passau	Köln		
53 Regensburg	Augsburg		
54 Regensburg	Hamburg		
55 Regensburg	Kiel		
56 Regensburg	Tübingen		
57 Saarbrücken	Bonn		
58 Saarbrücken	Köln		
59 Saarbrücken	Münster		
60 Trier	Bonn		
61 Trier	Bochum		
62 Trier	Köln		
63 Trier	Münster		
64 Würzburg	Bonn		
65 Würzburg	Freiburg		
66 Würzburg	Hannover		
67 Würzburg	Heidelberg		
68 Würzburg	München		

Conables Ziel ist eine Weltbank, die bei Hilferufen schneller antwortet

DW, Washington
Die Weltbank, der 150 Nationen als Aktionäre angehören, und ihre Tochtergesellschaften International Development Association und International Finance Corporation scheinen in guten Händen. Der neue Präsident Barber B. Conable, 63, der am 1. Juli A. W. Clausen ablöst, bekommt den riesigen Apparat mit 8000 Angestellten und Kreditzusagen über 17 Milliarden Dollar im letzten Geschäftsjahr langsam in den Griff. Seine Philosophie verdient Beifall: Freier Markt, falls möglich, weiter liberalisierter Welthandel, Bekämpfung der Schuldenkrise durch weitreichende Reformprogramme, keinen Schuldenerlaß und keine Zinsverbilligung, weil die Entwicklungsländer letztlich die Verlierer sind, da ihnen keine Privatbank mehr Geld leihen würde.

Welche Aufgaben sich der ehemalige republikanische Abgeordnete im US-Kongress gestellt hat, diskutierte er in einem Interview mit der WELT, der Financial Times und dem Press Trust of India. Es war Conables erster Versuch, in Deutschland, Großbritannien und Indien bekannt zu werden. Die Fragen für die WELT stellte Horst-Alexander Siebert.

Frage: Nach fast zehn Wochen im Amt als 7. Präsident der Weltbank - welche Rolle soll in dieser kritischen Zeit die multilaterale Institution unter Ihrer Leitung spielen? Was wird sich ändern?

Conable: Kein Zweifel, mit den Umständen verändert sich auch die Weltbank. So ergibt es allen Organisationen. Regierungen müssen wir stärker auf die Erwartungen der Menschen. Das heißt, mehr Kredite für wirtschaftliche Anpassungsprogramme, wenn auch die Projektfinanzierung unsere Hauptaufgabe bleibt. Aber strukturelle Veränderungen brauchen Zeit. Mein Ziel ist eine Weltbank, die schneller antwortet, wenn um Hilfe gerufen wird.

Frage: Sie fangen bei der Spitze an...

Conable: Nicht mehr geben wird es das Management-Komitee, das bisher die Politik der Weltbank bestimmte. Ich strebe eine größere Verantwortlichkeit auf allen Ebenen an - sogenannte konsensuale Entscheidungsprozesse, wobei der Präsident jedoch das letzte Wort hat, vor allem, wenn es ums Geld geht.

Frage: Schuldenkrise, Hungersnot in Afrika. Befindet sich die Weltbank nicht in einer ähnlichen Situation wie nach 1945, als Europa wiederaufgebaut werden mußte? Die Aufgabe ist gigantisch, und die Frage ist, ob sie stark genug ist, einen Wechsel herbeizuführen.

Conable: Allein können wir es nicht schaffen. Aber es stehen ja auch die Ressourcen der anderen Organisationen, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, zur Verfügung. An Bedeutung gewinnt die Koordinierung aller verfügbaren Mittel durch die Weltbank. Die Schuldenkrise erschwert unsere Arbeit, verändert jedoch die Natur unseres Auftrages nicht. Worauf es ankommt, ist die wirtschaftliche Entwicklung.

Frage: Wahr ist, daß vor 40 Jahren der Wiederaufbau Westeuropas letztlich durch den Marshallplan finanziert wurde. Eher stimmt der Vergleich mit Ludwig Erhards Strategie des freien Marktes, die Westdeutschland aus den Trümmern half. Wäre das der richtige Weg für die Dritte Welt?

Conable: Ohne Wirtschaftswachstum ist Entwicklung nicht möglich. Nur so können die Schulden bedient und die Armut zurückgedrängt werden. Die Marktkräfte sind zweifellos der dominierende Wachstumsfaktor und deshalb zu unterstützen. Aber es kommt auf das jeweilige Land an, dessen Wirtschafts- und politische Ordnung wir respektieren müssen. Aber in jedem Fall macht es keinen Sinn, Probleme mit Geld zuzudecken.

Frage: Zurück zu Ihrem Führungskonzept. Durch was wird das Management-Komitee ersetzt?

Conable: Es handelt sich, wie gesagt, um eine neue Entscheidungstechnik durch Konsens. Das stellt auch die Geberländer zufrieden, die häufig Kritik an unserer Darlehenspolitik geübt haben und ohne deren Unterstützung eine Institution wie die Weltbank nicht überleben kann.

Frage: Ist es bis zur Jahresabgrenzung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds Ende dieses Monats in Washington zu schaffen?

Conable: Ich bin optimistisch, und gesprochen wird über 11,5 Milliarden Dollar - ein Betrag, der auf der Zusage der USA basiert, in der dreijährigen Wiederauffüllungsperiode nahezu 2,9 Milliarden Dollar oder 25 Prozent beizusteuern. Es besteht aber die berechnete Hoffnung, daß Japan, die Vereinigten Staaten und andere Länder zusätzliche Mittel freizumachen.

Frage: Wie dringend ist die Aufstockung des Weltbank-Kapitals?

Conable: Die Vereinbarung sollte 1987 unter Dach und Fach sein; gerungen wird auch noch um den Umfang - vielleicht 50 Milliarden Dollar. Aber die Spanne reicht von 40 bis 80 Milliarden Dollar. Die endgültige Höhe hängt vom Bedarf ab, und, von Mexiko abgesehen, kommt eine Menge auf uns zu. Ohne ihre Tochtergesellschaften rechnet die Weltbank im am 1. Juli begonnenen Geschäftsjahr 1987 mit neuen Kreditzusagen zwischen 13,5 und 17 Milliarden Dollar.

Frage: Der Baker-Plan, der Anpassungen für reformwillige Schuldnerländer vorsieht, hat Konkurrenz bekommen. So schlug der demokratische US-Senator Bradley, ein mutmaßlicher Präsidentschaftskandidat, für 1988, einen generellen Schuldenerlaß sowie eine Zinsverbilligung um jeweils drei Prozent vor. Was spricht gegen solche Geschenke?

Conable: Daß die Schuldnerländer letztlich die Verlierer sind, da ihnen privat niemand mehr Geld leiht. Ohne freiwillige Darlehen, sprich das private Bankensystem, läßt sich wirtschaftliche Entwicklung nicht fortsetzen. Die multilateralen Geldgeber wie die Weltbank können keinesfalls den gewaltigen Kapitalbedarf der Dritten Welt allein decken. Abgesehen davon, daß sich in einer Art „Weltkonferenz“ ein fiktiver Schuldenerlaß kaum verhandeln läßt, verschlechtert sich dramatisch das Arbeitsfeld der Geschäftsbanken.

Frage: Haben Sie von Leuten gehört, die den Bradley-Plan unterstützen?

Conable: Der Vorschlag darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden; Bill Bradley ist ein angesehener Senator der USA. Es gibt auch andere in der Welt, die einen Schuldenerlaß fordern. Aber viele Leute übersehen die Konsequenzen. Ich bin sehr skeptisch, daß so etwas langfristig im Interesse der Dritten Welt ist. Wir leben in einer Zeit, in der die privaten Banken ohnehin mit neuen Ausleihungen an die Entwicklungsländer zögern.

„Ohne freiwillige Darlehen, sprich das private Bankensystem, läßt sich wirtschaftliche Entwicklung nicht fortsetzen.“

Frage: Sind sie im ersten Quartal 1986 nicht geschrumpft?

Conable: Daraus läßt sich noch kein Trend ablesen. Es sieht nach Beispiel so aus, daß die Geschäftsbanken einen größeren Betrag für Mexiko leisten, das den Institutionen bereits Riesensummen schuldet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Banken dann willig sind, wenn die Weltbank an den Kreditpaketen in größerem Umfang beteiligt ist und sich die Auszahlungen über einen längeren Zeitraum erstrecken. Im Falle Mexikos sind wir 1986 mit 1,9 und 1987 mit 1,5 Milliarden Dollar im Wort.

Frage: Wünschen die Geschäftsbanken auch eine Verzahnung zwischen der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und auf welche Weise?

Conable: Man geht von der Annahme aus, daß zwischen der Weltbank und dem IWF ein Zwang zur Kooperation besteht, um Stabilisierung und Wachstum zu erreichen. Wachstum ist ohne Stabilisierung nicht möglich. Aber ohne Wachstum wechseln Krise und Austerität einander ab, und nicht realisierbar ist eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung. Ohne den Schluß der beiden Organisationen würden die Banken die Wirksamkeit

eines Kreditpakets sehr skeptisch beurteilen. Der IWF gewährt übrigens Mexiko einen Bereitschaftskredit in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar, ziehbar über 18 Monate.

Frage: Genauer: In welchem Umfang macht die Weltbank ihre Auszahlungen von der Kreditvergabe der Privatbanken und des IWF abhängig?

Conable: Besser umgekehrt. Aber es besteht ein „Link“. Die Anpassungskredite, mit wirtschaftspolitischen Auflagen versehen, müssen in jedem Fall verknüpft werden.

Frage: Sie sind der erste Präsident der Weltbank, der an einer Ministerratsitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) teilnimmt. Was werden Sie den Handelsministern, die sich Montag für fünf Tage im uruguayischen Punta del Este versammeln, sagen?

Conable: Daß Außenhandel eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum ist. Das gilt vor allem für die Dritte Welt, die erhebliche Einbußen hat hinnehmen müssen. Auf diesem Gebiet habe ich große Erfahrungen im Kongress als Abgeordneter gesammelt. Solange an einer Verbesserung des Welthandels gearbeitet wird, hat der Protektionismus kaum eine Chance. Geschichte jedoch nichts, bricht die Lawne los. Ich bin froh, daß eine neue Liberalisierungsrunde zur Diskussion steht.

Frage: Wieso ist die Weltbank betroffen?

Conable: Besorgt bin ich darüber, daß wir den Entwicklungsländern Freihandel verordnen, die Industriestaaten aber ihre Märkte

dichtmachen. Mexiko haben wir im Rahmen der wirtschaftlichen Anpassung eine erhebliche Handelsliberalisierung abgerufen...

Frage: Was erhoffen Sie sich von Punta del Este?

Conable: Ich wünsche mir, daß sich die Minister auf eine Agenda einigen und die Runde im Januar beginnt. Die höchste Barriere stellt die Landwirtschaft dar; die Verzerrungen sind enorm und nicht mehr zu bezahlen.

Frage: Für wie gefährlich schätzen Sie den protektionistischen Druck im Kongress ein, wenn man in Uruguay zu keinem konkreten Ergebnis kommt?

Conable: Er nimmt mit Sicherheit zu. Frage: Es sieht so aus, als liege der Baker-Plan auf Eis. Man wartet darauf, daß Mexiko ein Erfolg wird...

Conable: Eine Erholung in Mexiko wird andere Länder ermuntern, ähnliche Anpassungsschritte einzuleiten, darunter auch Argentinien. Aber viele verschuldete Staaten können sich auch selbst helfen, indem sie andere Instrumente wie die Investitionsversicherung (MIGA) der Weltbank nutzen. Wirtschaftswachstum führt zu neuem Kapitalimport usw. Häufig genügt der Mut zur Selbsthilfe.

Frage: Welche künftige Bedeutung messen Sie der Unterstützung von Reformprogrammen bei, dem sogenannten Policy Base Lending, im Gegensatz zur Projektfinanzierung? Ihr Anteil, so scheint es, wird immer größer.

Conable: Reformprogramme nehmen zu, aber auf erratische Weise. Es gibt Länder, in denen sie nicht anwendbar sind. Entweder lehnen die Politiker wirtschaftspolitische Auflagen ab oder sie haben bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Frage: Die Weltbank ist ein wichtiger Emittent von Anleihen auf dem deutschen Kapitalmarkt. Die deutschen Investoren würden gern wissen, welche Auswirkungen die wirtschaftspolitischen Konditionen auf die von ihnen gelebte Institution haben.

Conable: Es ginge auf Kosten der Qualität unserer Darlehen, wenn wir uns in einigen Fällen nicht zu konditionierten Reformprogrammen entschließen würden. Zu berücksichtigen ist jedoch dies: Unsere Konditionalität unterscheidet sich stark von der des Währungsfonds. Dessen Aufgaben zielen auf Preise, Korrektur der Zahlungsbilanzen und fiskalische Probleme, um eine Stabilisierung zu erzwingen. Wir geben dagegen Anreize und zielen auf Wirtschaftswachstum. Ich glaube deshalb nicht, daß die Weltbank jemals so unter Beschuß geraten wird wie der IWF. Außerordentlich erfolgreich sind die Reformprogramme in Afrika, die aus der Afrika-Fazilität finanziert werden. Die Politiker dort lernen schnell.

Frage: Warum hat die Weltbank, die im Geschäftsjahr 1986 mehr als 1,2 Milliarden Dollar (plus neun Prozent) verdiente, nie eine Dividende gezahlt? Das würde doch von den Kapitalmärkten mit Beifall aufgenommen und wäre vielleicht auch aus psychologischen Gründen eine gute Idee...

Conable: Unsere Aufgabe ist es nicht, Gewinne zu erzielen und Dividenden zu zahlen. Das Geld fließt in die wirtschaftliche Entwicklung.

Bertelsmann übernimmt RCA/Ariola

Der Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann wird von General Electric (GE) die Musikaktivitäten der RCA, einer Tochter von GE, übernehmen. Nach Angaben von Bertelsmann soll der Vertrag vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsräte und der Klärung kartellrechtlicher Fragen noch Ende dieses Jahres wirksam werden. Neben dem Musikbereich übernimmt Bertelsmann von RCA auch einen Schallplattenclub mit zwei Millionen Mitgliedern und eine Produktionsfirma für Musik-Video-Filme.

Zum Kaufpreis will sich Bertelsmann nicht äußern. Aus amerikanischen Quellen indes verlautet, ein Betrag von 300 Mill. Dollar sei realistisch. Bertelsmann-Vorstandschef Mark Wosner sieht mit der Übernahme ein „langfristiges strategisches Ziel erreicht“. Die Wettbewerbsposition im heiß umkämpften internationalen Musikmarkt sei entscheidend gestärkt worden. Auch für die Zukunft des gesamten Unternehmens sei der RCA-Erwerb eine wichtige Entscheidung.

Mit RCA arbeitet Bertelsmann bereits seit geraumer Zeit zusammen. Vor drei Jahren kam es zu einem Joint-venture, als sich RCA mit 50 Prozent an der mit hohen Verlusten arbeitenden amerikanischen Bertelsmann-Tochter Ariola beteiligte. Im August 1985 brachte RCA seinen gesamten Musikbereich in die RCA-Ariola International ein (Beteiligungsverhältnis: 75 Prozent RCA, 25 Prozent Bertelsmann).

Der Unternehmensbereich Musik-Video der Bertelsmann AG wies zuletzt einen Umsatz von 531 Mill. DM aus. Nach der Einbeziehung von RCA wird das Umsatzvolumen des weltweiten Musikgeschäfts von Bertelsmann bei 2 Mrd. DM liegen. RCA-Ariola ist mit Schallplattenfirmen, Musikverlagen und Musik-Video-Geschäften in 13 Ländern präsent.

Kfz-Gewerbe will investieren

Mit „mehr Werkstattqualität“ die Erfolge sichern

INGEADHAM, Frankfurt
Insgesamt 1921 Unternehmen aus 37 Ländern zeigen vom 9. bis 14. September auf der Automechanika in Frankfurt was es Neues gibt für die Kfz-Werkstätten und Tankstellen, wobei die Entwicklung bei Autoersatzteilen und Zubehör geht. Die Investitionsneigung des deutschen Kfz-Gewerbes wird hoch eingeschätzt, denn die Werkstätten sind zur Zeit gut ausgelastet.

Mit „mehr Werkstattqualität“, so erklärte Fritz Haber, der Präsident des Zentralverbandes des Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK), jetzt in Frankfurt, werden die Werkstätten sich auch in Zukunft erfolgreich von Do-it-yourself und Schwarzarbeit abheben und ihren Platz behaupten, obwohl Wartungsfähigkeit und Reparaturanfähigkeit der Autos weiter sinken werden.

Bereits im vergangenen Jahr ist es den Werkstätten offenbar gelungen, zunächst an die „Selbsterbauer“ verlorenen Boden wiederzugewinnen, das geht aus dem neuesten Kundendienstreport der DAT Deutsche Automobil Treuhand, Stuttgart, hervor. Wurden 1984 noch 30 Prozent aller Arbeiten am Auto selbst oder mit Hilfe von Bekannten - dahinter verbirgt sich oft die vielgeschmähte Schwarzarbeit - erledigt, waren es im vergangenen Jahr nur noch 19 Prozent.

Weniger Eigenarbeit

Boden verloren hat dabei vor allem die Eigenarbeit, deren Anteil von 20 auf 11 Prozent zurückgefallen ist. Nach wie vor gilt freilich nach Beobachtungen der DAT, daß besonders an den „ganz alten Schlittern“ (über acht Jahre) selbst gearbeitet wird und daß es vor allem junge Leute sind, die das Budget und Autowunsch in Einklang bringen wollen. Ihre Ersatzteile laufen die Heimwerker freilich zu fast einem Drittel in einer Vertragswerkstatt oder einem sonstigen Kfz-Meisterbetrieb, Kundenkontakte, die

die Werkstätten gezielter nutzen sollten als bisher, meint DAT.

Insgesamt holten sich die rund 41 000 Kfz-Werkstätten im vergangenen Jahr einen Anteil von 70 (i.V. 61) Prozent an den Wartungs- und Reparaturarbeiten. Dabei ist nach den Erhebungen der DAT die Zahl der verschleißbedingten Reparaturarbeiten weiter gesunken - die Fahrzeuge werden langlebiger.

Dagegen schicken die Kunden ihren Pkw oder Kombiwagen häufiger zur Wartung in die Werkstatt: Es wird etwas mehr als in früheren Jahren zum Wertschöpfen der Fahrzeuge getan. Durchschnittlich wurden 370 (340) DM pro Pkw und Jahr für Wartungsarbeiten ausgegeben, die Reparaturrechnungen mit 580 (640) DM zu Buch.

Markt für „Gebrauchte“

Die besser gepflegten Autos finden auch als „Gebrauchte“ einen guten Markt. Von geradezu boomartigen Zügen im Gebrauchtwagengeschäft sprechen die Schwacke-Marktbeobachter. Erst in diesem Monat sei es zu einer leichten Beruhigung gekommen, mit teils erheblichen Preisschlägen vor allem in der Oberklasse. Auffällig sei vor allem ein deutlicher Trend zum hochwertigen Gebrauchtwagen mit guter Ausstattung. Insgesamt dürften nach Schwacke in diesem Jahr fast 6 Mill. gebrauchte Pkw/Kombi den Besitzer wechseln und damit nochmals deutlich mehr als im bisherigen „Rekordjahr“ 1985.

Grundsätzlich rechnet Schwacke mit einem weiterhin lebhaften Gebrauchtwagenmarkt, da sich allein schon aus den geburtenstarken Jahrgängen 1961 bis 1967 ein starkes Gebrauchtwagen-Käuferpotential ergibt. Die Markenbändler, die aufgrund des scharfen Wettbewerbs jährlich rund ein Fünftel ihrer Stammkunden verlieren, seien also gut beraten, wenn sie sich darauf einrichten, das Gebrauchtwagen-Geschäft professionell zu betreiben.

„Struktur der Genossenschaft umstellen“

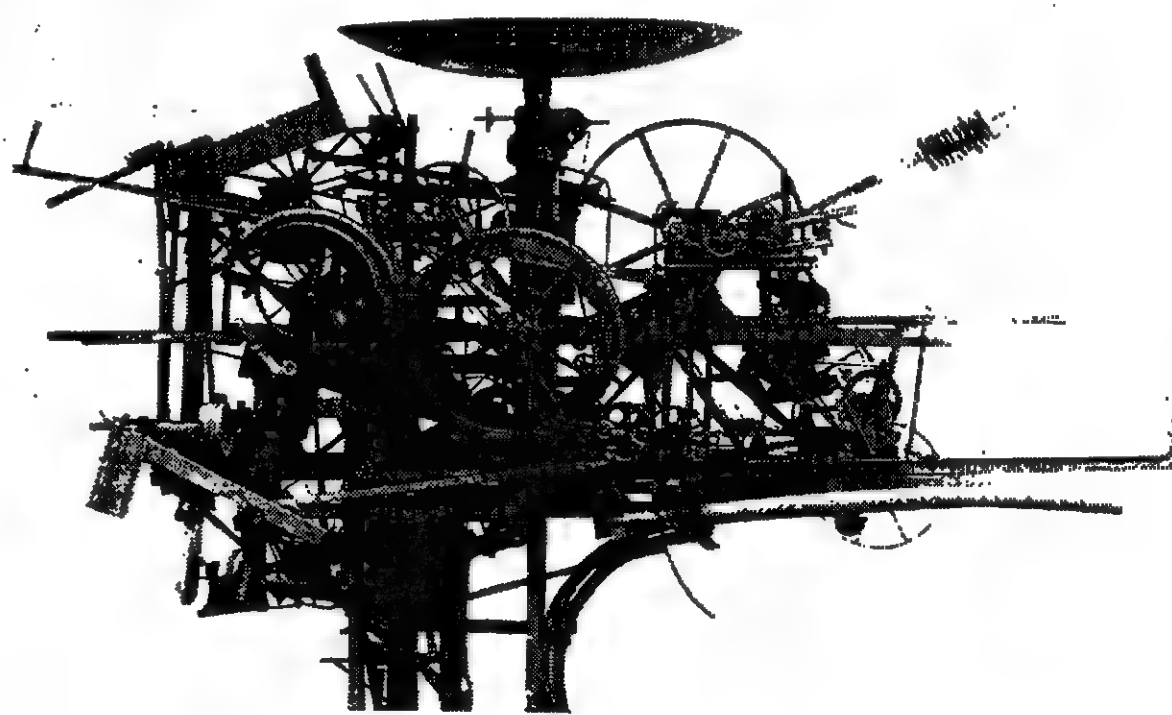
HL, Bonn

Die agrarpolitische Landschaft, in der die Raiffeisen-Genossenschaften für ihre 3,9 Millionen Mitglieder tätig sind, ist im Umbruch begriffen. Darauf wies der Präsident des Verbandes, Willi Croll, anlässlich des Raiffeisentages 1986 hin, der vom 10. bis 12. September in Karlsruhe stattfindet. Steigende Überschüsse bei immer mehr Produkten kennzeichneten die Situation. Und alles lasse darauf schließen, daß die Ungleichgewichte an den Märkten eher größer als kleiner würden. Der daraus entstehende Zwang, die landwirtschaftlichen Produktionsmengen zurückzuführen, bedeute für die Genossenschaften auch, daß nicht nur die Produktionsmengen, die künftig in die Märkte gehen, kleiner werden, sondern gleichzeitig der Bedarf an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zurückgehe. Bei den Genossenschaften entfallen aber bereits über 30 Mrd. DM vom Jahresumsatz (1985 waren es 81 Mrd. DM) auf das Betriebsmittelgeschäft.

Die Raiffeisen-Genossenschaften müßten sich deshalb umstellen, erklärte Croll, und „ihre Struktur so schnell wie möglich den veränderten Bedingungen anpassen“. Für den Verbandspräsidenten heißt dies, wie er gestern in Bonn weiter ausführte, einstellen auf geringere Mengen im klassischen Warenumsatz. Zudem müßte seine Organisation mehr auf die Vermarktung alternativer Produkte zurückgreifen, die auf Dauer auch ohne Brüsseler Zuschüsse für die Landwirtschaft rentabel sein könnten.

Diese tiefgreifenden Veränderungen gingen innerhalb der Landwirtschaft aber nicht ohne Betriebsstillegungen ab, ist Croll sicher. Dabei spiele das umgehende Wort von „mehr Größe“ gar keine Rolle. Man müsse sich daran gewöhnen, nicht von großen oder kleinen Unternehmen zu reden, sondern von leistungsfähigen und nicht leistungsfähigen Betrieben.

Was die Kunst uns lehrt



Für Jean Tinguely ist es unwichtig, wie rentabel Ihr Maschinenpark arbeitet. Bei ihm wird auch aus Schrott noch Kunst und längst hat er die Gefilde des technischen Fortschritts hinter sich gelassen. Wenn Ihre Maschinen aber nur noch Tinguely interessieren, stimmt etwas nicht mit Ihrer Investitionspolitik.

Jeder weiß heute: Nur mit Flexibilität, konsequenter Rationalisierung und innovativen Produkten bleibt man wettbewerbsfähig. Aber wer die neuen Technologien kennt, weiß auch, was sie kosten, und oft sind Maschinen veraltet, bevor sie sich bezahlt gemacht haben. Leasing ist da eine lohnenswerte Alternative. Mit der Deutschen Leasing AG gewinnen Sie Unabhängigkeit vom Technologie-

wandel und einen kompetenten Partner, der für Ihr Unternehmen die beste Investitions- und Finanzierungsstrategie bereithält. Jean Tinguely lernen Sie am besten durch seinen Galeristen kennen, die Deutsche Leasing AG aber können Sie direkt erreichen: Rufen Sie uns an.

Deutsche Leasing AG
Hauptstadt Straße 4-12
Frankfurt am Main
Tel. 069/152 91

Discounter
Tel. 021/13 08 80
Köln
Tel. 021/82 40 51
Frankfurt am Main
Tel. 069/4 66 40 71

Conditoren
Tel. 040/20 16 01
Hamburg
Tel. 042/23 20 87
Hannover
Tel. 0511/34 58 14
München
Tel. 089/5 02 70 61

Deutsche Auto-Leasing GmbH
Tel. 061 72/40 31
Deutsche Objekt-Leasing GmbH
Tel. 069/152 93 85
DIF Bank Deutsche Investitions Finanz GmbH
Tel. 069/152 94 43
LBS Leasinggesellschaft der Sparkassen GmbH
Tel. 061 72/121 40

Der erfahrene Investitionspartner



Deutsche Leasing AG

Viag stockt für 1986 Dividende auf

Fv. Düsseldorf

Die seit der Jahresmitte mit 40 Prozent des 580 Mill. DM Grundkapitals teilprivatisierte und an den Börsen notierte Bundes-Konzernholding Viag AG, Bonn/Berlin, kündigt nach Ertragsverbesserungen im ersten Halbjahr und insgesamt günstigen Einschätzungen für die zweite Jahreshälfte eine Erhöhung der Dividende (1985: 5 DM je 50-DM-Aktie) für 1986 an. Darüber hinaus wird in einem Zwischenbericht des Konzerns von einer weiteren Dotierung der Rücklagen gesprochen. In den drei Unternehmensbereichen Energie, Aluminium und Chemie blieb die Ertragsentwicklung zufriedenstellend.

Im Konzern wurde ein um 20 Mill. DM höheres Ergebnis erzielt als im Vorjahreszeitraum. Im zweiten Halbjahr wird dagegen nur ein vergleichbares Gewinnniveau wie im zweiten Halbjahr 1985 erwartet. Der Jahresüberschuss der Viag AG wird 1986 voraussichtlich 100 (92) Mill. DM übersteigen.

Der Gesamtumsatz der Viag-Gruppe lag im ersten Halbjahr 1986 mit 6,1 Mrd. DM um drei Prozent über dem Vorjahr. Der Außenumsatz des Konzerns ging um zwei Prozent auf 3 Mrd. DM zurück, was hauptsächlich auf währungsbedingt niedrigere Umsätze der ausländischen Konzerngesellschaften zurückgeführt wird.

Die Sachinvestitionen der Gruppe stiegen um ein Drittel auf 551 Mill. DM, im Konzern auf 221 (144) Mill. DM. Der vom Kartellamt noch nicht genehmigte Verkauf des 49,9-Prozent-Anteils an der Braunschweiger Kohlen-Bergwerke AG an Preussenelektra soll einen größeren finanziellen Spielraum zum Ausbau zukunftsreicher Aktivitäten geben.

Aufwärtstendenz für Bekleidung

Fv. Düsseldorf

Die Halbjahrestilanz der deutschen Bekleidungsindustrie „zeigt – wie die Mode – erfreulich aufgehellte Farben“. Nach den Worten des Präsidenten des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie, Gerd Somberg, im Jahresbericht 1985 hoffen die Unternehmen auf mehr Kaufkraft und Konsum. Die durch steuerliche Entlastung und Stabilisierung der Preise frei werdenden Mittel müßten wieder mehr als bisher in Mode und Bekleidung gesteckt werden. Nach Jahren der Stagnation und bescheidenen Wachstums seien erstmals Aufwärtstendenzen sichtbar. Somberg erwartet, daß nach der Entscheidung für ein neues Welttextilabkommen mit ihrem notwendigen Flankenschutz für weitere fünf Jahre jetzt der europäische Binnenmarkt verwirklicht wird. Er fordert sowohl Brüssel als auch Bonn „nachdrücklich auf, für fairen Wettbewerb zu sorgen“.

Die deutsche Bekleidungsindustrie, die umsatzstärkste in Europa, setzte 1985 mit 188 436 (191 132) Beschäftigten 22,07 (21,45) Mrd. DM um, ein gutes Viertel davon waren Exportumsätze. Der stärkste Umsatzanteil entfiel mit rund 11,3 Mrd. DM (plus 1,2 Prozent) auf die Damenoberbekleidung, gefolgt von der Herrenbekleidung mit 4,1 Mrd. DM (plus 5,8 Prozent). In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag der Branchenumsatz mit 9,5 Mrd. DM um 3,2 Prozent über dem Vorjahr. Der Export weist dagegen ein zweistelliges Plus aus.

PERSONALIEN

Hans-Henning Ladewig, Leiter des inländischen Kreditgeschäfts des Dresdner-Bank-Konzerns, Frankfurt, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 in den Vorstand der Oldenburgischen Landesbank AG, Oldenburg, berufen.

Dr. Alfred Lukac, Mitglied des Vorstands der Fried. Krupp GmbH, Essen, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Roland Krell hat die Leitung des Vertriebs bei dem Siemens-Tochterunternehmen Computer Gesellschaft Konstanz mbH (CGK) übernommen. Er kommt von Siemens Datentechnik, wo er im Vertrieb Geldinstitute den Bereich Großbanken leitete.

Susumu Shirakawa ist als Nachfolger von Tetsuo Matsufuji zum neuen Generaldirektor der Japan External Trade Organization (Jetro) in Düsseldorf ernannt worden.

Karl Gestaltmeyer (43), langjähriger Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, ist mit Wirkung vom 8. September zum Arbeitsdirektor der Dave Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes eG, Nürnberg, bestellt worden. Als hauptamtliches Vorstandsmitglied übernimmt er das Ressort für Personal- und Sozialangelegenheiten.

Werner Schmidt, Mitinhaber und persönlich haftender Gesellschafter des Privatbankhauses Karl Schmidt, Hof, ist am 5. September 1986 kurz vor Vollendung seines 72. Lebensjahres gestorben.

Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa, ist zum neuen Schatzmeister des Süfterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt worden. Ein Teil unserer gestrigen Auflage zeigt durch einen technischen Fehler den amerikanischen Finanzminister Baker.

SIEMENS

Neu

SIWAMAT PLUS

Der erste Waschvollautomat
von Siemens
mit dem Öko-plus-System:

20%

weniger Waschmittel

Jetzt NEU:
SIWAMAT PLUS mit dem Öko-plus-System. Spart 20% Waschmittel.
Das Öko-plus-System sichert die Waschmittel-Einsparung dreifach:

1. Mit Härte-Teststreifen

Er gehört zu jedem SIWAMAT PLUS mit dem Öko-plus-System. In Sekundenschnelle zeigt er die Härte des jeweiligen Leitungswassers an.

2. Mit Öko-Dosier-Einsatz

Er erleichtert die sparsame Dosierung des Waschmittels bei jedem SIWAMAT PLUS mit Öko-plus-System.



Dafür wird der Öko-Dosier-Einsatz in der Einspülkammer auf die getestete Wasserhärte eingestellt – bequem und einfach.

3. Mit Umflutsystem

Bei SIWAMAT PLUS Waschvollautomaten mit dem Öko-plus-System geht kein Waschmittel mehr verloren. Durch das Umflutsystem wird die Waschlauge ständig umgewälzt und so das eingespülte Waschmittel voll genutzt. Das bedeutet: Wäsche für Wäsche 20% weniger Waschmittel.

Also: Waschmittel-Sparen und Umwelt-Schonern ideal gelöst.

Für Siemens spricht Siemens

Aktionen geben weiter nach

Kaum Kaufaufträge aus dem Ausland - Zweifel an Aufwertung

DW. - Auf dem Aktienmarkt hat sich die Abwärtsbewegung zwar verlangsamt, es überwiegt aber immer noch das Angebot. Versuche der Börsenkulisse, den Markt durch Meinungskäufe zu beleben, hatten stets nur kurze Erfolge. Die Anleger sind vornehmlich durch die

zum Stillstand gekommene Zinssenkung und durch den Wiederaufstieg des Dollars. Dadurch sind Zweifel an einer Aufwertung der D-Mark aufgetaucht. Die Währungspekulation war aber ein Hauptbewegungsgrund für Ausländer, deutsche Aktien zu erwerben.

Unter der veränderten Zinsituation hatten wieder die Bankaktien am meisten zu leiden. Als besonders anfällig erwiesen sich diesmal die Papiere der Deutschen Bank. Im Hinblick auf die bevorstehende Kapitalerhöhung durch Vorzugsaktien zum Kurs von 350 DM, war der Handel in VW-Aktien besonders lebhaft. Als empfindlicher erwies sich Daimler, während Porsche-Vorzugsaktien den Anstieg noch fortsetzten. Im Elektrobereich schienen PKW weiterhin von gezielten Käufen zu profitieren. Die erstmals zum Handel zugelassenen Aktien von F&G stellten sich auf 165 DM. Sie waren zu 125 DM zur Zeichnung freigegeben worden. Von den sonstigen Spezialwerten verzeichneten Porsche erneut lebhaftere Umsätze, ohne daß sich jedoch der Kurs nennenswert veränderte. Unter Druck lagen Einzelhandelswerte. Hier war

von verschiedenen Seiten zu Gerüchten von Realisationsstrategien worden.

Frankfurt: Deutsche Aktienten verbesserten sich um 30 DM. Hartmann + Braun um 90 DM und Hüttenlocher um 25 DM. BCB und Deckel verloren jeweils 7 DM und Didier 11 DM. Traub verminderte sich um 10 DM.

Düsseldorf: Heinrich lagen um 20 DM schwächer. AVA und Versidag verminderten sich jeweils um 10 DM und Keramag jeweils um 4,50 DM. Ein Schloß stocken um 3 DM und Conc. Chemie um 2 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 5 DM ab. Hapag Lloyd gab um 3 DM nach. Markt- und Kibbholzen verloren 5 DM, während Holsten Brauerei um 5 DM stiegen. Berlin: Berliner Elektro lagen um 9 DM, Bergmann um 5 DM und

Viag um 3 DM fester. Berthold büßte 9 DM. Berliner Bank 5 DM. Kempinski verloren 3 DM.

München: Electro 3000 stocken um 29 DM auf. NAK Stoffe verbesserten sich um 5 DM und Tucher um 4 DM. Escada und Kroenes lagen jeweils um 10 DM schwächer. Flachglas gab um 3 DM nach.

Stuttgart: Salamander wurden 13 DM billiger. SEL verloren 11 DM und LKWA 5 DM. DLW zogen um 8 DM ab. Aesculap wurden 10 DM niedriger bei 435 DM umgesetzt. Boss verbesserten sich um 50 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 282,00 (285,84)

WELT-Umsatzindex: 1000 (1014)

Advance-Decline-Zahl: 75 (71)

30-Tage-Linie: 276,23 (267,45)

200-Tage-Linie: 274,37 (267,45)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf		Frankfurt		Hamburg		München		Aktien-Umsätze	
Nr.	W.	Nr.	W.	Nr.	W.	Nr.	W.	Nr.	W.
1	115-15-1130	1	115-15-1130	1	115-15-1130	1	115-15-1130	1	115-15-1130
2	115-15-1130	2	115-15-1130	2	115-15-1130	2	115-15-1130	2	115-15-1130
3	115-15-1130	3	115-15-1130	3	115-15-1130	3	115-15-1130	3	115-15-1130
4	115-15-1130	4	115-15-1130	4	115-15-1130	4	115-15-1130	4	115-15-1130
5	115-15-1130	5	115-15-1130	5	115-15-1130	5	115-15-1130	5	115-15-1130
6	115-15-1130	6	115-15-1130	6	115-15-1130	6	115-15-1130	6	115-15-1130
7	115-15-1130	7	115-15-1130	7	115-15-1130	7	115-15-1130	7	115-15-1130
8	115-15-1130	8	115-15-1130	8	115-15-1130	8	115-15-1130	8	115-15-1130
9	115-15-1130	9	115-15-1130	9	115-15-1130	9	115-15-1130	9	115-15-1130
10	115-15-1130	10	115-15-1130	10	115-15-1130	10	115-15-1130	10	115-15-1130
11	115-15-1130	11	115-15-1130	11	115-15-1130	11	115-15-1130	11	115-15-1130
12	115-15-1130	12	115-15-1130	12	115-15-1130	12	115-15-1130	12	115-15-1130
13	115-15-1130	13	115-15-1130	13	115-15-1130	13	115-15-1130	13	115-15-1130
14	115-15-1130	14	115-15-1130	14	115-15-1130	14	115-15-1130	14	115-15-1130
15	115-15-1130	15	115-15-1130	15	115-15-1130	15	115-15-1130	15	115-15-1130
16	115-15-1130	16	115-15-1130	16	115-15-1130	16	115-15-1130	16	115-15-1130
17	115-15-1130	17	115-15-1130	17	115-15-1130	17	115-15-1130	17	115-15-1130
18	115-15-1130	18	115-15-1130	18	115-15-1130	18	115-15-1130	18	115-15-1130
19	115-15-1130	19	115-15-1130	19	115-15-1130	19	115-15-1130	19	115-15-1130
20	115-15-1130	20	115-15-1130	20	115-15-1130	20	115-15-1130	20	115-15-1130
21	115-15-1130	21	115-15-1130	21	115-15-1130	21	115-15-1130	21	115-15-1130
22	115-15-1130	22	115-15-1130	22	115-15-1130	22	115-15-1130	22	115-15-1130
23	115-15-1130	23	115-15-1130	23	115-15-1130	23	115-15-1130	23	115-15-1130
24	115-15-1130	24	115-15-1130	24	115-15-1130	24	115-15-1130	24	115-15-1130
25	115-15-1130	25	115-15-1130	25	115-15-1130	25	115-15-1130	25	115-15-1130
26	115-15-1130	26	115-15-1130	26	115-15-1130	26	115-15-1130	26	115-15-1130
27	115-15-1130	27	115-15-1130	27	115-15-1130	27	115-15-1130	27	115-15-1130
28	115-15-1130	28	115-15-1130	28	115-15-1130	28	115-15-1130	28	115-15-1130
29	115-15-1130	29	115-15-1130	29	115-15-1130	29	115-15-1130	29	115-15-1130
30	115-15-1130	30	115-15-1130	30	115-15-1130	30	115-15-1130	30	115-15-1130
31	115-15-1130	31	115-15-1130	31	115-15-1130	31	115-15-1130	31	115-15-1130
32	115-15-1130	32	115-15-1130	32	115-15-1130	32	115-15-1130	32	115-15-1130
33	115-15-1130	33	115-15-1130	33	115-15-1130	33	115-15-1130	33	115-15-1130
34	115-15-1130	34	115-15-1130	34	115-15-1130	34	115-15-1130	34	115-15-1130
35	115-15-1130	35	115-15-1130	35	115-15-1130	35	115-15-1130	35	115-15-1130
36	115-15-1130	36	115-15-1130	36	115-15-1130	36	115-15-1130	36	115-15-1130
37	115-15-1130	37	115-15-1130	37	115-15-1130	37	115-15-1130	37	115-15-1130
38	115-15-1130	38	115-15-1130	38	115-15-1130	38	115-15-1130	38	115-15-1130
39	115-15-1130	39	115-15-1130	39	115-15-1130	39	115-15-1130	39	115-15-1130
40	115-15-1130	40	115-15-1130	40	115-15-1130	40	115-15-1130	40	115-15-1130
41	115-15-1130	41	115-15-1130	41	115-15-1130	41	115-15-1130	41	115-15-1130
42	115-15-1130	42	115-15-1130	42	115-15-1130	42	115-15-1130	42	115-15-1130
43	115-15-1130	43	115-15-1130	43	115-15-1130	43	115-15-1130	43	115-15-1130
44	115-15-1130	44	115-15-1130	44	115-15-1130	44	115-15-1130	44	115-15-1130
45	115-15-1130	45	115-15-1130	45	115-15-1130	45	115-15-1130	45	115-15-1130
46	115-15-1130	46	115-15-1130	46	115-15-1130	46	115-15-1130	46	115-15-1130
47	115-15-1130	47	115-15-1130	47	115-15-1130	47	115-15-1130	47	115-15-1130
48	115-15-1130	48	115-15-1130	48	115-15-1130	48	115-15-1130	48	115-15-1130
49	115-15-1130	49	115-15-1130	49	115-15-1130	49	115-15-1130	49	115-15-1130
50	115-15-1130	50	115-15-1130	50	115-15-1130	50	115-15-1130	50	115-15-1130
51	115-15-1130	51	115-15-1130	51	115-15-1130	51	115-15-1130	51	115-15-1130
52	115-15-1130	52	115-15-1130	52	115-15-1130	52	115-15-1130	52	115-15-1130
53	115-15-1130	53	115-15-1130	53	115-15-1130	53	115-15-1130	53	115-15-1130
54	115-15-1130	54	115-15-1130	54	115-15-1130	54	115-15-1130	54	115-15-1130
55	115-15-1130	55	115-15-1130	55	115-15-1130	55	115-15-1130	55	115-15-1130
56	115-15-1130	56	115-15-1130	56	115-15-1130	56	115-15-1130	56	115-15-1130
57	115-15-1130	57	115-15-1130	57	115-15-1130	57	115-15-1130	57	115-15-1130
58	115-15-1130	58	115-15-1130	58	115-15-1130	58	115-15-1130	58	115-15-1130
59	115-15-1130	59	115-15-1130	59	115-15-1130	59	115-15-1130	59	115-15-1130
60	115-15-1130	60	115-15-1130	60	115-15-1130	60	115-15-1130	60	115-15-1130
61	115-15-1130	61	115-15-1130	61	115-15-1130	61	115-15-1130	61	115-15-1130
62	115-15-1130	62	115-15-1130	62	115-15-1130	62	115-15-1130	62	115-15-1130
63	115-15-1130	63	115-15-1130	63	115-15-1130	63	115-15-1130	63	115-15-1130
64	115-15-1130	64	115-15-1130	64	115-15-1130	64	115-15-1130	64	115-15-1130
65	115-15-1130	65	115-15-1130	65	115-15-1130	65	115-15-1130	65	115-15-1130
66	115-15-1130	66	115-15-1130	66	115-15-1130	66	115-15-1130	66	115-15-1130
67	115-15-1130	67	115-15-1130	67	115-15-1130	67	115-15-1130	67	115-15-1130
68	115-15-1130	68	115-15-1130	68	115-15-1130	68	115-15-1130	68	115-15-1130
69	115-15-1130	69	115-15-1130	69	115-15-1130	69	115-15-1130	69	115-15-1130
70	115-15-1130	70	115-15-1130	70	115-15-1130	70	115-15-1130	70	115-15-1130
71	115-15-1130	71	115-15-1130	71	115-15-1130	71	115-15-1130	71	115-15-1130
72	115-15-1130	72	115-15-1130	72	115-15-1130	72	115-15-1130	72	115-15-1130
73	115-15-1130	73	115-15-1130	73	115-15-1130	73	115-15-1130	73	115-15-1130
74	115-15-1130	74	115-15-1130	74	115-15-1130	74	115-15-1130	74	115-15-1130
75	115-15-1130	75	115-15-1130	75	115-15-1130	75	115-15-1130	75	115-15-1130
76	115-15-1130	76	115-15-1130	76	115-15-1130	76	115-15-1130	76	115-15-1130
77	115-15-1130	77	115-15-1130	77	115-15-1130	77	115-15-1130	77	115-15-1130
78	115-15-1130	78	115-15-1130	78	115-15-1130	78	115-15-1130	78	115-15-1130
79	115-15-1130	79	115-15-1130	79	115-15-1130	79	115-15-1130	79	115-15-1130
80	115-15-1130	80	115-15-1130	80	115-15-1130	80	115-15-1130	80	115-15-1130
81	115-15-1130	81	115-15-1130	81	115-15-1130	81	115-15-1130	81	115-15-1130
82	115-15-1130	82	115-15-1130	82	115-15-1130	82	115-15-1130	82	115-15-1130
83	115-15-1130	83	115-15-1130	83	115-15-1130	83	115-15-1130	83	115-15-1130
84	115-15-1130	84	115-15-1130	84	115-15-1130	84	115-15-1130	84	115-15-1130
85	115-15-1130	85	115-15-1130	85	115-15-1130	85	115-15-1130	85	115-15-1130
86	115-15-1130	86	115-15-1130	86	115-15-1130	86	115-15-1130	86	115-15-1130
87	115-15-1130	87	115-15-1130	87	115-15-1130	87	115-15-1130	87	115-15-1130
88	115-15-1130	88	115-15-1130	88	115-15-1130	88	115-15-1130	88	115-15-1130
89	115-15-1130	89	115-15-1130	89	115-15-1130	89	115-15-1130	89	115-15-1130
90	115-15-1130	90	115-15-1130	90	115-15-1130	90	115-15-1130	90	115-15-1130
91	115-15-1130	91	115-15-1130	91	115-15-1130	91	115-15-1130	91	115-15-1130
92	115-15-1130	92	115-15-1130	92	115-15-1130	92	115-15-1130	92	115-15-1130
93	115-15-1130	93	115-15-1130	93	115-15-1130	93	115-15-1130	93	115-15-1130
94	115-15-1130	94	115-15-1130	94	115-15-1130	94	115-15-1130	94	115-15-1130
95	115-15-1130	95	115-15-1130	95	115-15-1130	95	115-15-1130	95	115-15-1130
96	115-15-1130	96	115-15-1130	96	115-15-1130	96	115-15-1130	96	115-15-1130
97	115-15-1130	97	115-15-1130	97	115-15-1130	97	115-15-1130	97	115-15-1130
98	115-15-1130	98	115-15-1130	98	115-15-1130	98	115-15-1130	98	115-15-1130
99	115-15-1130	99	115-15-1130	99	115-15-1130	99	115-15-1130	99	115-15-1130
100	115-15-1130	100	115-15-1130	100	115-15-1130	100	115-15-1130	100	115-15-113

STELLANGEBOTE

CAREER OPPORTUNITIES
WITH IBM SYSTEM 38
IN THE MIDDLE EAST

Gulf Investment Corporation is one of the Middle East's leading investment companies. Headquartered in Kuwait, we are seeking to appoint a Senior Programmer and a Manager of Security Control and Quality Assurance for a dual IBM System 38/20 installation using MIDAS software. The successful applicants, probably in their mid 30s, will come from a banking or investment environment, have extensive experience with IBM Systems and knowledge of the following:

- RPG III
- Query/CL
- Banking Applications
- Online/Networking
- Journaling
- IBM User Profiles
- Communications
- Quality Assurance
- Software Assurance
- Software Testing

Applicants must be 'Self Starters', have substantial previous operational and programming experience, good attention to detail, experience with IBM PCs, good documentation and interpersonal skills. Salaries and expatriate benefits will more than reflect the importance of these positions. Interviews will be held locally and all applications will be treated in the strictest confidence.

Interested applicants should send a detailed CV to arrive by 28th September to:

Rositer W. Langhorne,
Senior Vice-President, Administration & Operations,
Gulf Investment Corporation,
P.O. Box 3402,
13035 Safat, State of Kuwait.

Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu verhüten, ist unsere vornehmste Aufgabe. Um diesen hohen Anspruch gerecht werden zu können, sucht die Berufsgenossenschaft der keramischen und Glas-Industrie für ihre Bezirksverwaltung in Neuried einen

Chemo-Techniker

Die Bewerber sollten eine qualifizierte Ausbildung nachweisen können oder über gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen. Da neben anorganisch-chemischen Analysen Schadstoffmessungen vor Ort zu übernehmen sind, müssen Bereitschaft zum Auslandsdienst und Führerschein (Klasse III) vorhanden sein.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitten wir bis 18. 9. 1986 an den Hauptgeschäftsführer der Berufsgenossenschaft der keramischen und Glas-Industrie, Röntgenring 2, 8700 Würzburg, zu richten.

Konstrukteur
Spezialmaschinenbau

Wir sind ein junges mittelständisches Unternehmen des Spezialmaschinen- und Industriemaschinenbaus im nördlichen Hamburg. Wir entwickeln und produzieren Maschinen und Anlagen für die Lagerung, Förderung und Dosierung von Schüttgütern und Flüssigkeiten für alle Industriebereiche.

Unsere Konstruktionsabteilung müssen wir qualitativ verstärken und suchen für die selbständige Entwicklung und Konstruktion von Spezialmaschinen einen kreativen und methodisch arbeitenden Maschinenbau-Ingenieur/Techniker mit gewerblich-technischer Ausbildung und einigen Jahren Berufspraxis im Maschinen- oder Apparatebau. Kenntnisse in den Bereichen Hydraulik und Pneumatik würden wir begrüßen.

Neben einem interessanten Gehalt und zeitgemäßen Sozialleistungen bieten wir Ihnen ein breites und sehr selbständiges Tätigkeitsfeld in einem kooperativ geführten Unternehmen.

FECO Industriemaschinenbau GmbH
Essener Str. 92, 2 Hamburg 52, Tel. 0 40 / 5 27 27 102

STELLENGESUCHE

Marketing-Manager

42 Jahre. Mit der Praxis aus unterschiedlichen Branchen. Mit Kreativität, aber auch dem Blick für das Machbare im gesamten Marketing-Mix. Mit allen weiteren fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Konzeption und Durchsetzung marktorientierter Unternehmens-Produkt- und Absatzpolitik. Mit der Erfahrung aus Agentur, Industrie und Handel.

Sucht eine neue berufliche Herausforderung.
Wenn Sie also Marketing-Verantwortung auf oberer Führungsebene oder Geschäftsführungsebene in qualifizierter Weise legen wollen, dann nehmen Sie bitte Kontakt unter U 5000 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., M.B.A., 45 J., mit besonderen Neigungen zu konzeptionellen, wissenschaftlichen und strategischen Denken, sucht Wirkungsbereich in der

Forschung: Technische Konzepte und Produkte
Umfangreiche Erfahrungen: Marketing/Vertrieb/Werbung, Schrifttum, Analysen, Konzepte, Unternehmensplanung, neue Produkte - Organisation/EDV-Einsatz - Entwicklung Analog-/Digital-Systeme - Selbstständig als Wirtschafts-/Anlagen-Berater - 6 Jahre USA. Im Raum Siegen und angrenzenden Gebieten. Sofort verfügbar. PS. Sternzeichen: Wassermann. Zuschriften erbeten unter L 4992 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein guter Mann wird für Sie frei

Ich kenne die Probleme des Marktes und verschiedene Branchen. Speziell den Bereich Betrieb - Büro - Proxis - Labor, Einrichtungen u. Technik, aber auch den Bereich Food u. Gastronomie. Aus- und Fortbildung: u. a. Betriebswirt u. Ausbilderprüfung, dlv. Seminare und Fortbildung nach DHT. Zur Zeit selbstständig in ND. Ziel: Geschäftverkauf, Niederlassungsgesellschaft, Verkauf, Einkommensvorstellung ca. mind. 80 000,- per anno. Termin: kurzfristig, vielseitig einsetzbar. Angebote erb. unt. P 4929 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilien-Kaufmann

43 J., Bankausbildung, in verantw. Position als Abteilungsleiter und Prokurist tätig, mit umfangreichen Kenntnissen und Erfahrungen im gesamten Fachbereich sowie gutem technischem Verständnis, sucht neue Führungsaufgabe.
Zuschriften erbeten unter L 4928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Hochschule für Technik und Wirtschaft
Arbeits- und Alltagslehre
CH-7265 Wolfgang GR

Wir sind eine Fach- und Rehabilitationsklinik mit einem großen Umfang geistiger, meist jüngerer Patienten. Wir suchen eine qualifizierte, beruflich erfahrene

Nachtschwester

zur Unterstützung unserer Diakonie-Krankenstationen.
Wir bieten:
- gutes Gehalt
- Dauerstellung
- moderne Wohnräume/
- Appartements
- Verpflegungsmöglichkeit in Kantine
Bewerbungen mit Lebenslauf und Lichtbild bitten wir zu richten an den Chefarzt, Prof. Dr. Chr. Virochow, Augustin-Krankenhaus, Diakonie-Lohn-Raum.

Chance für
Textil-Ing.

Haben Sie Erfahrungen in der industriellen Einzel- oder Kleinserienfertigung? Können Sie in einem modernen norddeutschen Unternehmen der Textilveredlung als Hauptabteilungsleiter die Produktion planen und steuern? Die materiellen Rahmenbedingungen sind attraktiv. Das ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Sonntag, 13. September, im großen Stellenausschreibung der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kommen Sie sich die WELT. Nächsten Sonntag, jeden Samstag.



Diplom-Ingenieur Bauwesen

30, Univ. Dortmund 10/81, Schwerpunkte: Baubetrieb und Bauwirtschaft; Berufserfahrung im Ausland in Bauleitung, Kalkulation, Vertragswesen, Terminplanung, Projektsteuerung, Ausschreibung; EDV-Kenntnisse; sucht Tätigkeit in Bauunternehmen oder Ingenieurbüro, im In- oder Ausland, Einarbeitung in neue Aufgaben-Bereiche möglich.

Auskünfte gibt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66,
4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-651, FS 825 309

Qualifizierte Fach- und
Führungskräfte des Personalwesens

20 Akademiker beendeten in der Akademie Klausuren, Wesel, ein neunmonatiges Qualifikationsseminar in Personalwesen und EDV.

Die Teilnehmer erfuhr eine fachspezifische Weiterbildung in den Bereichen:
Personalwirtschaft: Personalorganisation, -planung, -einsatz und -entwicklung, Personalführung, Arbeitsplatz- und Leistungsbewertung, Entgeltfindung und Entgeltsysteme, betriebliche Bildungsarbeit, betriebliches Sozialwesen usw.
Arbeits- und Sozialrecht: Tarif- und Arbeitsvertragsrecht, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsschutzrecht, Sozialrecht und Sozialversicherung.

Informationsverarbeitung: EDV-Organisation und Systemanalyse, Programmierung in Cobol, Basic, RPG II, Daten-schutz, Neue Medien. Computergestützte Personalinfor-mations- und Personalrechnungssysteme.

Bestandteil dieses Seminars war eine dreimonatige betriebliche Praxisphase, in der praktische Erfahrungen gesammelt wurden.

Wenn Sie an den Teilnehmern dieses Seminars als zukünftige Mitarbeiter interessiert sind, wenden Sie sich bitte an den Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Frau Adameit. Sie sendet Ihnen gerne Bewerbungsunterlagen einzelner Teilnehmer und Informationsmaterial über das Seminar zu.

Auskünfte gibt: Frau Adameit
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Postfach 1130,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-469, FS 858 292

Ⓐ Bundesanstalt für Arbeit

Dr. rer. pol., Dipl.-Volksw., 29 J., Führungserfahrung als GF u. a., verkaufstark,

Direktverkauf - Versandhandel - Verlagswesen
engl., frz., bereit zu reisen, Auslandserfahrung, sucht Herausforderung als
Verkaufsleiter oder Geschäftsführer
Zuschr. erb. u. P 4975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Anzeigen-Repräsentant

Nielsen IV-Nord
Beste und langjährige Kontakte bei Marktanalysen, Dienstleistungsunter-nahmen und Werbepartnern. Sind Sie an einer Umsatzsteigerung inter-essiert? Ich könnte Ihr Partner sein als Generalvertreter oder Repräsentant für Zeitschriften-Spezialität und Fachzeitschriften. Termin jederzeit möglich.
Angebote unter U 4779 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachmann der Wohnungswirtschaft, 43 J.
mit unternehmerischen Qualitäten, sucht neue Herausforderung. Seit 18 Jahren in Norddeutschland tätig, überwiegend 7 Jahre Vertriebsleiter eines mittleren Woh-nungsunternehmens, zuletzt selbstständig in 4 Jahren mehr als 100 Woh-nungseinheiten. Aus konjunkturellen Gründen 1985 Betrieb erfolgreich liqui-diert. Besondere Interessen: Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Errichtung oder Vermarktung von Ferienwohnungen in Süddeutschland. Ansonsten bevorzugte Standorte in Stuttgart oder München.
Zuschr. erb. unter T 4978 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vorwarnung hochpreisiger Waren u. Dienstleistungen
Marketing- und Verkaufsspezialist (38) sucht neuen Aufgabenbereich.
Ang. u. X 5112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Männlicher Hauskeeper
Peria, 40 J., ledig, privatsphärenschützend, zuverlässig, Pflanz-, Koch-, Dienstleistungen, gute Referenzen, sucht Dauerstellung.
Ang. u. Y 5113 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktvertriebler
im Dienstleistungsbereich (Unternehmenseinzelhandel), verhandlungssicher auf Geschäftsführungsebene, sucht verantwortungsvollen Bereich, sucht oder selbst im Bundesgebiet. Ang. und S 4975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann/Dipl.-Ingenieur
36 J., als Technischer Controller tätig, kreativ, durchsetzungsstark, Generalist
sucht
verantwortungsvolle Aufgabe mit Entwicklungsmöglichkeiten im Spannungsfeld technischer Anforderungen - wirtschaftlicher Notwendigkeiten.
Ang. u. P 4988 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Seitenschiedsgerichte (35 J.) o. Arb. sucht
Stelle auf Yacht/Haus in Spanien.
Zuschr. erb. u. P 4996 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Pensionierter Arzt
flexibel, sprachl. mehrsprachig (Deutsch, Ital. Franz.) Jahrgang 1922, Jugoslawe, sucht Beschäftigung in D'Ort oder Umgebung.
Zuschr. unter M 5056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fransischkorrespondent
Engl., sucht ab sof. Wirkungskreis im Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. u. R 4974 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN, 29 Jahre, mit techn. u. kaufmänn. Ausbildung, 2. für Hamburger Dienstleistungen in Stuttgart tätig, sucht neue Herausforderung in Fachindustrie im Ausland oder Raum Hamburg mit intensiver Reise-tätigkeit. Einmalige berufliche Entwicklung im Verkauf von Investitionsmaschinen für die Nahrungsmittelindustrie nach Süd-Asien.
Zuschr. erb. unt. S 4987 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektroniker für Anlagen sucht neuen Wirkungskreis, auch zeitbefristet. Ang. u. T 5061 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankprokurist
32 Jahre, umfassende Ausbildung, Ausbilderprüfung, KWG-Qualifikation, Kreditwesen, langjährige Berufserfahrung im Privat- und Firmenkreditgeschäft, langjährig, nicht verantwortungsvoll, ungeduldig - auch branchenübergreifend - zum 1. 4. 1987 oder später.
Zuschriften erb. unt. A 4985 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Steuerfachmann
Ehem. Steuerinspektor/Jurist (L. Ex.), 36, mit überdurchschnittlichen Steuer-rechtskenntnissen, engagiert und verantwortungsbewusst, sucht ausbaufähige Aufstellung im S/W-Bereich oder Wirtschaftsprüfungsbereich; berufliche Exzellenz werden angestrebt, ausbaufähige Englisch- und DATEV-Kenntnisse vorh.
Zuschr. erb. u. B 5116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
Dipl.-Kfm., lang. Vertriebs-erfahrung in beratungstintensiven Produkten, Großkundenbetreuung, erfolgreich, belastbar, sucht zum 1. 1. 87 qualifizierte (Führungs-)Aufgabe in Vertrieb/Verwaltung, Großraum Hamburg.
Ang. u. U 5109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
In Kurze kostet Sie der Aufenthalt, der Ihre 1000 Kunden Anst. p. a. spart und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei GOFAL, Niederwieser Str. 49, 4300 Essen 18

Bankkaufmann
41 J., umfassende Ausbildung, lang. Erfahrung in Revision, Kundenberatung u. Auslandsge-schäft, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Ang. u. V 5110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolg ist, wenn die Zahlen stimmen, lassen Sie einen Profi ans Werk!
30jähriger Vertriebsleiter mit abgeschlossenem BWL-Abschlußstudium, Erfahrung in Dienstleistung und Investitionsgüterverkauf, mit dem ständigen Trend nach oben, sucht sein zu beginnendes Werk. Raum Norddeutschland.
Zuschriften erbeten unter Z 4982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur

44 J., verheiratet, langjährige erfolgreiche Tätigkeit als
technischer Leiter
der Hamburger Niederlassung eines Bauunternehmens.
Schwerpunkt: bituminöser Straßenbau.
Sicherheits-Ingenieur gem. Arbeits-Sicherheitsgesetz
Sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe ab 1. 1. 87 oder später.
Ang. unt. E 4987 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

Industrie-/Bank-Kaufmann, 40 J., mit langjähriger Führungs- und Auslands-erfahrung, in ungewöhnlicher Stellung bei internationalem Großkonzern tätig. Geboten werden umfangreiche Erfahrungen/Kenntnisse in Marketing/Verkauf, Planung/Organisation/DV und Finanz, welche in USA und verschiedenen Ländern Europas erworben wurden. Englisch und Französisch in Wort und Schrift. Italienisch-Kenntnisse.
Gesucht wird herausfordernde Tätigkeit in kleinerem oder mittlerem Handels-, Industrie- oder Finanz-Unternehmen, wenn möglich mit finanzieller Beteiligung.
Zuschriften erb. u. M 4927 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vollljurist

der neben der jur. Ausbildung praktische Erfahrungen in Organisation, Wirtschaft und Verwaltung erworben hat durch Teamarbeit, Mitgrundung und Rechtsberatung einer GmbH, Lehrgänge in allen Versicherungsbranchen, sucht elastische, verantwortungsvolle Aufgabenstellung.
Zuschr. erb. u. H 4924 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufen aus Passion

Leit. Vertriebskaufmann (32) su. 1987 durch Umzug nach Hamburg neuen Wirkungskreis, kfm. seitest. ungen. Eines Freundes, Kreativität u. Standvermögen kenn. den bisherigen Erfolg. Berufsweg. Interesse auch als

Partner od. Nachfolger

In ausbauf. Mittelbetrieb, Dienstl. (z. B. Gebäud.) Handwerk oder Großhandel, Kapital u. Sicherheiten vorhanden. Zuschr. erb. unter N 4928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vollljurist-Anfänger

vielseitig interessiert, leistungsfähig und anpassungsbereit, kontaktfreudig, 30 J., verh., ortsungeb., sucht verantwortungsvolle Tätigkeit - auch außerrechtlich.
Unterlagen unter R 4986 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rohstoffhändler

Anf. 30, umfangreiche internationale Erfahrungen in Akquisition, Kompensations-geschäften und Administration (Geschäftsführer, Buchhaltung, etc.), All-round-mann, Produkt- und Standort-Geist, sucht interessante und verantwortungsvolle Position im In- und Ausland.
Ang. bitte u. T 4988 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Falls die Frage der Nachfolge

offen ist, interessiert ich mich für die Fortführung Ihrer guten Firma. Ich, 47 J., verheiratet, bin engagiert, zuverlässig, mehrsprachig u. suche eine anspruchsvolle Tätigkeit als ich jetzt inne habe.
Ang. u. Z 5114 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausdame/Gesellschafterin

mittleren Alters, angenehmes Äußeres, flexibel, Führerschein/Führpraxis, 80-90 u. km. Pflanzgut, sucht Vertrauensstellung in angenehmer Atmosphäre.
Ang. u. W 5111 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebsleiter in Großbetrieb, 42 J., ortsungebunden, beste Referenzen, Einzelarzt, Zergliederung u. feine EDV, Kalkulation, Export, Verkauf, Spezialgebiet: industrielle Vernetzung, Einzelanfertigung nach Zeichnung, z. B. Transatlantischer Markt, sucht verantwortungsvolle Position als Führungskraft oder Produktmanager.
Zuschr. erb. u. U 4989 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vorstandssekretärin

eines angesehenen deutschen Industrieunternehmens, 46 J., mit perfektem engl. u. franz. Sprachkenntnissen sowie ausbaufähigem Spanisch, sucht wegen einer Veränderung in der Unternehmensstruktur eine neue Aufgabe, vorzugsweise in NRW.
Kontaktaufnahme unter C 4941 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann
42 J., mit mehrjähriger Berufstätigkeit im Vertriebs- u. Importwesen, sucht Tätigkeit in der Vertriebs- u. als Ass. der Geschäftsführung in Handel od. Industrie.
Zuschr. u. R 5063 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reisender

47 J., seriös, dynamisch u. äußerst zuverlässig arbeitend, sucht neue, interessante Aufgabe im Außen-dienst (auch bundesweit), Freundliche Angebote unter G 5065 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

selbständigen
Personalberatern

Wir sind eine erfolgreiche, durch seriöse Leistung bundesweit anerkannte Personalberatungs-gesellschaft. Zur Erweiterung unserer Beratungskapazität bieten wir
Personalexperten
eine zukunftsorientierte und erfolgreiche Kooperation. Mit dem Einsatz unserer Leistungspro-gramme auf dem Gebiet der Personalentwicklung erzielen Sie bei gutem persönlichen Einsatz ca. DM 200 000,- pro Jahr. Ein Kapitalnachweis in Höhe von DM 80 000,- ist erforderlich. Wir sind nur an einer Kooperation mit erfahrenen Personalfachleuten/Personalisten interessiert, die ihren zukünftigen Markt kennen.
Wenn Sie wirklich interessiert sind, schreiben Sie uns unter N 4994 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kooperation Irak
Einem Partner aus den Bereichen Fahrzeugbau/Instandhaltung/ Stahlbau bieten wir die Teilnahme an einem großen und langfris-tigen Geschäft mit gesicherter Finanzierung. Unsere Stärken: beste „Drähte nach oben“, Techniker vor Ort, gewachsenes Know-how in Korrosionsschutz.
Zuschriften unter W 5001 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lebensexistenz mit außergewöhnlichen Perspektiven
In den nächsten Wochen und Monaten konzentrieren sich weltweit die APZ-Kräfte der Botschaftsgesellschaft mit hochentwickelten Programmen, die den Lebens- und Existenzbedingungen o. V. sowie die Sittlichkeit des Mensch und Mensch.
Mit der Konzentration profitiert, sich ergänzender Geschäfts- und Dienstleistungsbe-reich, teils konkurrenzlos und auf gesetzl. Grundlagen beruhend, von umweltrelevanter u. marktpolitischer Bedeutung, erlangen Sie eine langfristig erfolgreiche, ausgesprochen attraktive und nicht alltägliche Existenz.
Eine wirklich einmalige Chance für den jungen Mann, der bereit ist, jetzt die Privilegien für Jahrzehnte des unternehmerischen Erfolges zu setzen. Einzig und erste detail. Kenntnisse während einer nebenberufli. Phase.
Interessierten wenden sich bitte u. M 4993 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Armaturen-Vertriebsgesellschaft
mit Schwerpunkt Wasser und Druckluft sucht zur Sortiment-erweiterung zusätzliche Produkte für den Export, Techn. Großhandel und Baumaschinenvertrieb.
Zuschr. unt. U 4955 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für unsere ausländischen Kunden suchen wir selbständige
Handelsvertreter
die für Food u. Nonfood gute Kontakte zu
Kaufhäusern und Handelsketten
haben. Über unsere Auslandsbeziehungen können wir Ihnen auch Vertretungen aus anderen Branchen anbieten.
Zuschriften unter K 4485 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre Geschäftsadresse in Bremen
Büro- und Konferenzräume
Telefon- und Postservice
Sekretariatservice
Serienbriefe
u. v. m.
Info-Projekt Marketing
Madenburger Straße 15-17 2800 Bremen 1

Ihr Büro in der SCHWEIZ
Übernahme von Postweiterlei-tungen- und Büro-Serviceauf-trag evtl. Agentur.
ITC, Kramgasse 41
CH-3011 Bern

Mittelständischer Verband
vergründet selbständige Existenz durch Übernahme/Aufbau eines Betriebsver-bandes.
Kapitalumsatz DM 6000,-
Bewerbungen bitte unter A 4885 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nur Erfolg zählt!
Spezial-Ermittler übernahm schwierigste Aufgaben im In- und Ausland. Nachweisliche Erfolge. Langjährige Erfahrung.
Ang. u. A 5115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bestehende Vertriebsorganisation
mit 2000 festen Kunden im gesamten norddeutschen Raum, 8 Mitarbeiter, sucht Vertriebsprodukte im Bereich Industrie-Chemie.
Zuschr. erb. unter C 4955 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dienstleistungsunternehmen sucht
Repräsentanten

mit guten Verbindungen zu Werbeagenturen, Druckereien, Versicherungen, Handel, Industrie und Behörden (Provision + Kostenvergütung).
Unsere Agentur beachtet Sperrvermerke.
Bitte senden Sie Ihre Zuschrift an:
I. H. SASS VERLAG & WERBESERVICE
Am Eisernen Schlag 75, 8000 Frankfurt/M 50.

Wollen Sie mit uns erfolgreich sein?
Weil der Markt unser Produkt fordert, werden Sie im Franchising unser
Repräsentant
und verkaufen unser zukunftsorientiertes Produkt mit ca. 100% Spanne Jahresverdienstmöglichkeit ab 150 TDM. Aber daran knüpfen sich Bedingungen.
Ein starkes Produkt sucht Partner über Agentur

45
Wichmann & Brandt - Postfach 11 41 - 2357 Bad Bramstedt
Tel. 04192/57 57

Ihr Repräsentant in Hamburg und London
Unternehmensberater, 45 J., verhandlungssicher in Englisch und Französisch, Rechts- und Steuerkenntnisse, Managementenerfahrung, seit Jahren für Mittelstandsunternehmen auf Geschäftsführungsebene international tätig, vertritt Ihre Interessen in Norddeutschland und Großbritannien. Gedacht ist an die zuverlässige Erledigung vertraulicher Vorgänge - keine Handelsvertretung.
Zuschriften erbeten unter H 4990 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner in Düsseldorf
Wir sind ein in D'ort etabliertes Unternehmen, daß sich mit dem Vertrieb von Spezialbaustoffen u. Bauteilen befaßt. Eine Bau- bzw. Montageabteilung ist angegliedert. Zur Abrundung unserer Vertriebspalette suchen wir Verbindung zu Unternehmen, die ihre Interessen im Raum D'ort gut vertreten wissen möchten. Reprä-sentative Büroräume, ausreichende Lagerungsmöglichkeiten und Fuhrpark sind vorhanden.
Zuschr. unt. H 5056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA-Versandhandel
Wir suchen Artikel/Vertreter für den US-Markt.
VAC International Trade Inc.
P.O. Box 42 21
Laguna Beach/CA 92 652
Vorab-Info: BRD Tel. 0 40 / 43 58 04
Tel. 0 41 44 - 43 80

Metalbearbeitender Betrieb
sucht Montageaufträge, Wartung od. Service von Armaturen, Automaten, Kassen o. d. Maschinenbaumaschinen frei (auch auswärtig).
Thies Glopak
Bahnhofstr. 59, 2167 Himmelpforten,
Tel. 0 41 44 - 43 80

[illegible][illegible][illegible][illegible]

Devisenmärkte

Der Dollar erholte am 9. September von der Zersplitterung seiner Absatzzustellung und wurde bei 1,074 bezahlt. Wie im Vertrag zwischen der Mehrheit jedoch nicht gewartet werden, so kam es zu einem mäßigen Rückgang bei 2,062. Diese Marktschwäche wurde zum Scheitler wieder leicht Abschwächen. Der Handel wurde von einem Mangel an Marktschubkraft. Ausländische Werte wurden bei 1,064 festgesetzt. Für die jüngsten Währungsangelegenheiten auf dem heimischen Geschäft mit kleinen Kursveränderungen. Die Abschwächung des Pfund, der Yen und die Feste waren nach dem Abschwächen der Realisationswirtschaft. US-Dollar: Amsterdam 1,357; Brüssel 1,276; Paris 1,678; Mailand 1,23,26; London 1,237; Zürich 1,26; in PfundDM 1,075; PfundDollor 1,474; PfundDM 1,071.

Devisen und Sorten

Währung	Deut. Mark		Deut. Mark		Deut. Mark	
	sorte	Markt	Sorte	Markt	Sorte	Markt
New York	1,50	2,027	2,042	2,058	2,071	2,11
London	1,50	2,046	2,074	2,081	2,091	2,16
Paris	1,63	2,75	2,776	2,781	2,791	2,86
Brüssel	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Zürich	1,50	2,054	2,08	2,09	2,10	2,17
Frankfurt	1,50	2,054	2,08	2,09	2,10	2,17
Amsterdam	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Madrid	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Barcelona	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Valencia	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Sevilla	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Porto	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Lissabon	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Lima	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Buenos Aires	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Santiago	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Medan	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Singapore	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Manila	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Cebu	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Yokohama	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Kobe	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Osaka	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Tokio	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Hankow	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Shanghai	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Hongkong	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Guangzhou	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Beijing	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Peking	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Tientsin	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Harbin	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Manchuria	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
China	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Japan	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Korea	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Philippines	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Indonesien	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Siam	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Thailand	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Malaya	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Singapore	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Manila	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Cebu	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Yokohama	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Kobe	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Osaka	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Tokio	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Hankow	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Shanghai	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07
Hongkong	1,50	1,98	2,007	2,012	2,021	2,07

**EINE DER EXCLUSIVSTEN MARKEN
HIERZULANDE.**



EIN PAAR INFORMATIONEN ZUM LANCIA THEMA.

Wahre Exklusivität ist etwas Rares. Ein Automobil kann noch so gut sein, wenn man ihm an jeder Straßenecke begegnet, ist es mit der Exklusivität bald vorbei.

Nun, der Lancia Thema gehört hierzulande zu den exklusiven Fahrzeugen. Denn der Lancia Thema ist unter seiner eleganten Karosserie ein technischer Leckerbissen, wie wir ihn ansonsten kaum auf unseren Straßen finden:

Der Thema hat Frontantrieb und einen querstehenden Motor. Dadurch hat er innen die Ausmaße einer großen Limousine und außen die Abmessungen der gehobenen Mittelklasse. Sein Fahrwerk vereint meisterlich Komfort und Sportlichkeit. Und seine vier Motoren-Konzepte sind jedes für sich eine technische Delikatesse:



Thema i.e. turbo: Vierzylinder-Einspritzmotor mit Ladeluftkühlung, 1981 ccm, 122 kW/165 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h in 7,2 Sek., Spitze 218 km/h.

Thema 6 V: Sechszylinder-Einspritzmotor, 2829 ccm, 110 kW/150 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h in 8,2 Sek., Spitze 208 km/h.

Thema turbo diesel: Vierzylinder-Turbodiesel-

motor mit Ladeluftkühlung, 2428 ccm, 74 kW/
100 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h in
11,9 Sek., Spitze 185 km/h.

Thema i.e.: Vierzylinder-Einspritzmotor,
1981 ccm, 88 kW/120 PS, Fünfganggetriebe,
0-100 km/h in 9,7 Sek., Spitze 195 km/h.

Sie sollten den Lancia Thema ausführlich
probefahren, wenn Sie ein wirklich exklusives
Fahrzeug suchen!

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ökologische Zahlenspiele

„Das ökologische Zahlenrätsel“, WELT vom 28. August

Sehr geehrte Damen und Herren, um es vorweg zu sagen: Ein Naturwissenschaftler, der seine Erkenntnisse aus den Ergebnissen von Volksbefragungen ableitet, würde von seinen Kollegen der Scharlatanerie bezichtigt; als Geisteswissenschaftler hat Herr Wicke derlei wohl weniger zu besorgen.

Die OECD schätzt (!) die anthropogenen Umweltschäden auf drei bis fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes; die im ersten Satz des Beitrages von Herrn Wicke postulierte „mindestens 100 Milliarden Mark“ (pro Jahr) ermäßigten sich damit – für 1984 – bereits auf die Hälfte des genannten Betrages.

Die angeführten „Tschernobyl-Vermeidungskosten“ gehören, wie bereits die Bezeichnung verrät, auf die andere Seite der Bilanz, nämlich in die Spalte „Umweltschadenskosten“, und nicht in die Spalte „Schadenskosten“. Die gleiche Aussage gilt für Bodensanierungskosten: Hier wäre der durch Bodenverunreinigung tatsächlich entstandene Schaden anzugeben.

Während die genannten 80 Milliarden Mark „für Maßnahmen zur Entgiftung unserer Kraftwerke und Autos und weitere Luftreinhaltemaßnahmen“ offensichtlich Investitionen (der Kostenbetrag wäre weitaus höher) darstellen, werden sie zur Ermittlung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses

mit kumulierten Jahreskosten verglichen. Hier werden also Äpfel mit Birnen verglichen!

Wer von der Weckung „marktwirtschaftlichen Eigeninteresses“ zum Beispiel der Wirtschaft spricht, sollte auch sagen, daß die hierzu in der Regel erforderliche Einführung eines Abgabensystems das genaue Gegenteil einer freien Marktwirtschaft, nämlich Interventionismus als Komponente der Planwirtschaft, darstellt. Er sollte ferner nicht verschweigen, daß auf dem Markt befindliche Produkte verteuert werden und damit eine Konjunkturschwächung induziert wird.

Auch bezüglich der neuen Arbeitsplätze in der Umweltschutzindustrie und an anderen Stellen wird nur eine Seite der Medaille betrachtet: Die hier gewonnenen Arbeitsplätze müssen sichergestellt werden mit den mittel- bis langfristig infolge massiver Produktverteuerungen (Beispiel: elektrischer Strom aus Kohlekraftwerken) verlorengehenden Plätzen. Das Ergebnis sähe wahrlich anders aus.

Abschließend möchte ich anmerken, daß die deutsche Wirtschaft bereits heute zwischen 3 und 15 Prozent ihrer gesamten Kosten für Umweltschutzzwecke aufwendet und damit innerhalb Europas mit Abstand an der Spitze steht.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Cremer,
Gladbeck

„Versöhnung“

„Polen und die Verantwortung der Katholiken“, WELT vom 28. August

Für Ihren aufschlußreichen Artikel ist Ihnen sehr zu danken. Sie haben die prekäre Situation unserer vom Versöhnungswunsch geleiteten deutschen Bischöfe treffend geschildert.

Für uns wirkt es nahezu peinlich, wenn ein ganzes Aufgebot deutscher Bischöfe wiederum nach Polen fliegt (die Reise wird als „Pilgerreise“ deklariert) und dort „Versöhnung“ beschwört – und auf ablehnendes Schweigen stößt.

Denn: „Versöhnung“ auf polnisch heißt schlicht: deutscher Verzicht auf unsere Ostgebiete. Das polnische Selbstbehauptungsvorgehen, ein „klares Wort zur Grenzfrage“ zu sprechen, können unsere deutschen Gesprächspartner gar nicht ertragen. Auch eine ganze Schar von Bischöfen kann dies nicht; sie stehen daher mit ihrem frommen Versöhnungswunsch vor einer Mauer!

Die polnischen Bischöfe hatten zwar in jenem denkwürdigen deutsch-polnischen Bischofsbriefwechsel geschrieben: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ (wofür sie seitens der polnischen Regierung schwer getadelt wurden). Gleichzeitig haben sie jedoch die Oder-Neiße-Linie als „Polnische Westgrenze“ bezeichnet. Unsere deutschen Bischöfe sind der polnischen Auffassung leider nicht entgegengetreten.

Christa Thoma,
Oberschlesien, Gundelfingen

Wann ist das Boot voll?

Das „Boot“ ist schon seit langem „voll“. Wenn wir dennoch nach Art. 16 GG politische Flüchtlinge nach weiterhin aufnehmen wollen, bedarf es eines strengen Maßstabes bei der Überprüfung der Anträge.

Sollte der Andrang weiterer echter politischer Flüchtlinge sich erheblich verstärken, müßten auch Teile der weder durch EG-Zugehörigkeit noch andere Gründe geschützten Ausländerbevölkerung das Land verlassen. Das wäre natürlich nicht erforderlich, wenn Millionen meiner ost- und süddeutschen Landsleute, also auch ich, in eine wieder freie Heimat zurückkehren könnten.

Wenn heute etwa 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung gegen den Daueraufenthalt von vielen Millionen Ausländern sind, dann bewegt sie lediglich tiefe Sorge um die Zukunftssicherung der eigenen Staatsbürger. Politiker und Journalisten, die das „Ausländerfeindlichkeit“ nennen, verleumdern unser Volk und handeln verantwortungslos!

Hansheide Darsow,
Rathow

Entscheidung sollte es ein Einspruchs- oder Berufsrecht nicht geben. Wer abgelehnt ist, sollte in Abschiebehaft genommen und dann innerhalb kürzester Frist abgeschoben werden. Die schnelle Rückkehr ins Heimatland ist die beste Abwehrmaßnahme für weitere Reiselustige. Den Ländern, aus denen Asylbewerber in größerer Anzahl kommen, sollten die anfallenden Kosten von der Entwicklungshilfe- bzw. Wirtschaftshilfe abgezogen werden.

Und was letztendlich die Frage betrifft, inwieweit und ob sich das Asylantenproblem für den Wahlkampf eignet, dies entscheiden nicht Politiker, sondern die mündigen Wahlbürger, die sich im übrigen das Recht nehmen, jedes Thema, das politische Relevanz hat, zum Wahlkampfthema zu machen, wenn sie dies für richtig halten.

Ulrich Wolfgang,
Asperg

Wort des Tages

„Mit einer sehr lauten Stimme im Halse ist man fast außerstande, feine Sachen zu denken.“

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844-1900)

Personen

DIPLOMATIE

Kuba hat als neuen Botschafter Raul Barraga Navas nach Bonn geschickt. Der Diplomat Fidel Castro hatte zunächst nach seinen Diensten für „Öffentliche Verwaltung“ und „Diplomatie“ an der Universität von Havanna seine Karriere als Mitarbeiter im Nationalkomitee der Kommunistischen Jugend-Union gestartet. Seit 1967 gehört er dem Außenministerium an. Er war Referatsleiter in der Abteilung „Sozialistische Staaten“ im Außenministerium in Kambodscha und 1978 Botschafter in Algerien. Weitere Agengments für den Maghreb und schwarzafrikanische Staaten übernahm er ab 1980: als Botschafter in Tunesien, Mauretanien, Niger. 1983 wurde er Unterabteilungsleiter für Schwarzafrika im Außenministerium, 1984 zusätzlich Abteilungsleiter für Nordafrika und Mittlerer Osten.

UNIVERSITÄT

Dr. Joachim Bohmert hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Freien Universität Berlin erhalten und angenommen. Seit 1982 war er Professor für Strafrecht an der Universität Konstanz. Derzeit arbeitet Professor Bohmert unter anderem an einem Großkommentar zum Ordnungswidrigkeitenrecht mit.

GEBURTSTAGE

In dreizehnten Stock des Hamburger Axel Springer-Hauses hat der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Peter Tamm, das langjährige Mitglied der Geschäftsführung, Rolf von Bargen, als einen „Mann der ersten Stunde“ gewürdigt. Auf einem Empfang aus Anlaß seines 65. Geburtstages, zu dem von Bargen zahlreiche prominente Gäste begrüßte, wies Tamm auf das jahrzehntelange Engagement von

Bargen für das Haus und insbesondere für dessen größtes Objekt, die Bild-Zeitung, hin. Der Vorstandsvorsitzende hob in seiner Laudatio, die gleichmaßen Rolf von Bargen, Ehefrau Gerda galt, die Pflichtgefühl seines langjährigen Weggefährten hervor, der seine Berufsaufassung einmal so definierte: „Als ehemaliger Marineoffizier wußte ich, daß auch eine Zeitung nur mit einer disziplinierten Crew, die sich für alles verantwortlich fühlt, erfolgreich gemacht werden kann.“ Unter den Gästen waren unter anderem Springer-Aufsichtsratsvorsitzender Professor Bernhard Servatius, Box-Idol Max Schmeling, Bestseller-Autor Paul Schmidt-Carell und Verleger John Jahr Jr.

Von Schneeverdingen in der Heide bis zum Schwarzwald hat die Gründung und frühere Vorsitzende des



Hanna Brauweiler

Verwaltungsrates des „Deutschen Erholungswerks e.V.“, Hanna Brauweiler, seit 1958 sechs Familien-Ferienhäuser geschaffen. In 312 Häusern fanden bis heute 70 000 Familien preisgünstig Unterkunft. Hanna Brauweiler feiert am Freitag in Hamburg ihren 90. Geburtstag. Sie studierte Türkisch, Arabisch, Russisch und Italienisch und wurde Journalistin. In den 40er und 50er Jahren leitete sie das Norddeutsche

Büro des Christlichen Nachrichtenendienstes. Sie war es, die die ersten internationalen Journalistentreffen in der Bundesrepublik Deutschland organisierte. Seit 1953 ist sie Mitglied der CDU, zog in Hamburg in die Bürgerschaft ein, der sie bis 1970 als Präsidiumsmitglied angehörte.

VERANSTALTUNG

148 Millionen Mark soll das neue Bonner Verkehrsministerium kosten, für das Minister Werner Dehlinger morgen den Grundstein legt. Der Großbau soll neben einem noch größeren Nachbar stehen, dem inzwischen fast fertiggestellten gigantischen sich ausbreitenden Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen, auf der Grenze zwischen Bonn und Bad Godesberg. Das Münchner Büro Deiß/Bargen soll das neue Verkehrsministerium bauen. Neben den Reden der Bonner Politikprominenten, unter ihnen Bundesminister Oscar Schneider, soll die Gästegarde mit Musik, Bier und Erbsensuppe erfreut werden.

Jürgen Chrobog, Sprecher von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, und sein Stellvertreter Reinhard Bettge werden die Mitarbeiter im Pressesekretariat des Auswärtigen Amtes haben für diesjähriges Sommerfest auf Trockene verlegt. Anstelle der sonst üblichen Bootsfahrt auf dem Rhein bitten sie am 19. September in das „Kleine Gästehaus“ auf dem Bonner Venusberg. Der Kiefernweg 12 ist ein Haus mit Geschichte. Bewohnt wurde das Gebäude bereits von dem ehemaligen Außenminister Heinrich von Brentano. Als „Brand-Villa“ wurde es später berühmt. Genscher, der in Pech wohnt, nutzt das Haus für Empfänge. Die Attraktion der deutschen EG-Botschafter Werner Ungewer kommt nach Bonn und wird „Ungewer-Kompositionen“ auf dem Klavier zaubern.

HANDBALL / Heute startet die Bundesliga-Saison mit dem Spitzenspiel Schwabing – Gummersbach

● Mit dem vorgezogenen Spiel MTSV Schwabing – VfL Gummersbach beginnt schon heute die neue Saison der Handball-Bundesliga. Gleich vor dem ersten Spiel gab es schon den ersten Ärger: Gummersbach fühlt sich durch die von Schwabing geforderte Vorverlegung benachteiligt, weil Torjäger Rüdiger Netzel noch bis zum 14. September gesperrt ist. Auch der Isländer Kristján Arason kann noch nicht eingesetzt werden.

● Die große Zeit der Handball-Dörfer geht allmählich zu Ende. Zwar haben mit dem VfL Hameln und dem TuS Schutterwald noch zwei Provinz-Klubs den Aufstieg geschafft, doch sie werden schon zu den Abstiegskandidaten gezählt. Dagegen wird der dritte Aufsteiger, der Münchener Klub TSV Milbertshofen, sogar als Geheimtip gehandelt. Zu den Favoriten zählt wieder der amtierende Meister TuSEM Essen.

Die Welt der Handball-Dörfer ist längst nicht mehr in Ordnung: Das Geld hat sie verändert

ULLA HOLTHOFF, Bonn
Nach außen hin schien die Welt noch in Ordnung, als der TuS Schutterwald Anfang Juni den Aufstieg in die Handball-Bundesliga geschafft hatte. Trainer Armin Emrich wurde von seinen Spielern fast erdrückt und die 6000 Einwohner des Schwarzwald-Dörfchens Schutterwald machten die Nacht zum Tag. Mit 22:21 war von Bayer Dormagen zum Verbleib in der zweiten Liga gezwungen worden.

Statt dessen wird der Provinzklub TuS Schutterwald künftig in die Eliteliga vertreten sein. Er wird dort eine Tradition fortsetzen, die seit Einführung des Hallenhandballs zu einem Markenzeichen geworden ist und die von Experten stets so beschrieben wurde: „Handball gedeiht am besten in der Provinz.“ Gummersbach, Nettelstedt, Dankersen, Hofweier, Günsburg, Weiche-Handewitz, Bergkamen oder Göttingen – das sind prominente Vorbilder.

Doch die Welt der Handball-Dörfer ist längst nicht mehr in Ordnung. In ihrem Kampf gegen die starke Konkurrenz aus München, Berlin, Essen, Dortmund, Kiel und Düsseldorf mischen sie immer häufiger Niederlagen einstecken. Nach vor drei Jahren spielten nur drei Großstadtklubs in der Bundesliga, jetzt sind es bereits sechs. Und erstmals kam im vergangenen Jahr mit TuSEM Essen der deutsche Meister aus einer Großstadt.

Der Trend hält an. Obwohl mit dem TuS Schutterwald und dem VfL Hameln auch in dieser Saison noch zwei der drei Aufsteiger aus der sogenannten Provinz kommen. „Über kurz oder lang aber werden die kleinen Vereine keine Chance mehr haben, gegen die Großstädte zu bestehen“, sagt Alfons Quatt (46). Seit zwölf Jahren ist er Handball-Abteilungsleiter im TuS Schutterwald. In den letzten fünf Jahren hatte er wöchentlich rund 15 Arbeitsstunden investiert, um seinen Traum vom Bundesliga-Aufstieg zu verwirklichen.

Doch dem Erfolg folgte die rasche Ernüchterung. „Den kleinen Vereinen fehlt einfach das Geld“, sagt Quatt. Auf der Suche nach neuen Spielern hat er die Erfahrung gemacht, „daß kleine Vereine einfach nicht genug Geld haben, um starke Spieler verpflichten zu können.“

Kein Wort von Zusammengehörigkeitsgefühl und familiärer Atmosphäre, die einst von Funktionären aus Provinzküchen so gern zur Erklärung der eigenen Stärke zitiert wurden. Das war einmal. Das Geld hat auch die Handball-Dörfer verändert. Wo sie einst aus Not gemeinsame Sache machten, da zerfallen sie sich heute gegenseitig.

Alfons Quatt und seine Familie haben es erlebt. Jahrelang stand ihr Name stellvertretend für den TuS Schutterwald. Vater Alfons war Leiter der Handball-Abteilung, Sohn Peter als Nationalspieler gar der Stolz der Gemeinde. Tochter Michaela erledigte als Pressewartin und Schriftführerin

den Papierkram und die Öffentlichkeitsarbeit, und Mutter Irene sorgte mit dem Verkauf von Bier und Würstchen für die Aufbesserung der Vereinskasse. Die Quartis waren eine angesehene Familie in Schutterwald.

Bis zu jenem Tag, an dem der Wechsel von Peter Quatt zum deutschen Meister TuSEM Essen bekannt wurde. „Da gab es einen großen Knatsch“, sagt Alfons Quatt. „Von allen Seiten wurden wir beschimpft. Dabei war zu dem Zeitpunkt, als der Peter sich entscheiden mußte, doch noch gar nicht klar, daß wir den Aufstieg schaffen würden. Und er wollte so gern in der Bundesliga spielen.“

Für die sportliche Entwicklung war ein Wechsel in die Bundesliga sogar unerlässlich. Peter Quatt hatte mit seinem Wechsel nur die Forderung von Bundestrainer Simon Schuster erfüllt: Nationalspieler gehören in die Bundesliga. Doch die Schutterwalder waren böse. Da hatte es endlich einer aus ihren Reihen geschafft, war mit 17 Jahren schon hinter Erhard Wunderlich der zweitbeste Torjäger der zweiten Liga gewesen, wenig später sogar Nationalspieler.

In einer kleinen Gemeinde wie Schutterwald macht das keine Rolle. Anteil an dem Erfolg Schillerlich war er für „Peterle“, dessen Entwicklung sie von Kindesbeinen verfolgt hatten. Und als er es geschafft hatte, hat er sie im Stich gelassen. „Das haben sie ihm noch nicht verziehen“, sagt Vater Alfons.

Was professionelles Handeln in der Handball-Bundesliga inzwischen bedeutet, zeigt der Fall des isländischen Nationalspielers Kristján Arason. Sein ehemaliger Verein, Aufsteiger VfL Hameln forderte vom VfL Gummersbach eine Ablösumme in sechsstelliger Höhe und verweigerte die Freigabe, weil Gummersbach nur maximal 20 000 Mark zahlen wollte. Nun ist Arason bis zum 7. Dezember gesperrt. Auch davon ließen sich die Verantwortlichen in Gummersbach nicht beeindrucken. Statt im Verhandlungspoker nachzugeben, entschieden sie sich für eine ebenso kostspielige Lösung: Bis zum Ablauf der Sperre Arasons wird der nach Dänemark zurückgekehrte Torjäger Erik-Veje Rasmussen für jedes Punktspiel eingeflogen.

Sohn Peter ist „froh, daß ich da erst mal weg bin und etwas Abstand gewinnen konnte. Ob ich mich da überhaupt noch sehen lassen kann, werde ich übermorgen Sonntag sehen. Dann müssen wir mit Essen in Schutterwald spielen.“ Der große Ärger, den sein Wechsel ausgelöst hat, hat ihn nachträglich in seinem Entschluß bestärkt. „Hier in Essen wird viel profitorientierter gearbeitet. Da hätte ein Wechsel nicht so viel Wirbel ausgelöst.“

Was professionelles Handeln in der Handball-Bundesliga inzwischen bedeutet, zeigt der Fall des isländischen Nationalspielers Kristján Arason. Sein ehemaliger Verein, Aufsteiger VfL Hameln forderte vom VfL Gummersbach eine Ablösumme in sechsstelliger Höhe und verweigerte die Freigabe, weil Gummersbach nur maximal 20 000 Mark zahlen wollte. Nun ist Arason bis zum 7. Dezember gesperrt. Auch davon ließen sich die Verantwortlichen in Gummersbach nicht beeindrucken. Statt im Verhandlungspoker nachzugeben, entschieden sie sich für eine ebenso kostspielige Lösung: Bis zum Ablauf der Sperre Arasons wird der nach Dänemark zurückgekehrte Torjäger Erik-Veje Rasmussen für jedes Punktspiel eingeflogen.

Was professionelles Handeln in der Handball-Bundesliga inzwischen bedeutet, zeigt der Fall des isländischen Nationalspielers Kristján Arason. Sein ehemaliger Verein, Aufsteiger VfL Hameln forderte vom VfL Gummersbach eine Ablösumme in sechsstelliger Höhe und verweigerte die Freigabe, weil Gummersbach nur maximal 20 000 Mark zahlen wollte. Nun ist Arason bis zum 7. Dezember gesperrt. Auch davon ließen sich die Verantwortlichen in Gummersbach nicht beeindrucken. Statt im Verhandlungspoker nachzugeben, entschieden sie sich für eine ebenso kostspielige Lösung: Bis zum Ablauf der Sperre Arasons wird der nach Dänemark zurückgekehrte Torjäger Erik-Veje Rasmussen für jedes Punktspiel eingeflogen.

SCHACH / Weltmeister baute nach der 14. Partie seine Führung aus: 8:6

War der Erfolg von Garri Kasparow über Karpow schon eine Vorentscheidung?

LUDEK PACHMANN, Bonn

Schach-Weltmeister Garri Kasparow hat in Leningrad die nach dem 40. Zug unterbrochene 14. Partie der Schach-WM gewonnen. Herausforderer Karpow gab gestern mittig auf. Kasparow führt nun mit 8:6 und benötigt noch vier Punkte zur Titelverteidigung.

Im Endspiel hätte Kasparow einen Bauern erobert, für den Karpow keinen ausreichenden Ersatz erhalten hätte. Kasparow kehrte in dieser Partie zum Eröffnungszug L2-e4 zurück und sein Gegner verzichtete auf die von ihm in der sechsten Runde gewählte Russische Partie – zu seinem Nachteil.

Die Notation (Spanische Partie, Weiß Kasparow): L2 e5, 2.S5 Se6, 3.Lb3 Sf6, 4.La4 Sd6, 5.e4-e5 Lc7, 6.Td1 b5, 7.Lb3 d6, 8.e5-e4, 9.Sb3 Lb7.

Dieses gegenwärtig sehr beliebten Verteidigungsaufbau spielte Karpow in allen seinen mit Spanisch eröffneten Partien der letzten Zeit. Schon deshalb konnte sich Kasparow darauf voll einstellen – und seine Vorbereitung wird Erfolg haben:

14.d4 Td8, 11.Sb2 Lf8, 12.d4 h6, 13.Lc3 Sf6, 14.La4 Sd6, 15.Sb3 Sf6, 16.Lc3 Sf6, 17.La4 Sd6, 18.Lc3 Sf6, 19.La4 Sd6, 20.Lc3 Sf6, 21.La4 Sd6, 22.Lc3 Sf6, 23.La4 Sd6, 24.Lc3 Sf6, 25.La4 Sd6, 26.Lc3 Sf6, 27.La4 Sd6, 28.Lc3 Sf6, 29.La4 Sd6, 30.Lc3 Sf6, 31.La4 Sd6, 32.Lc3 Sf6, 33.La4 Sd6, 34.Lc3 Sf6, 35.La4 Sd6, 36.Lc3 Sf6, 37.La4 Sd6, 38.Lc3 Sf6, 39.La4 Sd6, 40.Lc3 Sf6, 41.La4 Sd6, 42.Lc3 Sf6, 43.La4 Sd6, 44.Lc3 Sf6, 45.La4 Sd6, 46.Lc3 Sf6, 47.La4 Sd6, 48.Lc3 Sf6, 49.La4 Sd6, 50.Lc3 Sf6, 51.La4 Sd6, 52.Lc3 Sf6, 53.La4 Sd6, 54.Lc3 Sf6, 55.La4 Sd6, 56.Lc3 Sf6, 57.La4 Sd6, 58.Lc3 Sf6, 59.La4 Sd6, 60.Lc3 Sf6, 61.La4 Sd6, 62.Lc3 Sf6, 63.La4 Sd6, 64.Lc3 Sf6, 65.La4 Sd6, 66.Lc3 Sf6, 67.La4 Sd6, 68.Lc3 Sf6, 69.La4 Sd6, 70.Lc3 Sf6, 71.La4 Sd6, 72.Lc3 Sf6, 73.La4 Sd6, 74.Lc3 Sf6, 75.La4 Sd6, 76.Lc3 Sf6, 77.La4 Sd6, 78.Lc3 Sf6, 79.La4 Sd6, 80.Lc3 Sf6, 81.La4 Sd6, 82.Lc3 Sf6, 83.La4 Sd6, 84.Lc3 Sf6, 85.La4 Sd6, 86.Lc3 Sf6, 87.La4 Sd6, 88.Lc3 Sf6, 89.La4 Sd6, 90.Lc3 Sf6, 91.La4 Sd6, 92.Lc3 Sf6, 93.La4 Sd6, 94.Lc3 Sf6, 95.La4 Sd6, 96.Lc3 Sf6, 97.La4 Sd6, 98.Lc3 Sf6, 99.La4 Sd6, 100.Lc3 Sf6, 101.La4 Sd6, 102.Lc3 Sf6, 103.La4 Sd6, 104.Lc3 Sf6, 105.La4 Sd6, 106.Lc3 Sf6, 107.La4 Sd6, 108.Lc3 Sf6, 109.La4 Sd6, 110.Lc3 Sf6, 111.La4 Sd6, 112.Lc3 Sf6, 113.La4 Sd6, 114.Lc3 Sf6, 115.La4 Sd6, 116.Lc3 Sf6, 117.La4 Sd6, 118.Lc3 Sf6, 119.La4 Sd6, 120.Lc3 Sf6, 121.La4 Sd6, 122.Lc3 Sf6, 123.La4 Sd6, 124.Lc3 Sf6, 125.La4 Sd6, 126.Lc3 Sf6, 127.La4 Sd6, 128.Lc3 Sf6, 129.La4 Sd6, 130.Lc3 Sf6, 131.La4 Sd6, 132.Lc3 Sf6, 133.La4 Sd6, 134.Lc3 Sf6, 135.La4 Sd6, 136.Lc3 Sf6, 137.La4 Sd6, 138.Lc3 Sf6, 139.La4 Sd6, 140.Lc3 Sf6, 141.La4 Sd6, 142.Lc3 Sf6, 143.La4 Sd6, 144.Lc3 Sf6, 145.La4 Sd6, 146.Lc3 Sf6, 147.La4 Sd6, 148.Lc3 Sf6, 149.La4 Sd6, 150.Lc3 Sf6, 151.La4 Sd6, 152.Lc3 Sf6, 153.La4 Sd6, 154.Lc3 Sf6, 155.La4 Sd6, 156.Lc3 Sf6, 157.La4 Sd6, 158.Lc3 Sf6, 159.La4 Sd6, 160.Lc3 Sf6, 161.La4 Sd6, 162.Lc3 Sf6, 163.La4 Sd6, 164.Lc3 Sf6, 165.La4 Sd6, 166.Lc3 Sf6, 167.La4 Sd6, 168.Lc3 Sf6, 169.La4 Sd6, 170.Lc3 Sf6, 171.La4 Sd6, 172.Lc3 Sf6, 173.La4 Sd6, 174.Lc3 Sf6, 175.La4 Sd6, 176.Lc3 Sf6, 177.La4 Sd6, 178.Lc3 Sf6, 179.La4 Sd6, 180.Lc3 Sf6, 181.La4 Sd6, 182.Lc3 Sf6, 183.La4 Sd6, 184.Lc3 Sf6, 185.La4 Sd6, 186.Lc3 Sf6, 187.La4 Sd6, 188.Lc3 Sf6, 189.La4 Sd6, 190.Lc3 Sf6, 191.La4 Sd6, 192.Lc3 Sf6, 193.La4 Sd6, 194.Lc3 Sf6, 195.La4 Sd6, 196.Lc3 Sf6, 197.La4 Sd6, 198.Lc3 Sf6, 199.La4 Sd6, 200.Lc3 Sf6, 201.La4 Sd6, 202.Lc3 Sf6, 203.La4 Sd6, 204.Lc3 Sf6, 205.La4 Sd6, 206.Lc3 Sf6, 207.La4 Sd6, 208.Lc3 Sf6, 209.La4 Sd6, 210.Lc3 Sf6, 211.La4 Sd6, 212.Lc3 Sf6, 213.La4 Sd6, 214.Lc3 Sf6, 215.La4 Sd6, 216.Lc3 Sf6, 217.La4 Sd6, 218.Lc3 Sf6, 219.La4 Sd6, 220.Lc3 Sf6, 221.La4 Sd6, 222.Lc3 Sf6, 223.La4 Sd6, 224.Lc3 Sf6, 225.La4 Sd6, 226.Lc3 Sf6, 227.La4 Sd6, 228.Lc3 Sf6, 229.La4 Sd6, 230.Lc3 Sf6, 231.La4 Sd6, 232.Lc3 Sf6, 233.La4 Sd6, 234.Lc3 Sf6, 235.La4 Sd6, 236.Lc3 Sf6, 237.La4 Sd6, 238.Lc3 Sf6, 239.La4 Sd6, 240.Lc3 Sf6, 241.La4 Sd6, 242.Lc3 Sf6, 243.La4 Sd6, 244.Lc3 Sf6, 245.La4 Sd6, 246.Lc3 Sf6, 247.La4 Sd6, 248.Lc3 Sf6, 249.La4 Sd6, 250.Lc3 Sf6, 251.La4 Sd6, 252.Lc3 Sf6, 253.La4 Sd6, 254.Lc3 Sf6, 255.La4 Sd6, 256.Lc3 Sf6, 257.La4 Sd6, 258.Lc3 Sf6, 259.La4 Sd6, 260.Lc3 Sf6, 261.La4 Sd6, 262.Lc3 Sf6, 263.La4 Sd6, 264.Lc3 Sf6, 265.La4 Sd6, 266.Lc3 Sf6, 267.La4 Sd6, 268.Lc3 Sf6, 269.La4 Sd6, 270.Lc3 Sf6, 271.La4 Sd6, 272.Lc3 Sf6, 273.La4 Sd6, 274.Lc3 Sf6, 275.La4 Sd6, 276.Lc3 Sf6, 277.La4 Sd6, 278.Lc3 Sf6, 279.La4 Sd6, 280.Lc3 Sf6, 281.La4 Sd6, 282.Lc3 Sf6, 283.La4 Sd6, 284.Lc3 Sf6, 285.La4 Sd6, 286.Lc3 Sf6, 287.La4 Sd6, 288.Lc3 Sf6, 289.La4 Sd6, 290.Lc3 Sf6, 291.La4 Sd6, 292.Lc3 Sf6, 293.La4 Sd6, 294.Lc3 Sf6, 295.La4 Sd6, 296.Lc3 Sf6, 297.La4 Sd6, 298.Lc3 Sf6, 299.La4 Sd6, 300.Lc3 Sf6, 301.La4 Sd6, 302.Lc3 Sf6, 303.La4 Sd6, 304.Lc3 Sf6, 305.La4 Sd6, 306.Lc3 Sf6, 307.La4 Sd6, 308.Lc3 Sf6, 309.La4 Sd6, 310.Lc3 Sf6, 311.La4 Sd6, 312.Lc3 Sf6, 313.La4 Sd6, 314.Lc3 Sf6, 315.La4 Sd6, 316.Lc3 Sf6, 317.La4 Sd6, 318.Lc3 Sf6, 319.La4 Sd6, 320.Lc3 Sf6, 321.La4 Sd6, 322.Lc3 Sf6, 323.La4 Sd6, 324.Lc3 Sf6, 325.La4 Sd6, 326.Lc3 Sf6, 327.La4 Sd6, 328.Lc3 Sf6, 329.La4 Sd6, 330.Lc3 Sf6, 331.La4 Sd6, 332.Lc3 Sf6, 333.La4 Sd6, 334.Lc3 Sf6, 335.La4 Sd6, 336.Lc3 Sf6, 337.La4 Sd6, 338.Lc3 Sf6, 339.La4 Sd6, 340.Lc3 Sf6, 341.La4 Sd6, 342.Lc3 Sf6, 343.La4 Sd6, 344.Lc3 Sf6, 345.La4 Sd6, 346.Lc3 Sf6, 347.La4 Sd6, 348.Lc3 Sf6, 349.La4 Sd6, 350.Lc3 Sf6, 351.La4 Sd6, 352.Lc3 Sf6, 353.La4 Sd6, 354.Lc3 Sf6, 355.La4 Sd6, 356.Lc3 Sf6, 357.La4 Sd6, 358.Lc3 Sf6, 359.La4 Sd6, 360.Lc3 Sf6, 361.La4 Sd6, 362.Lc3 Sf6, 363.La4 Sd6, 364.Lc3 Sf6, 365.La4 Sd6, 366.Lc3 Sf6, 367.La4 Sd6, 368.Lc3 Sf6, 369.La4 Sd6, 370.Lc3 Sf6, 371.La4 Sd6, 372.Lc3 Sf6, 373.La4 Sd6, 374.Lc3 Sf6, 375.La4 Sd6, 376.Lc3 Sf6, 377.La4 Sd6, 378.Lc3 Sf6, 379.La4 Sd6, 380.Lc3 Sf6, 381.La4 Sd6, 382.Lc3 Sf6, 383.La4 Sd6, 384.Lc3 Sf6, 385.La4 Sd6, 386.Lc3 Sf6, 387.La4 Sd6, 388.Lc3 Sf6, 389.La4 Sd6, 390.Lc3 Sf6, 391.La4 Sd6, 392.Lc3 Sf6, 393.La4 Sd6, 394.Lc3 Sf6, 395.La4 Sd6, 396.Lc3 Sf6, 397.La4 Sd6, 398.Lc3 Sf6, 399.La4 Sd6, 400.Lc3 Sf6, 401.La4 Sd6, 402.Lc3 Sf6, 403.La4 Sd6, 404.Lc3 Sf6, 405.La4 Sd6, 406.Lc3 Sf6, 407.La4 Sd6, 408.Lc3 Sf6, 409.La4 Sd6, 410.Lc3 Sf6, 411.La4 Sd6, 412.Lc3 Sf6, 413.La4 Sd6, 414.Lc3 Sf6, 415.La4 Sd6, 416.Lc3 Sf6, 417.La4 Sd6, 418.Lc3 Sf6, 419.La4 Sd6, 420.Lc3 Sf6, 421.La4 Sd6, 422.Lc3 Sf6, 423.La4 Sd6, 424.Lc3 Sf6, 425.La4 Sd6, 426.Lc3 Sf6, 427.La4 Sd6, 428.Lc3 Sf6, 429.La4 Sd6, 430.Lc3 Sf6, 431.La4 Sd6, 432.Lc3 Sf6, 433.La4 Sd6, 434.Lc3 Sf6, 435.La4 Sd6, 436.Lc3 Sf6, 437.La4 Sd6, 438.Lc3 Sf6, 439.La4 Sd6, 440.Lc3 Sf6, 441.La4 Sd6, 442.Lc3 Sf6, 443.La4 Sd6, 444.Lc3 Sf6, 445.La4 Sd6, 446.Lc3 Sf6, 447.La4 Sd6, 448.Lc3 Sf6, 449.La4 Sd6, 450.Lc3 Sf6, 451.La4 Sd6, 452.Lc3 Sf6, 453.La4 Sd6, 454.Lc3 Sf6, 455.La4 Sd6, 456.Lc3 Sf6, 457.La4 Sd6, 458.Lc3 Sf6, 459.La4 Sd6, 460.Lc3 Sf6, 461.La4 Sd6, 462.Lc3 Sf6, 463.La4 Sd6, 464.Lc3 Sf6, 465.La4 Sd6, 466.Lc3 Sf6, 467.La4 Sd6, 468.Lc3 Sf6, 469.La4 Sd6, 470.Lc3 Sf6, 471.La4 Sd6, 472.Lc3 Sf6, 473.La4 Sd6, 474.Lc3 Sf6, 475.La4 Sd6, 476.Lc3 Sf6, 477.La4 Sd6, 478.Lc3 Sf6, 479.La4 Sd6, 480.Lc3 Sf6, 481.La4 Sd6, 482.Lc3 Sf6, 483.La4 Sd6, 484.Lc3 Sf6, 485.La4 Sd6, 486.Lc3 Sf6, 487.La4 Sd6, 488.Lc3 Sf6, 489.La4 Sd6, 490.Lc3 Sf6, 491.La4 Sd6, 492.Lc3 Sf6, 493.La4 Sd6, 494.Lc3 Sf6, 495.La4 Sd6, 496.Lc3 Sf6, 497.La4 Sd6, 498.Lc3 Sf6, 499.La4 Sd6, 500.Lc3 Sf6, 501.La4 Sd6, 502.Lc3 Sf6, 503.La4 Sd6, 504.Lc3 Sf6, 505

Pressekonferenz in Bonn: R. Appel beklagt die Konkurrenz der Privaten

„Sehnsucht nach der heilen Welt“

Steht der politische Fernsehjournalismus heute vor einem Scheideweg? Diese Frage, so meinte ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel auf einer Pressekonferenz in Bonn, stelle sich angesichts der neuen Medienlandschaft, die durch das Privatfernsehen in der Bundesrepublik Deutschland entstanden sei. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen“, sagte Appel, „daß die politischen Magazinsendungen, Reportagen und Dokumentationen in verkabelten Gebieten beträchtliche Einschaltquoten haben.“ Das gelte aber nicht für die Fernsehlandschaft. Man könne die Entwicklung bedauern, man müsse aber die neue Fernsehlandschaft zur Kenntnis nehmen und als politische Herausforderung annehmen. „Wie können wir die Programme behaupten, die nicht nur von der heilen Welt künden“, so Appel.

Man müsse in Erinnerung rufen, daß es bei der Öffnung der Medienlandschaft ja um mehr Information und Meinungsvielfalt, und daß es nicht um mehr Unterhaltung allein gehe. Tatsache aber sei, daß die Unterhaltung in zunehmendem Maße die Information verdränge.

Die Antwort darauf könne nur in einer Verbesserung des Informationsprogramms, nicht aber in einer Verkürzung der „Informationssubstanz auf Häppchen“ bestehen. Es könne nicht darum gehen, Informationsentzug zu Unterhaltungsendungen auszugestalten. Aus dieser Situation habe das ZDF für die Programmgestaltung 1987 Konsequenzen gezogen. So werde die Nachrichtensendung „heute“, wie es in diesem Sommerprogramm bereits praktiziert worden ist, um fünf Minuten auf 25 Minuten verlängert. Man werde durch Sonder- und Spezialsendungen auf aktuelle Ereignisse noch schneller reagieren. Für das Programm 1987 sei vereinbart, daß das ZDF eine „Stabilisierung“ seines Informationsanteils von einem Drittel am Hauptabendprogramm an.

Angestrebt wird auch, das Auslandskorrespondenten-Netz weiter auszubauen. Hier sollen mehr Korrespondenten auf Zeit ins Ausland geschickt werden, eine neue Institution, die sich in den letzten Jahren bewährt hat. Dies war eine Folge der zunehmenden Behinderung der Auslandsberichterstattung in weiten Teilen der Welt.

Die Zahl der Länder, aus denen noch frei berichtet werden könne, sei im letzten Jahrzehnt auf zwei Dutzend Staaten zusammengeschrunken, erklärte Rudolf Radtke, der für die Außenpolitik zuständige Hauptredakteur am ZDF. Die jungen Staaten in der Dritten Welt hätten zunehmend die Bedeutung der Medien erkannt und wollten nun sicherstellen, daß die Politik der jeweils Herrschenden „in rosigem Licht“ ins Ausland transportiert wird. Die Methoden der Informationsbeschränkung, weniger subtil als die der kommunistischen Staaten, von wo aus eine gewisse Kontinuität der Berichterstattung noch garantiert werden könne, hängen weniger von der Art des Regimes als von der inneren Stabilität des jeweiligen Landes ab. Die Reglementierung beginne bei der Visa-Erteilung und führe zur Vor-Auswahl der genehmigten Themen, der Zensur folge.

Und das ist das Größte der heutigen Situation: „Das Netz der Satelliten zur Übertragung von Fernsehbildern wird immer dichter, doch die Möglichkeiten, über das Weltgeschehen zu informieren, halten damit nicht Schritt.“

KRITIK

Verquast

Vom Alltag war wenig zu sehen in der Reportage Hans Lechleitners über Star Wars City (ARD), obwohl gerade dies die eigentliche Absicht des Berichts proklamiert worden war. Stattdessen servierte sie eine uneingeschränkte Mischung aus der bildlich unterlegten Gefühlswelt des Autors, der sich nicht damit abfinden mag, daß die USA in Colorado Springs das von der Sache her Gebotene tun. Sie bauen ein eigenes Militärrückendeckung für die Koordinierung aller nicht-zivilen Aktivitäten im Weltraum auf. Überdies bot die Reportage ein paar für den Zuschauer nicht in einen Sinnzusammenhang stellbare Passagen über die Ausbildung der Luftwaffenoffiziere, die ebenfalls dort am Fuße der Rocky Mountains in einer überaus herzerweichend schönen Umgebung geschult werden, und die strategische Frühwarnzentrale Norad. Ermüdet von der Verquastheit der Tiraden des Autors über die neue Grenze, die Amerika im Weltraum zu überwinden hofft, erkreuzte sich der Zuschauer bescheiden an der Erinnerung an das Bürgermeisterverdikt, das das Journalismusmagazin über Star Wars City als „Quatsch“ verurteilt hatte. rnc

Niederlande: Polit-Profil statt Einschaltquoten

Einiges Ungewöhnliches haben die niederländischen Medien zu bieten: zum Beispiel die „versäulte Struktur“ des Rundfunks. In den zwanzig Jahren entstand das nach den verschiedenen Gruppen getrennte System („Säulen“), wie es die Sozialisten später nannten: Katholiken, Protestanten, Sozialdemokraten und Liberale versorgten jeweils ihre eigene Klientel. Ausgewogenheit brauchte es nicht zu geben.

Heute ist die Gesellschaft im wesentlichen „entsäult“. Die konfessionellen Parteien sind zu einer christdemokratischen Partei fusioniert, auch die katholische und sozialdemokratische Presse existiert nicht mehr. Und sogar die Rundfunkorganisationen KRO (katholisch), NCRV (protestantisch) und VARA (sozialdemokratisch) haben viel von ihrem Charakter verloren: Einschaltquoten wiegen schwerer als weltanschauliches Profil.

Aber kaum hat man sich an die „Entsäulung“ gewöhnt, da gibt es Anzeichen für eine „Wiedersäulung“:

Neue Gruppen beginnen, das Radio mitzubestimmen. Sie fühlen sich nicht ausreichend repräsentiert. Muslime, Frauen, Homosexuelle und Alte fordern Sendezeit.

Die Bemühungen der islamischen Gemeinschaft passen noch am deutlichsten in das Säulen-Schema. Schließlich haben Regierungen und Parlament seit Jahren ihre Politik darauf abgestellt, daß die Niederlande ein „multi-ethisches“ Land geworden sind – es gibt fast 400 000 Muslime unterschiedlicher Nationalität. Die ersten Ansätze eines islamischen Rundfunks datieren aus dem Jahr 1979.

Es bedurfte langer Verhandlungen, bis Kulturminister Brinkman die Sendezeiten erteilte. Unter anderem wurde geklärt, ob die Dachorganisation IOS (Islamische Rundfunk-Stiftung) nicht ein Tummelplatz extremistischer Strömungen sei. Das ist nicht der Fall. Es wird nicht nur in Türkisch und Arabisch, sondern auch in Holländisch gesendet – ab Oktober insgesamt stehen ihr 13 Stunden

Fernseh- und 52 Stunden Radiosendezeit zur Verfügung.

Das Kulturministerium erkannte den Islam als „beachtliche geistige Strömung“ an. Einen anderen Weg haben andere Gruppierungen auf ihrem Weg zu erhöhter Rundfunksendezeit beschritten. Sie haben Kampagnen gestartet, um für die „Anwärterschaft“ verlangen 60 000 Mitglieder zu werben. So begann vor einhalb Jahren der „Frauenrundfunk“ eine Werbekampagne. Fraueninteressen und -themen können bisher nicht genügend zum Ausdruck, hieß es in Nordholland, Groningen und Den Haag sind Anwärterschaften entstanden mit bisher etwa 15 000 Mitgliedern.

Auch eine Gruppe Homosexueller hat sich zusammengefunden. Ihre „Stiftung Mandat“ hat 3500 Beitragszahler. Die größte Organisation der Homosexuellen (COC) hat der Initiative aber keinen Segen erteilt; sie widersetzt sich Bestrebungen, die auf eine gesellschaftliche Isolierung hinauslaufen könnten. Immerhin hat

sich COC aber zur Unterstützung der Stiftung „MSV-Medien“ entschlossen, die für verschiedene „sexuelle Minderheiten“ auf lokaler Ebene Radioprogramme produziert.

Und schließlich die Alten. 3,5 Millionen Holländer sind über 50 Jahre alt. Grund genug, die ONS (Niederländische Rundfunkvereinigung der Senioren) aus der Taufe zu heben. Vorsitzender ist Ed van Kan. Nach seinen Angaben klingt es Sturm bei der ONS: „Alles Leute, die sich über Pop-Programme und die Hektik auf dem Bildschirm beschwerten.“ Unterstützung hat die ONS schon von mehreren Organisationen alter Menschen bekommen. In zwei Jahren soll gesendet werden, und hofft auf zehn Stunden Fernseh- und 60 Stunden Radiozeit pro Woche.

Außer den Muslimen sind die Gruppen im historisch-soziologischen Sinne wohl kaum als Säulen zu bezeichnen: Frauen können eben auch Protestanten sein, Liberale homosexuell und Homosexuelle alt. PAUL STOOPE (epd)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM		SAT 1	
9.45 Rotenberger Küche 10.00 heute 10.15 Die drei Schwestern 3. und 4. Akt	11.45 Unschon 12.10 Kollwitz 12.55 Tagesschau 13.00 Tagesschau	15.00 Mitternacht Anschließend: Secret Squirrel 15.30 Lando 16.00 Mitternacht 17.00 Tarnas Anschließend: Zaubergarten 18.00 Es darf gekocht werden 18.30 APF Blick 18.45 Sport 19.00 Die Schützen des Gelbes Amerikanischer Western (1954) Regie: Nicolas Ray 21.30 APF Blick 22.15 Wandler, Mystik, Phänomene Besessenheit und Exorzismus 22.45 Tausendfüßler und Kassen 23.30 APF Blick	
14.45 Krimtschicht Charlie Chaplin als Landstreicher 15.00 Abenteuer heute 15.10 Tagesschau 15.20 photothek 75 Wie die Bilder fliegen lernten 16.45 Computer-Zeit Elektronenrechner 17.15 De schon had 17.45 Tagesschau 17.55 Tagesschau 18.00 Tagesschau 18.15 Thema ohne Schlässe Menschen und ihre Lebensideen Filme, Aktionen und Gespräche live aus dem alten Wartburg in Kitz Moderation: Annelie Fried 21.45 Tagesschau 22.00 Tagesschau 22.10 Sport extra Leichtathletik-Grand Prix – Finale Ausschnitt vom selben Abend aus Rom 23.45 Elmsitz in Moskau Ein Fall von Notwehr? 0.30 Nachgedanken 0.35 Nachgedanken	15.57 Heute im Parlament 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Teilschicht 17.45 Urlaub auf dem Bauernhof Familie Korn in Neapel Anschl.: heute-Schlagzeilen 18.15 heute vom Mittwoch 19.00 heute 19.35 Kino-Mitternacht Mit Sabine Souer Vorschau auf „Hannah und ihre Schwestern“ und „Pottergeist II“ 20.15 Kinoweitsch Leben im alten Ost-Berlin 21.00 heute / heute / heute (2) Die Nacht der offenen Tür Mit Helmut Fischer 21.45 heute-Journal 22.00 Tagesschau 22.10 Tagesschau 22.15 Tagesschau 22.25 La Chouette – Heideklappe Franz-Itz. Spielfilm (1968) Mit Catherine Deneuve, Michel Piccoli Regie: Alain Cavalier 0.15 heute	19.00 Bilder von Helden und Heiligen Unterwegs zu Albrecht Altdorfer (1480-1538) 19.45 Follow me (28) 20.00 Tagesschau 20.15 Tagesschau 21.00 Alle meine Tiere 21.30 Mein großer Freund Shane Amerikanischer Spielfilm (1953) Mit Alan Ladd, Van Heflin, Brandon de Wille Regie: George Stevens Klassische Westernballade um einen geheimnisvollen Fremden, gesehen mit den glorifizierenden Augen eines Kindes 23.45 Nachrichten	
WEST		SAT 1	
18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten
NORD		SAT 1	
18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten
SÜDWEST		SAT 1	
18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten	18.30 Sesselfuß 18.45 Schlagschiff 19.00 Aktuelle Stunde Bürgermeister: 02 21 / 25 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Mittwoch in Bonn 40 Jahre Nordrhein-Westfalen 22.15 off-off Wandern und Klettern in den Hohen Tauern, Meisterkletterer unter Wasser, Schuppenkuss für St.-Anfänger 23.00 Diner um acht Amerikanischer Spielfilm (1953) Original mit Unterthemen 0.45 Nachrichten

Wir nehmen Abschied von Herrn

Dr. Franz Witt

Eine langjährige freundschaftliche Zusammenarbeit verbindet uns mit dem Verstorbenen, der von 1958 bis 1975 unserem Aufsichtsrat angehörte, und zwar seit 1959 als stellvertretender Vorsitzender und seit 1971 als Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Herr Dr. Witt hat unserem Institut mit seinem fachlichen Können und seiner Tatkraft immer hilfreich zur Seite gestanden.

Das Wirken seiner Persönlichkeit und seine Verdienste um unser Haus werden uns unvergessen bleiben.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
HYPOTHEKENBANK IN HAMBURG
AKTIENGESellschaft

Hamburg, im September 1986

Statt besonderer Anzeige

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von
meinem lieben Mann, Neffen, Vetter, Schwager
und Schwager

Gerhard Levering

* 28. 7. 1925 † 24. 8. 1986

In dankbarer Liebe
Petra Levering geb. Stachler
Wilhelm Levering geb. Boersch
Dr. Ulrich Levering und Frau Heide geb. Ramig
mit Volker und Maria
Peter Watson und Frau Ursula geb. Levering
mit Angela und Christine
Wilhelm Stachler
Ute Stachler
Uwe Stachler und Frau Ursula geb. Narnbach
mit Bernd und Anne
und Anverwandte

5486 Berg, Ahrstraße 91, den 24. August 1986

Sein Wunsch war, in aller Stille beigesetzt zu werden.

Denia - Javea
Moraira - Benidorm

Haus „Paseo“
3 Schlafzimmer, 105 m² Wfl., DM 93 900,-
Weitere Häuser (auch second-hand),
Reisebusstation, Agencien, Grundstücke
in allen Preislagen!

Direkt v. span. Bauträger –
ohne Maklergebühr –
Sachverständigenbegutachtung –
Spezialkonditionen!

Costa Blanca Immobilien
In der Feiler 3 - D-3470 Andorra
Tel. 024 32 42 21-24

Wohn- und Geschäftshaus
4 Etagen, Geschäftsetage mit Lager-
raum, renoviert, 1. Lage, Dor-
mund, Wert 1 300 000,-, Verkaufs-
preis 750 000,-, zu verkaufen.
Zuschr. erb. unt. B 5050 an WELT-
Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Haus
In Wolfenbüttel, 2000 m²
IMPER + SCHWANZE
Baubetriebe
3340 Wolfenbüttel
Adersheimer Str. 56-61
Telefon (0 53 31) 49 11

1. Wohn- und Geschäftshaus mit Parkhaus 2. Hotel

in 5850 Solingen 1, Konrad-Adenauer-Straße wird am
Mittwoch, dem 17. 9. 1986, 10.30 Uhr,
an der Gerichtsstelle 5650 Solingen, Wupperstraße 32,
I. Stock, Saal 102, zwangsversteigert.

Grundstücksgröße: ca. 4950 m²
Wohn- u. Nutzfläche: 6680 m²
Parkhaus mit 186 Einstellplätzen
Baujahr 1983
Verkehrswert: DM 15 900 000,-
Hotel als rechtlich separate Einheit
Grundstücksgröße: 1560 m²
42 Doppelzimmer, 20 Einzelzimmer, 1462 m²
Verkehrsfläche: 509 m²
Baujahr 1985
Verkehrswert: DM 9 000 000,-

Nähere Auskünfte erteilt die betreibende Bank unter Tel.
06 21 / 59 97-2 27 werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr, anson-
sten Anrufbeantworter App. 343.

2.400 qm Bürofläche

auch in Teilflächen; ab Herbst 1987

- technisch ausgereift – repräsentativ – modern
- kein Bauherrentyp
- Unterflursystem für EDV- und Elektroleitungen
- Schallschutzdecken
- blendfreie Leuchten
- Sonnenschutz außen
- flexible Raumaufteilung u. U. nach Wunsch
- hochwertige Teppichböden
- Personen- und Lastenaufzüge
- Pflanzlogie
- Park- und Garagenplätze
- zentrumsnah

HH-Hammerbrook, Nagelsweg 41-45

Der Rohbau ist gerade fertiggestellt

Mietinteressenten bitten wir um Kontaktaufnahme

HUK-Coburg

Lebensversicherung
8630 Coburg, Telefon (0 95 61) 96-24 55

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Polizeipublikation sucht Anzeigenvertreter/in

für PLZ-Gebiete 2 - 3 - 4 - 5 - 6 - 7. Objekt erscheint
monatlich, bundesweit, Gebietschutz und gute Provision.

Bewerbungen bitte an unseren Agenten unter
Telefon 02 11 / 15 39 32.

Stahlbau

Wir haben noch Kapazitäten im
Bereich Stahlbau frei.
F. Ralf Kohns GmbH seit 1967
Im Rönningarten 8-12, 5350 Eus-
kirchen-Küchenheim, Tel.
0 22 31 / 5 20 66-67, Telex 888 096
Kuhn d

Architekt AKH

Gebäude-Maßnahmen u. marktorientiert,
auch neue Mitarbeiter für Gewerbe u. Wirt-
schaftsbau. Projekte: Büro, Baugarten, Wohnung,
privat, Großgrundstücke.
Ausrichtung: unter 10 000 m² WFL. in WELT-
Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

Cleaver Geschäftsleute

suchen noch Akquiritoren.
Zuschr. erb. unter B 4984 an WELT-
Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

Handelsvertretung im Raum 58

übernimmt Vertretung u. Ver-
trieb von Werkzeugen, Werk-
zeug-Maschinen, Bauelemen-
ten, aber auch andere Waren.

Ang. unt. N 4972 an WELT-
Verlag, Postfach 10 06 64, 4300
Essen.

Spezialbetrieb für Bauelemente, Na-
he Lübeck, für DM 1 000 000,- zu verk.
Zuschr. u. B 4940 an WELT-Verlag,
Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer
die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

IMMOBILIENKAPITALIEN

Genfer See / Bergkarorte

Große Auswahl von
Wohnungen und Chalets
mit Bewilligung für den Verkauf
an Ausländer. Preisgünstig. In-
teressante Konditionen. Besch-
reibungen auch an Wochenenden
nach Vereinbarung.

GLOBE PLAN SA
Avenue Mon-Repos 24
CH-1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (00 41 21) 22 35 12
T. 25 185 meis ch

BAD WÜRSTEN u. Umgebung

TRAUMVILLA, 12 km südlich, 460 m²
Wfl., Schwimmhalle, jegl. Luxus
2,4 Mio.
Boy, Landhaus, 297 m² Wfl., m. ELW.
Komfort-Ausst., Do.-Gar.
BUNGALOW, 200 m² Wfl., m. ELW.
3,2 Mio.
Korn-LANDHAUS, 140 m² Wfl., Al-
teiling, Bergblick inkl. Garage
5,2 Mio.
Luxus-LANDHAUS, 220 m² Wfl.,
4300 Grd., ruh., zentr. Lage,
Bergblick, 1,4 Mio.
HERMANN IMMOB.
Tel. 0 85 41 / 4 09 57

Leasing

Geeignet für Klein- und Mittel-
betriebe bei Neuanforderungen.
Wertvolle Liquidität bleibt erhalten.
DM-Leasing GmbH
4600 Dortmund 1
Postfach 196, Tel. 02 31 / 57 95 88

Bad Lippespringe

Gut vermietete
Eigentumswohnungen
direkt am Teutoburger Wald gelegen,
zu einem attraktiven Preis, z.
B. 2-L-Wg., 74 m², für nur DM
87 100,-.

INTERBUND KG
Große Heide 31
4770 Bad Oeynhausen 2
Tel. 0 57 31 / 5 11 85

Naturpark Acker-Innen gepflegte Altbau-Villa

12 Zimmer, 237 m² Wohnfläche, sepa-
rates Garagenhaus mit ausgebauter
Einliegerwohnung, Grund-
stücksgröße 1600 m², auch gewer-
lich nutzbar, zu verkaufen. Kauf-
preis nach Vereinbarung.
Zuschr. unter C 5051 an WELT-Ver-
lag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Existenz Leihhaus mit Wohnung

In bester Citylage von Berlin aus
Altersgründen zu verkaufen.
Zuschriften unter A 4039 an WELT-
Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Forderungsankauf

(bietet ab 20 Stück sofort gegen bar oder
Erfolgskasse
Gesellschaft für
Factoring und
Leasing mbH
Innungsmittler
Adenauerallee 50, 53 Bonn 1, 02 28/22 11 90

Notverkauf!

Industrie- und
Bürofläche
640 m², Bungalow 142 m²,
Grdst. 7340 m², Bankwertgut-
achten über 1 Mio. DM, VB DM
550 000,-.
Ref 0 23 02 / 6 03 40

2.400 qm Bürofläche

auch in Teilflächen; ab Herbst 1987

- technisch ausgereift – repräsentativ – modern
- kein Bauherrentyp
- Unterflursystem für EDV- und Elektroleitungen
- Schallschutzdecken
- blendfreie Leuchten
- Sonnenschutz außen
- flexible Raumaufteilung u. U. nach Wunsch
- hochwertige Teppichböden
- Personen- und Lastenaufzüge
- Pflanzlogie
- Park- und Garagenplätze
- zentrumsnah

HH-Hammerbrook, Nagelsweg 41-45

Der Rohbau ist gerade fertiggestellt

Mietinteressenten bitten wir um Kontaktaufnahme

HUK-Coburg

Lebensversicherung
8630 Coburg, Telefon (0 95 61) 96-24 55

